

REGELUNG DER VERGABE VON SUPPLENZEN AN LEHRPERSONEN DER GRUNDSCHULEN UND DER SEKUNDAR- UND KUNSTSCHULEN

Für das Schuljahr 2000/2001 erfolgen die Ernennungen des nicht in die Stammrolle aufgenommenen Lehrpersonals der Grund- und Sekundarschulen, nach den hier folgenden Bestimmungen.

I. A B S C H N I T T

NEUERNENNUNGEN

- Artikel 1 -

Verleihbare Ernennungen

1. Lehrpersonen, die außerhalb der Stammrolle sind, werden durch Ernennung des Schulamtsleiters zu Jahressupplenzen, zeitweiligen Supplenzen bis zum Ende der didaktischen Tätigkeiten beauftragt und durch Ernennung des Schuldirektors zu zeitweiligen Supplenzen beauftragt.
2. Die Ernennungen des Schulamtsleiters werden aufgrund der Landesrangordnungen gemäß nachfolgendem Art. 7 verliehen. Die Ernennungen des Direktors werden aufgrund der Rangordnung des Grundschulsprengels oder der Institutionsrangordnungen gemäß nachfolgendem Art. 20 verliehen
 - a) Jahressupplenzen
3. In Erwartung der Durchführung der Wettbewerbe zur Besetzung der Lehrstühle durch Stammrollenpersonal verleiht der Schulamtsleiter, gemäß Art. 520 vom Einheitstext genehmigt mit - Legislativdekret Nr. 297/94 -, Jahressupplenten zur Besetzung von Lehrerstellen, welche Lehrstühle bzw. Lehrstühle aufgrund der Stundenzahl bilden und welche effektiv, innerhalb 31. Dezember jeden Schuljahres frei und verfügbar sind (1).
Die Verfügbarkeit und Nichtbesetzung muß voraussichtlich das ganze Schuljahr über andauern; außerdem bleibt die Bedingung bestehen, daß die Lehrstühle nicht Stammrollenlehrpersonen, welche irgendein Anrecht haben, zugewiesen worden ist.
 - b) Zeitweilige Supplenzen bis zum Ende der didaktischen Tätigkeiten
4. Gemäß Art. 521, Absatz 1, des Legislativdekretes Nr. 297/94, verleiht der Schulamtsleiter zeitweilige Supplenzen bis zum Ende der didaktischen Tätigkeiten - mit Ausnahme der zeitweiligen Supplenzen bis zu 6 Wochenstunden, siehe nachfolgender Absatz 9 - zur Besetzung von Lehrerstellen, welche keine Lehrstühle oder Lehrstühle aufgrund der Stundenzahl bilden, und jener Lehrerstellen, welche nur tatsächlich verfügbar sind (2), sofern es sich um, innerhalb 31. Dezember eines jeden Schuljahres, freie oder verfügbare Lehrerstellen handelt.
5. Als Ende der didaktischen Tätigkeiten ist der letzte Tag, an welchem alle jene Tätigkeiten abgeschlossen werden, zu verstehen und welcher in den jährlichen Ministerialverordnungen den Schulkalender betreffend, angegeben ist.
6. Gemäß Art. 24, Absatz 14, des Gesetzes vom 01.03.1988, Nr. 67, welcher den 3. Absatz des Art. 15 des Gesetzes Nr. 270/82, abgeändert hat, verleiht der Schulamtsleiter auch Jahres- oder zeitweilige Supplenzen bis zum Ende der didaktischen Tätigkeiten für Lehrstühle bzw. Lehrstellen, für die bereits die Ernennung von Lehrpersonen als Jahres- oder zeitweilige Supplenz erfolgt ist, die aber nach dem 31. Dezember wegen Verzicht auf die Ernennung oder wegen Verfall von der Ernennung verfügbar geworden sind.
7. Die Verleihung von Jahres- und zeitweiligen Supplenten seitens des Schulamtsleiters erfolgt unter der Bedingung, daß sämtliches Personal des Provinzialen Zusatzstellenplanes und sämtliches überzähliges Personal, gemäß Art. 455 und 520, 1. Absatz, des Legislativdekretes Nr. 297/94, verwendet wurde.
 - c) Zeitweilige Supplenzen

8. Der Direktor vergibt den zeitweiligen Supplenzdienst für Stellen, die nach dem 31. Dezember frei und verfügbar geworden sind (3).

9. Die zeitweiligen Supplenzen, welche bis zum Ende der didaktischen Tätigkeiten für nicht mehr als sechs Wochenstunden, gemäß Art. 521, Absatz 2, des Legislativdekret 297/94, zu vergeben sind, werden vom Direktor, aufgrund der von der Lehranstalt oder der Schule erstellten Rangordnungen vergeben, vorausgesetzt jedoch, daß es sich um im voraus und rechtzeitig dem Schulamtsleiter zum Zwecke der Zusammenlegung für die Bildung von Lehrerstellen gemeldete Stunden handelt, und nachdem auf Provinzebene alle nötigen Zusammenlegungen für die Bildung dieser Lehrerstellen für die jedenfalls unbesetzt gebliebenen Stunden gemacht worden sind. Diese Supplenzen sind jenen zeitweiligen Supplenzen, welche vom Schulamtsleiter gemäß Art. 8 des Gesetzesdekretes vom 12.09.1993, Nr. 463, umgewandelt, mit Änderungen in das Gesetz vom 11.11.1983, Nr. 638, verliehen werden, gleichgestellt.

d) Vorrang bei den Ernennungen

10. Die Lehrpersonen, welche in eine Nationalrangliste für die Aufnahme in die Stammrolle gemäß Art. 8 / bis des Gesetzes Nr. 426/88, beschränkt auf die nichtaufgebrauchten Wettbewerbsklassen, - Leibeserziehung in der Mittelschule, Kunsterziehung in der Mittelschule und Technische Erziehung in der Mittelschule - eingetragen sind, sowie untergeordnet die Lehrpersonen, welche in eine Rangordnung eines Wettbewerbs nur nach Titeln gemäß Art. 401 des Legislativdekretes 297/94, eingetragen sind, haben das absolute Vorrangsrecht bei der Verleihung der Jahres- und zeitweiligen Supplenzen (bei letzteren, sowohl jene des Schulamtsleiters als auch jene des Direktors) hinsichtlich aller Rangordnungen für Supplenzen, in die sie eingetragen sind, gemäß den nachfolgenden Weisungen, Absatz 11 und 12. Die Eintragung in eine Rangordnung für die Aufnahme in die Stammrolle "mit Vorbehalt" gibt kein Recht auf absoluten Vorrang. Die zwei vorher beschriebenen Arten des Vorranges werden folgendermaßen gezeichnet: Vorrang des Typs A und Vorrang des Typs B.

11. Das Anrecht auf Vorrang des Typs A und B ist ausschließlich innerhalb desselben Schultyps gültig (es ist zu unterscheiden zwischen Kindergarten, Grundschule und Sekundarschule), auf welchen sich die jeweilige Wettbewerbsrangliste, in welche die Lehrpersonen eingetragen sind, gültig. Ebenso beschränkt sich dieses auf die jeweiligen Arten der Rangordnungen, in welche die Lehrpersonen für die Vergabe von Supplenzen eingetragen sind (Rangordnung mit Lehrbefähigung oder Rangordnung ohne Lehrbefähigung; schulinterne Rangordnung der Lehrpersonen, welche in die Landesrangordnung eingetragen sind oder schulinterne Rangordnung jener Lehrpersonen, die nicht in die Landesrangordnung eingetragen sind). In Bezug auf die Unterteilung der jeweiligen Wettbewerbsklassen in drei verschiedenen Unterrichtsarten, gemäß Tabellen A, C, D, Anlage des Ministerialdekretes vom 24.11.1994, Nr. 334, besteht das Anrecht auf Vorrang bei der Vergabe von Supplenzen in den Sekundarschulen, ausschließlich innerhalb jener Rangordnung für Supplenzen, für Unterrichtsfächer, welche in derselben Tabelle aufscheinen und für welches die Lehrperson die Lehrbefähigung hat. In den Verzeichnissen für Stützunterricht (siehe nachfolgenden Art. 5), steht das Anrecht auf Vorrang den Lehrpersonen zu, welche den Vorrang des Typs A oder des Typs B in irgendeiner Rangordnung der Sekundarschulen zuerkannt worden ist. In Bezug auf die Oberschulen, in welchen die jeweiligen Verzeichnisse für Stützunterricht in verschiedene berufliche Bereiche unterteilt sind, besteht das Anrecht auf Vorrang nur für jene Rangordnung, in welcher der Vorrang zuerkannt worden ist, und nur innerhalb des jeweiligen beruflichen Verzeichnisses.

12. Die Vergabe von Supplenzen wird innerhalb der jeweiligen Rangordnung und des jeweiligen Verzeichnisses für Stützunterricht in Bezug auf die möglichen zustehenden Vorrangspositionen, in folgender Reihenfolge vergeben:

- Lehrpersonen mit Lehrbefähigung und Anrecht auf Vorrang des Typs A
- Lehrpersonen mit Lehrbefähigung und Anrecht auf Vorrang des Typs B
- Lehrpersonen mit Lehrbefähigung ohne Anrecht auf Vorrang
- Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung mit Anrecht auf Vorrang des Typs A

- Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung mit Anrecht auf Vorrang des Typs B
- Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung ohne Anrecht auf Vorrang;

13. Gemäß Art. 522, Absatz 9, des Legislativdekretes Nr. 297/94, werden in der Grundschule zuerst die für den Einsatz der Lehrstuhlinhaber, welche Fremdsprache unterrichten, an jene Lehrpersonen verliehen, welche in der Rangordnung für allgemeine Stellen eingeschrieben sind und welche die Lehrbefähigung bei einem Wettbewerb nach Prüfungen und Titeln mit dem Zusatzfach Fremdsprache erlangt haben und außerdem ausdrücklich ein Gesuch und einen dementsprechenden fristgerechten Antrag, gemäß nachfolgenden Art. 3 an den Schulamtsleiter gerichtet haben. Der Vorrang bei der Ernennung steht ausschließlich für Supplenzen für den Unterricht von Fremdsprachen, für welche die Zusatzprüfung bestanden worden ist, zu. Sollten unter den Lehrpersonen, welche Anrecht auf Vorrang bei der Verleihung dieser Supplenzen auch solche sein, die Anrecht auf Vorrang gemäß Absatz 10 dieses Artikels haben, so wird die Supplenz in der Reihenfolge der Rangordnung, aber mit Vorrang Letzterer, verliehen.

(1) Die Ernennungen, für die der Schulamtsleiter zuständig ist, können auch erst nach dem 31. Dezember erfolgen, immer unter der Voraussetzung, daß die Lehrstelle innerhalb dieses Datums frei oder verfügbar geworden ist.

(2) In diese Situation fallen beispielsweise die im tatsächlichen Stellenplan errichteten Stellen:
Stellen die besetzt sind von:

- Lehrpersonen mit Direktionsauftrag
- Mitarbeitern des Direktors, die vom Unterrichtsdienst freigestellt sind
- Lehrpersonen, die den Militärdienst ableisten
- Lehrpersonen, die für Gewerkschaftsarbeit oder wegen eines politischen- und Verwaltungsmandates vom Dienst freigestellt sind
- Lehrpersonen, die in die Begünstigung laut Art. 453 des Legislativdekretes Nr. 297/94 fallen oder die im Sinne des Art. 456 des Legislativdekretes 297/94 verwendet werden
- Lehrpersonen, die provisorisch einer anderen Schulstelle zugewiesen wurden oder die im Sinne des Art. 458 des Legislativdekretes 297/94 im Dienst behalten werden.

(3) Bezüglich der Sekundarschule werden die Unterrichtsstunden in Parallelklassen, welche nicht zur Bildung eines vollen Lehrstuhles herangezogen werden, vom Schuldirektor vorerst zur Ergänzung des Pflichtstundenplanes an die Lehrpersonen der Stammrolle und an die Jahressupplenten im Dienst an der Schule mit einem aus weniger als 18 Stunden bestehenden Lehrstuhl sowie mit Verleihung von Zusatzstunden vergeben. Dies, solange Art. 14, Absatz 8, des D.P.R. Nr. 399 vom 23.08.1988 nicht durchgeführt ist und im Rahmen von 24 Stunden in der Woche.

In der Folge werden die Unterrichtsstunden in Parallelklassen, die vom Direktor für die vorangehenden Handlungen nicht verwendet wurden, vom Schulamtsleiter für eine Jahressupplenz verliehen.

- Artikel 2 -

Erfordernisse

1. Die Ernennung als Supplent können alle jene anstreben, die innerhalb des Termins, der für das Einreichen des Gesuches vorgesehen ist, folgende Erfordernisse erfüllen:
 - A) italienische Staatsbürgerschaft (den Staatsbürgern sind die nicht der Republik angehörenden Italiener gleichgestellt), oder Staatsbürgerschaft eines Landes der Europäischen Union (1);
 - B) in dem Genuß der staatsbürgerlichen Rechte sind;
 - C) nicht jünger als 18 Jahre sind;
 - D) die körperliche Eignung zur Ausübung des Lehrberufes haben;
 - E) den Studientitel, der zur Aufnahme in die Landesrangordnungen vorgesehen ist, besitzen.
2. Wer zum Datum des Beginns des Schuljahres, das auf dem Schuljahr folgt, in welchem das Gesuch vorgelegt wird, das 65. Lebensjahr erreicht oder vollendet, kann kein Gesuch um eine Neuernennung im Sinne dieser Verordnung vorlegen. Die Vollendung des 65. Lebensjahres während des Trienniums, in welchen die Landesrangordnungen gültig sind, bringt den Verlust des Rechtes auf Ernennung für die nachfolgenden Schuljahre mit sich.
3. Auch Staatsangestellte und Bedienstete öffentlicher Körperschaften, die aufgrund des Gesetzes Nr. 336/1970 und dessen späteren Änderungen und Ergänzungen in den Ruhestand versetzt worden sind, können kein Ansuchen um Neuernennung vorlegen. Dasselbe gilt für alle jene, die aufgrund des Art. 67 des D.P.R. Nr. 748/1972 in den Ruhestand versetzt worden sind.

(1) Für die Staatsbürger der EU-Mitgliedsstaaten wird Art. 3 des Dekretes des Präsidenten des Ministerrates vom 07.02.1994, Nr. 174, angewandt.

- Artikel 3 -

Einreichen des Gesuches

1. Bewerber um eine Ernennung an Kindergärten, Grundschulen, Sekundarschulen oder Lehranstalten müssen ihr Gesuch an den Schulamtsleiter jener Provinz einreichen, in dessen Rangordnungen sie die Aufnahme anstreben (1) (2).
2. Die Bewerber, die bereits in einer Landesrangordnung aufscheinen, brauchen kein Gesuch mehr um Eintragung und/oder Vervollständigung in einer solchen einzureichen, es sei denn, sie besäßen bewertbare Titel, die sie nach der vorhergehenden Eintragung erworben haben, oder Titel, die irrtümlich bewertet oder vorher nicht eingereicht worden sind. Alle jene, welche in den vorhergehenden Rangordnungen der Sekundarschulen mit Anrecht auf Vorrang des Typs A und B aufscheinen, müssen auf jeden Fall einen neuen Antrag, zusammen mit dem Formblatt Nr. 28 einreichen, zum Zwecke der Vervollständigung des zustehenden Vorrangs, gemäß Absatz 10 und 11 des Art. 1. Sollten die Bewerber dies unterlassen, werden sie in die entsprechenden provisorischen Landesrangordnungen ohne Anrecht auf Vorrang eingetragen, haben aber die Möglichkeit, innerhalb von 5 Tagen ab der Veröffentlichung dieser provisorischen Landesrangordnungen einen Einwand einzubringen.
3. Die Gesuche müssen für alle Schulstufen in jedem Triennium vom 30. Jänner bis zum 28. Februar eingereicht werden.

4. Die Gesuche gelten auch dann als fristgerecht eingereicht, wenn sie innerhalb der oben genannten Frist mittels eingeschriebenen Brief mit Empfangsbestätigung eingesandt werden. Als Beleg dient der Datumsstempel des Aufgabepostamtes.
5. Das Gesuch darf nur auf dem Formblatt erstellt werden, das für den Kindergarten und die Volksschule in der Anlage 1, für die Sekundarschule in der Anlage 5 beschrieben wird. Es muß den Personalbogen des Bewerbers enthalten, wie er in den Anlagen 2, 4 und 6 jeweils für den Kindergarten, die Grund- und Mittelschule vorliegt. Notfalls dürfen anstatt der Originalformblätter auch Fotokopien verwendet werden.
6. Die Anleitungen zum Erstellen des Gesuches und des Personalbogens bilden einen Bestandteil dieser Verordnung.
7. Die Gesuche jener Bewerber, die nicht die vorgeschriebenen Formblätter benützen, werden nicht berücksichtigt.
8. Der Bewerber muß im Gesuch Zu- und Vornamen, Geburtsdatum und -ort, den Wohnsitz und die Anschrift angeben (3); zudem muß er das Formblatt - Gesuch und Personalbogen - in all seinen Teilen genau nach den Weisungen ausfüllen, die im Formblatt selbst aufscheinen; das Formblatt bildet einen Bestandteil der beizulegenden Akten.
9. Die Erklärungen, die in eigenen Teilen des Gesuchsformulars vorbereitet sind, darunter auch jene bezüglich der Eintragung in die Wählerlisten, sind verbindlich abzugeben. Eine Ausnahme hierzu bildet jene Erklärung bezüglich geleisteter Dienste; wenn die geforderten Angaben nicht gemacht werden, - wobei jener Teil, der für den Gesuchsteller nicht zutrifft, durchzustreichen ist, - wird eine Leermeldung angenommen.
10. Das Unterlassen einer Erklärung kann den Tatbestand einer unwahren Erklärung abgeben und führt zum Ausschluß aus allen Rangordnungen, wobei weitere Maßnahmen vorbehalten bleiben, die sich auf strafrechtlicher und disziplinärer Ebene als notwendig erweisen sollten (siehe Art.11). Die Erklärungen bezüglich der italienischen Staatsbürgerschaft und darüber, daß keine Enthebung oder Entlassung aus öffentlichem Dienst vorliegt, sind auf dem Formblatt bereits vorgedruckt; das Fehlen einer dieser Erfordernisse bildet den Grund für den Ausschluß im Sinne des folgenden Art.11.
11. Mit einem einzigen Gesuch kann um die Aufnahme in mehrere Rangordnungen derselben Provinz ersucht werden.
12. Der Bewerber muß im Personalbogen angeben, in welche Rangordnungen er die Eintragung erwünscht. Er muß dabei auf dem Bogen, am Rande jeder Rangordnungsliste deren Art sowie für die Sekundarschule deren Code-Zahl vermerken, so wie sie aus dem Verzeichnis der Anlage 10/A hervorgeht.
13. Die italienischen Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland sind von der Beachtung der Bestimmungen über die Stempelgebühr befreit; sie müssen innerhalb der im Absatz 3 dieses Artikels vorgesehenen Termine ihr Gesuch bei der konsularischen Behörde einreichen, die sie zeitgerecht dem zuständigen Schulamtsleiter zukommen lassen wird.
14. Die Bewerber um Ernennungen können nur in einer einzigen Provinz in die Landesrangordnungen, in die Rangordnungen der Sekundarschulen oder der Grundschulsprenkel aufgenommen werden (4). Die Bewerber, welche bereits in den Landesrangordnungen einer Provinz eingetragen sind - unter der Bedingung, daß sie in Besitz der Lehrbefähigung oder des gültigen Studentitels, und welcher für die Eintragung in die jeweilige Rangordnung, gemäß neuer Weisungen des Ministerialdekretes vom 24.11.1994, Nr. 334, vorausgesetzt sind - haben die Möglichkeit, einen Antrag durch eine diesbezüglich im Antragsformular vorgesehene Erklärung zur Streichung aus denselben Landesrangordnungen zu stellen, um dann einen neuen Antrag zur Eintragung in eine andere Provinz, im Sinne dieses Artikels, zu stellen. Die Streichung aus der Landesrangordnung in welcher der Bewerber eingetragen war, ist nur dann wirksam, sobald die Eintragung in die Rangordnung der neuen Provinz vollzogen ist.

15. Die Lehrpersonen, die um die Aufnahme in Rangordnungen von mehr als einer Provinz ansuchen, werden aus den Rangordnungen aller Schulämter, bei denen sie Gesuche eingereicht haben, gestrichen, und zwar für die Dauer des Trienniums der Rechtsgültigkeit der Rangordnungen. Dies erfolgt aufgrund des nachstehenden Art.11.
16. Die Bewerber, die im Besitz des Diploms für Sonderschulen oder für didaktische Differenzierung sind und die Aufnahme in die Sonderrangordnungen laut folgendem Art.7 anstreben, müssen hierum ausdrücklich ansuchen.
17. Die Aufnahme in die Sonderrangordnungen, die für alle Schularten vorgesehen sind, ist nicht abhängig von der Aufnahme in die Rangordnungsliste der ordentlichen Schule.
18. Falls der Bewerber um die Ernennung an Kindergärten und Grundschulen auf dem Personalbogen kein Kästchen einer Rangordnungsliste angekreuzt und somit keine Rangordnungsliste angegeben hat, wird er von Amts wegen in die Rangordnungsliste der ordentlichen Schule eingetragen.
19. Die Bewerber um die Aufnahme in die Rangordnungen der Sekundarschulen, die keine Rangordnungsliste ausdrücklich angegeben haben, werden von seiten des Schulamtsleiters ersucht, die Landesrangordnungen, in die sie eingetragen werden möchten, anzugeben.
20. Zur Zuweisung eines zeitweiligen Supplenzdienstes an Kindergärten und Grundschulen können die Bewerber bis zu zwei Direktionssprengel angeben, unabhängig von ihrem Wohnsitz. Fehlt diese Angabe, so werden sie vom Schulamtsleiter von Amts wegen einem Direktionssprengel zugewiesen, wobei er die Wohnsitzgemeinde des Bewerbers berücksichtigt.
21. Die Bewerber um zeitweilige Supplenzen laut dem vorangehenden Absatz werden, wenn sie Diplome über Spezialisierung oder Differenzierung im Unterricht besitzen, mit Rücksicht auf das Diplom in beiden Direktionssprengeln für alle darin geführten Unterrichtsarten eingetragen. Sowohl im Kindergarten als auch an der Grundschule und ebenso an der Sekundarschule haben die Bewerber um zeitweilige Supplenzen, wenn im Besitze eines Spezialisierungsdiploms, gemäß Absatz 11 und 12 des Art. 22 innerhalb der Provinz das Recht, die Stelle anstatt des nicht spezialisierten zeitweiligen Supplenten zu erhalten, der für eine Stützstelle ernannt worden ist.
22. Aufgrund des folgenden Art.16 müssen Staatsangestellte, seien sie in der Stammrolle oder auch nicht, und die Bediensteten öffentlicher Körperschaften diese ihre Eigenschaft erklären.
23. Wer, aus welchem Rechtstitel auch immer, eine Rente empfängt, muß dies im Gesuch erklären.
24. Die Unterschrift des Bewerbers am Ende des Ansuchens muß von einem Notar, einem Gerichtssekretär, einem Gemeindesekretär oder vom zuständigen Sachbearbeiter, der zur Entgegennahme des Ansuchens berechtigt ist, beglaubigt werden.
25. Für Staatsangestellte, seien sie in der Stammrolle oder auch nicht, und für Lehrpersonen, die an Staatsschulen Dienst leisten, genügt der Sichtvermerk des für ihren Dienst zuständigen Amtsleiters oder Schuldirektors.
26. Die fehlende Unterschrift im Gesuch oder die fehlende Beglaubigung der Unterschrift dürfen innerhalb des vom Schulamtsleiter bestimmten Termins nachgeholt werden.
27. Die Bewerber um Supplenzen in der Grundschule, im Besitz der Eignung, erhalten durch einen Wettbewerb nach Prüfungen und Titeln der Grundschule mit einer oder mehreren bestandenen Zusatzprüfungen in Fremdsprachen, welche vom Vorrang bei der Vergabe von Supplenzen zur Ersetzung der Stammrollenlehrer der jeweiligen Fremdsprache Gebrauch machen möchten, müssen innerhalb von 30 Tagen ab Veröffentlichung der betreffenden Bewertungsrangordnung einen diesbezüglichen Antrag an den Schulamtsleiter stellen. Richtet sich der Antrag an denselben Schulamtsleiter, welcher den Wettbewerb für Grundschulen durchgeführt hat, so wird die Überprüfung der Zulassungstitel von Amts wegen durchgeführt; richtet sich der Antrag an

einen Schulamtsleiter einer anderen Provinz, so muß der Bewerber, dem Antrag, Bescheinigung über den Ausgang des Wettbewerbes und die Zusatzprüfungen in Fremdsprachen, ausgestellt vom zuständigen Schulamtsleiter, beilegen. Die Zuerkennung des Anrechts auf Vorrang wird im Triennium 1995/96, 1996/97, 1997/98, seitens der zuständigen Schulämter händisch vorgenommen, welche anschließend innerhalb 30 Tage ab obgenannter Einreichfrist diese dem zuständigen Direktoren der zwei Sprengel, die vom Bewerber angegeben, mitteilt, damit die entsprechenden zeitweiligen Supplenzen vergeben werden können.

(1) In der Provinz Bozen können die Bewerber, soweit sie dazu berechtigt sind, getrennte Gesuche sowohl an den Hauptschulamtsleiter als auch an den Schulamtsleiter für die Schulen in den ladinischen Ortschaften oder an den Schulamtsleiter der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache einreichen, wobei sie verpflichtet sind, ihre Sprachgruppenzugehörigkeit zu belegen.

Die Sprachgruppenzugehörigkeit bezieht sich auf den Besitz der Muttersprache, wie dies vom Art.12 der D.P.R. Nr.116 vom 30.01.1973 vorgesehen ist, Artikel, der auch im Einheitstext der D.P.R. Nr.89 vom 10.02.1982 wiedergegeben ist. Der Besitz der Muttersprache muß sowohl von Bewerbern, die in der Provinz Bozen ihren Wohnsitz haben, als auch von Bewerbern, die nicht in dieser Provinz wohnen, durch einen Notoritätsakt oder durch eine diesen Notoritätsakt ersetzende Erklärung belegt sein.

(2) Im Bereich der Grundschule und des Kindergartens: Auch blinde Lehrer sowie Grundschullehrer oder Kindergärtner/innen, die in den Provinzen Triest oder Görz wohnhaft sind, können in einer zweiten Provinz ein Gesuch einreichen.

(3) Jede nachträgliche Änderung der Anschrift muß zeitgerecht mit eingeschriebenem Brief mit Empfangsbestätigung dem Schulamtsleiter mitgeteilt werden.

(4) Die Ausnahmen, von denen in den Fußnoten 1 und 2 die Rede ist, halten ihre Rechtsgültigkeit.

- Artikel 4 -

Aktenbelege zum Gesuch

1. Die Bewerber, welche Titel besitzen, die nach der Eintragung in die vorangehende Landesrangordnung erlangt, irrtümlich bewertet oder früher nicht eingereicht worden sind, können durch Vorlage der entsprechenden bewertbaren Titel um die Vervollständigung der Punktebewertung ansuchen.
2. Das Gesuch gemäß vorangehendem Absatz muß unter Verwendung der entsprechenden Vordrucke gestellt werden.
3. Die Neubewerber um Eintragung in die Rangordnung müssen dem Gesuch das Personalblatt und folgende Unterlagen beilegen.
 - a) der Studientitel, der im Sinne des folgenden Art.7 zur Aufnahme in die gewünschte Rangordnungsliste vorgeschrieben ist (1);
 - b) das Diplom oder die Bescheinigung über die Lehrbefähigung, um in die Rangordnungsliste der Lehrbefähigten des Kindergartens oder der Sekundarschule aufgenommen zu werden;
 - c) Diplome über Sonderausbildung oder über didaktische Differenzierung, die zur Aufnahme in die Sonderrangordnungen, von denen im folgenden Art.7 die Rede ist, erforderlich sind und für die Eintragung in die Verzeichnisse für Stützunterricht (siehe folgenden Art. 5).

4. Zudem muß das Zeugnis des zuständigen Grundschuldirektors eingereicht werden, aus dem hervorgeht, daß der Gesuchsteller für den Unterricht an Bergschulen im Sinne des Gesetzes 90/1957 absoluten Vorrang hat.
5. Damit sie berücksichtigt werden können, müssen mit dem Gesuch auch alle Dokumente eingereicht werden, die eventuell geleisteten Schuldienste (2) belegen, sowie alle Bildungs- und Ausbildungsbescheinigungen und alle anderen Anspruchsunterlagen, die laut den dieser Verordnung beigeschlossenen Verzeichnissen mit Punkten bewertet und/oder ein Recht auf Bevorzugung bei der Ernennung geben.
6. Wer bei Punktegleichheit die Bevorzugung beansprucht, von der im folgenden Art.10 die Rede ist, muß den entsprechenden, von den zuständigen Ämtern erlassenen Nachweis erbringen (3).
7. Bewertungstitel, die erst nach Ablauf der Frist zum Einreichen der Gesuche um Eintragung in die Landesrangordnungen erworben worden sind, dürfen nicht vorgelegt werden.
8. Das Ergebnis von Wettbewerben um Lehrstühle bzw. um Lehrerstellen an Kindergärten oder Grundschulen kann nur dann bewertet werden, wenn innerhalb der Frist zum Einreichen der Gesuche sowohl die schriftlichen als auch die mündlichen Prüfungen für alle Wettbewerbsteilnehmer abgeschlossen sind, doch kann von der Genehmigung der diesbezüglichen Verdienstrangordnungsliste abgesehen werden.
9. Sollte die Verdienstrangordnungsliste eines Wettbewerbes noch nicht genehmigt worden sein, kann der Antragsteller das Prüfungsergebnis selbst und unter eigener Verantwortung mit einer auf stempelfreiem Papier erstellten und unterfertigten Erklärung belegen, aus der die bei den Prüfungen erzielten Benotungen hervorgehen.
10. Wenn in Landesrangordnungen aufgrund von Erklärungen über Wettbewerbsergebnisse Punkte zuerkannt worden sind, behält sich der Schulamtsleiter vor, die Wahrhaftigkeit der Erklärungen festzustellen, wobei er jedenfalls sich gegenwärtig hält, daß unwahre und lügenhafte Erklärungen strafrechtlich verfolgt werden müssen.
11. Die Bewerber mit Behinderung gemäß Art. 21 des Gesetzes vom 05.02.1992, Nr. 104, müssen eine spezifische Dokumentation zum Zwecke der Zuerkennung des Vorrechts bei der Stellenwahl, gemäß Weisungen des nachfolgenden Art. 15 Abs. 281, vorlegen.
12. Bewerber, die das Recht auf eine laut Gesetz 482/68 und Gesetz 466/1980 vorgesehene Stellenreservierung haben, müssen mit einer nach Art.19 des Gesetzes Nr. 482/68 vom zuständigen Provinzialarbeitsamt erlassenen Bescheinigung, die den Antragsteller als arbeitslos erklärt, diesen Rechtsanspruch auf Stellenreservierung belegen. Gelegentlich der dreijährigen Vervollständigung der Landesrangordnungen müssen die Vorrangs- und/oder Vorbehaltstitel zur Bewertung nochmals vorgelegt werden.
13. Für Bewerber aber, die im Jahre, in dem sie das Gesuch vorlegen, einen Auftrag als Supplent erhalten haben und somit, weil sie eben arbeiten, keine zeitlich neuere Bescheinigung über Arbeitslosigkeit erhalten können, darf auch eine Bescheinigung, die laut Datum unmittelbar vor der Beauftragung als Supplent erlassen worden ist, als rechtsgültig erachtet werden.
14. Dasselbe gilt auch für Bewerber, die in einem Arbeitsverhältnis mit einer öffentlichen oder privaten Verwaltung stehen - immer unter der Voraussetzung, daß dieses Arbeitsverhältnis unsicher und zeitlich beschränkt ist, - mit einem Arbeitsvertrag, dessen Dauer ein Jahr nicht übersteigt und dessen Verfall auf ein Datum vorgesehen ist, das vor Beginn eines eventuellen Lehrauftrages liegt. Auch für sie gilt, daß sie zum Rechtsanspruch auf eine Stellenreservierung eine Bescheinigung vorlegen können, die kurz vor Beginn des zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisses erlassen worden ist. In diesem Fall müssen die Bewerber nachweisen, daß das Arbeitsverhältnis unsicher und befristet ist. Dies erfolgt durch die Vorlage einer von der Verwaltung, von der sie abhängen, erlassenen Bescheinigung.

15. Handelt es sich dabei um eine private Verwaltung, muß die Bescheinigung auch die Körperschaft angeben, bei der die Fürsorge- und Vorsorgebeiträge eingezahlt wurden. Fehlt diese Angabe, so verfällt das Recht auf Stellenreservierung.
 16. Dienstzeugnisse, die von gesetzlich anerkannten Schulen oder von gesetzlich gleichgestellten Grundschulen ausgestellt werden, müssen auch die Daten des Anerkennungsdekretes oder des Vertrages zur Führungsermächtigung der Schule oder der Klasse anführen, in welcher der Antragsteller unterrichtet hat. Diese Dienstzeugnisse müssen für die Sekundarschulen vom zuständigen Schulamtsleiter und für die Kindergärten und Grundschulen vom jeweiligen Direktor gegengezeichnet sein, wenn das Ansuchen an einen anderen Schulamtsleiter geht.
 17. Die Dienstzeugnisse ab dem Schuljahr 1991/92, an nicht-staatlichen Schulen, müssen ausdrücklich die Versicherungsanstalt, an welcher die Sozialbeiträge eingezahlt worden sind, beinhalten. Andernfalls werden die diesbezüglichen Dienste nicht bewertet.
 18. Alle Dienstzeugnisse müssen zudem das Datum des Beginns und der Beendigung des Dienstes aufweisen und, wenn es sich um eine Sekundarschule handelt, auch angeben, auf welche Wettbewerbsklasse sich der Unterricht bezog.
 19. Dienste an nicht staatlichen Schulen im Ausland müssen von den verantwortlichen Schulleitern bescheinigt und von den konsularen Behörden beglaubigt werden.
 20. Alle Dokumente müssen in Original oder beglaubigter Abschrift eingereicht werden. Nicht berücksichtigt können die Dokumente werden, welche nicht zugleich mit dem Gesuche oder nicht innerhalb des Verfallstermins für die Einreichung der Gesuche um Eintragung oder um Vollständigkeit der Punktebewertung in der Landesrangordnung eingereicht werden.
 21. Der Verweis auf Dokumente, die bereits im Schulamt, an welches das Ansuchen gerichtet ist, aufliegen, ist unter der Voraussetzung möglich, daß genauestens angegeben wird, bei welcher Gelegenheit und in welchem Schuljahr diese Dokumente eingereicht wurden.
 22. Ist ein Dokument formal unvollständig, so sorgt der Schulamtsleiter für dessen Rückgabe an den Antragsteller. Dieser muß es, nach vorhergehender Richtigstellung, innerhalb fünf Tagen nach Erhalt des Dokumentes, dieses neuerdings dem Schulamt vorlegen.
 23. Sollte der Schulamtsleiter entweder direkt oder auf einen Hinweis der Schuldirektoren hin feststellen, daß das Ansuchen oder der Personalbogen unwahre Erklärungen enthält oder daß die Dokumente im Original oder in Kopie absichtliche Fälschungen aufweisen, verfügt er, nach Feststellung der Verantwortlichkeit der Lehrperson, den Verfall der eventuell bereits gewährten Ernennung und erklärt den Lehrer für die Dauer der dreijährigen Rechtsgültigkeit der Landesrangordnungen vom Recht auf weitere Ernennungen verfallen.
 24. Beschränkt auf die Aufnahme in die Rangordnungen der Provinz Bozen gilt, daß laut Verfügung des vorhergehenden Art.3 auch die Sprachgruppenzugehörigkeit belegt werden muß.
 25. Die Bewerber für Ernennungen an ladinischen Schulen der Provinz Trient, siehe nachfolgenden Art. 29, müssen eine geeignete Bescheinigung über die Kenntnis der ladinischen Sprache und Kultur vorlegen, erworben gemäß Art. 2, Abs. 2 des Legislativdekretes vom 16.12.1993, Nr. 592.
 26. Den gemäß vorhergehenden Art. 3, Absatz 27, eingereichten Gesuchen um Zuerkennung des Rechts auf Vorrang bei der Ernennung für Supplenzen in Ersatz der Stammrollenlehrer der Grundschulen, welche Fremdsprache unterrichten, muß eine Bescheinigung über den Ausgang des Wettbewerbes und die bestandenen Zusatzprüfungen in Fremdsprachen beigelegt werden. Diese Bescheinigung ist nicht erforderlich, falls das Ansuchen an denselben Schulamtsleiter gerichtet ist, welcher den Wettbewerb durchgeführt hat, nachdem die Überprüfung von Amts wegen durchgeführt wird.
-

(1) Wenn aus dem Dokument die in der Prüfung erzielte Notenbewertung nicht hervorgeht, so muß dem Gesuch eine zusätzliche Bescheinigung beigelegt werden, die diese Benotung bestätigt: Dies, damit die Benotung mit der entsprechenden Punktezah bewert werden kann.

Lehrpersonen, die die Eintragung in Rangordnungen anstreben, für welche der Studienplan bestimmte Fachbereiche vorsieht, müssen eine Promotionsbescheinigung vorlegen, aus der hervorgeht, daß der Bewerber die Prüfung oder Prüfungen auch in diesen Fachbereichen bestanden hat. Fehlt diese Bescheinigung, wird das Promotionsdiplom nur soweit berücksichtigt, als die Angaben in ihm dies erlauben, es sei denn, das Promotionsdiplom wird in Ordnung gebracht.

Sollte aus der Promotionsbescheinigung oder dem Hochschuldiplom die erzielte Notenbewertung nicht ersichtlich sein, so wird nur die niedrigste Punktezah zuerkannt, die von den Titelbewertungstabellen vorgesehen sind (12 Punkte), wobei die Erhöhung der Punktezah im Verhältnis zur Notenbewertung wegfällt.

Den fremdsprachigen Dokumenten und Bewertungstiteln muß eine amtliche Übersetzung beigelegt werden.

(2) Der Militärdienst gemäß folgendem Art.9 muß durch eine Fotokopie des Matrikelblattes belegt werden. Sollte das Matrikelblatt noch nicht erstellt worden sein, so kann es durch den Schein über die unbefristete Entlassung aus dem Militärdienst ersetzt werden, wozu eine Erklärung des Bewerbers kommen muß, aus der hervorgeht, mit welchem Datum er um den Erlaß des Matrikelblattes beim zuständigen Amt angesucht hat, die Dauer des Dienstes und der Hinweis, daß der Dienst einwandfrei geleistet worden ist. Der Bewerber muß die Fotokopie des Matrikelblattes vorlegen, sobald er es vom zuständigen Amt erhalten hat.

Wer noch im Präsenzdienst steht, wird durch eine Erklärung des Kommandanten der Einheit die Dauer des bereits geleisteten Dienstes belegen; diese Erklärung muß auch den Hinweis bringen, daß der Dienst einwandfrei geleistet wird. Zudem muß sie auch das voraussichtliche Datum der Entlassung aus dem Präsenzdienst enthalten.

(3) Eine Erklärung, die ein Fachverband ausstellt, der nicht den Status einer Körperschaft mit Öffentlichkeitsrecht aufweist, bleibt wertlos.

- Artikel 5 -

Ernennungen auf Stützlehrerstellen an den Sekundarschulen I. und II. Grades

1. Die Bewerber mit Spezialisierung laut Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94 haben das Recht, im Gesuch um die Eintragung in die Landesrangordnung um die Verleihung einer Stützstelle für behinderte Schüler sowohl an der Mittelschule als auch an den Oberschulen anzusuchen, indem sie ihr Spezialisierungsdiplom beilegen.
2. Der Schulamtsleiter erstellt drei Verzeichnisse für den Stützunterricht der psychisch Behinderten, der Seh- und Gehörgeschädigten der Mittelschule und ähnliche Verzeichnisse für den Stützunterricht an den Sekundarschulen 2° Grades, welche allerdings jeweils für die vier Fachbereiche, für welche der jeweilige provinciale Stellenplan aufgeteilt ist, unterteilt werden. Diese Verzeichnisse sind als Landesrangordnungen zur Verleihung von Jahres- und zeitweiligen Supplenzen bis am Ende der didaktischen Tätigkeiten auf Stützstellen in der Mittelschule oder der Stütztätigkeiten der Sekundarschulen 2° Grades anzusehen.
3. Die Bewerber der Mittelschule werden aufgrund der besten Punktbewertung in irgendeiner Rangordnung der Mittelschule in die jeweiligen Verzeichnisse eingetragen. Die Bewerber von Sekundarschulen 2° Grades werden aufgrund der besten Punktezahl, welche sie in irgendeiner Rangordnung des jeweiligen Fachbereichs erworben haben, in das entsprechende Verzeichnis deselben Fachbereichs eingeschrieben. Für die Zuteilung des Vorrangs werden die dementsprechenden Weisungen des Art. 1, Punkt d), angewandt.
4. In allen Verzeichnissen, die gemäß Absatz 2 und 3 dieses Artikels erstellt worden sind, gehen die Lehrpersonen mit Lehrbefähigung, denen ohne Lehrbefähigung, vor. Für Verzeichnisse der Mittelschulen sind schließlich die Lehrbefähigungen für den Unterricht an Sekundarschulen 1° Grades von Bedeutung. Für die Verzeichnisse der Sekundarschulen 2° Grades sind ausschließlich jene Lehrbefähigungen von Bedeutung, welche sich auf den Unterricht an Sekundarschulen 2° Grades und insbesondere auf den jeweiligen Sachbereich beziehen.
5. Die Bewerber, welche in Landesrangordnungen eingetragen sind, wofür lediglich der Besitz eines Oberschuldiploms erforderlich ist, werden in die Verzeichnisse für den Stützunterricht an der Sekundarschule zweiten Grades zusammen mit den Lehrpersonen aufgenommen, welche in einer Rangordnung aufscheinen, wofür das Doktordiplom verlangt wird. Die Lehrpersonen für deren Unterricht die Lehrbefähigung nicht vorgesehen ist, sind in den Verzeichnissen unter den Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung einzutragen.
6. Die Verzeichnisse für den Stützunterricht laut den vorangehenden Absätzen werden zusammen mit den endgültigen Rangordnungen veröffentlicht und sind an sich unanfechtbar; weshalb nur sachliche Fehler beanstandet werden dürfen. Offen bleibt die Berufungsmöglichkeit im Sinne des Absatzes 10 des Art. 18. Die Verzeichnisse haben dauernde Gültigkeit und werden unter den gleichen Bedingungen und in den gleichen Terminen wie für die Landesrangordnungen ergänzt.
7. Die eventuelle Aufbrauchung der Landesrangordnung, von welcher die Punktezahl des Bewerbers auf das Verzeichnis für Stützunterricht übertragen worden ist, und eine darauffolgende Wiedererstellung der Landesrangordnung, haben keinen Einfluß auf die Verzeichnisse für Stützunterricht, außer wenn auch diese letzteren aufgebraucht sind und die Bewerber keinen Antrag auf Erneuerung der Punktezahl gemäß Art. 13, Absatz 6, gestellt haben.
8. Sollten einzelne Verzeichnisse für Stützunterricht im Laufe des ersten bzw. des zweiten Jahres des Trienniums aufgebraucht sein, werden diese gemäß nachfolgenden Art. 13 erstellt. Die zu diesem Zwecke von den Bewerbern eingereichten Bewertungstitel sind ausschließlich für die Wiedererstellung obgenannten aufgebrauchten Verzeichnisse gültig, ohne daß somit die Position der Bewerber in den Landesrangordnungen verändert werden kann, ausgenommen dann, wenn auch

letztere Rangordnungen aufgebraucht sein sollten, und die Bewerber auch um die Wiederherstellung der Landesrangordnung angesucht haben.

9. Jene Bewerber, welche zwar für die Eintragung in die aufgebrauchten und somit wiederzuerstellenden Verzeichnisse ansuchen, ohne aber in anderen Landesrangordnungen aufzuscheinen, müssen außerdem außer der Spezialisierung, gemäß Absatz 1, auch den Studientitel, welcher die Eintragung in die Rangordnung bzw. Rangordnungen ermöglicht und auf welche sich die bewertbaren Titel beziehen, einreichen, um mit der besten Punktebewertung in die entsprechende Verzeichnisse, gemäß Weisungen Absatz 3 und 4, eingetragen zu werden.
10. Die Eintragung in eine Landesrangordnung einer Provinz und zugleich in die verschiedenen Verzeichnisse für den Stützunterricht einer anderen Provinz ist nicht gestattet. Die Eintragung in die Rangordnungen verschiedener Provinzen ist nicht gestattet.
11. Sollte während der Vergabe der Supplenzen das spezifische Verzeichnis für Stützunterricht aufgebraucht werden, ohne alle Ernennungen verliehen zu haben, so wird die Supplenz jenem Bewerber mit der besten Einordnung aller Verzeichnisse für Stützunterricht deselben Schultyps (1° und 2° Grades) verliehen. Sollten alle Verzeichnisse für Stützunterricht während der Vergabe aufgebraucht werden, so erfolgt die Ernennung aufgrund der Landesrangordnung, welche sich auf den Unterricht an denjenigen Schulen und Instituten, auf welche sich die Ernennung bezieht, mit Hinblick auf die Bewerber mit der absolut besten Position in diesen Rangordnungen und mit Hinblick auf den Fachbereich an den Oberschulen; in diesem spezifischen Fall bewirkt ein eventueller Verzicht auf die Ernennung auf eine Stützstelle keine Verwaltungsstrafe.
12. Der auf einer Stützstelle der Sekundarschule geleistete Dienst wird für die Eintragung in die Landesrangordnungen im Sinne des Buchstabens G) der Bewertungstabelle C) bewertet (1 Punkt für jeden Monat). Dieser Dienst wird jedoch in einer Rangordnung nach Wahl des Betroffenen im Sinne des Buchstabens F) mit 2 Punkten je Monat bewertet, bis zu höchstens 12 Punkten für jedes Schuljahr.

- Artikel 6 -

Versetzungen von Ansuchen

1. Bewerber in Besitz der Lehrbefähigung oder des Studientitels, welcher gemäß der geltenden Bestimmungen des Ministerialdekretes Nr. 334/94 für die Einschreibung in die jeweilige Rangordnung erforderlich ist, die fristgerecht ein Gesuch um die Aufnahme in die Landesrangordnung vorgelegt haben, im darauffolgenden Jahr aber in eine andere Provinz übersiedeln müssen, können innerhalb 31. Juli den Schulamtsleiter letzterer Provinz um die Ernennung nach dem letzten Bewerber ersuchen, der in der entsprechenden Rangordnungsliste der Lehrer ohne Lehrbefähigung eingetragen ist. Voraussetzung ist, daß die Bewerber aus allen Rangordnungen der Herkunftsprovinz gestrichen werden. Eine solche Versetzung ist auch für das erste Jahr der dreijährigen Gültigkeit der Rangordnungen erlaubt.
2. Im Ansuchen, welches an beide zuständigen Schulamtsleiter gerichtet wird, muß der Bewerber unter persönlicher Verantwortung (1) und bei sonstiger Nichtigkeit der Annullierung des Ansuchens erklären, welche Punktezahl ihm in der Landesrangordnung der Herkunftsprovinz zuerkannt werden, mit genauer Angabe für der Lehrbefähigung oder des Studientitels für jede Rangordnung.
3. Innerhalb 31. Juli veröffentlicht der Schulamtsleiter die Verzeichnisse der Lehrpersonen, welche um Versetzung in eine andere Provinz angesucht haben, sowie das Verzeichnis jener Lehrpersonen, die die Versetzung beantragt und erhalten haben; und gegen dieses letztere Verzeichnis kann innerhalb 5 Tagen Einspruch erhoben werden. Nach Überprüfung der etwa erfolgten Einsprüche veröffentlicht der Schulamtsleiter das endgültige Verzeichnis der Lehrpersonen, welche die Versetzung in der Provinz erhalten haben. Gegen das endgültige Ver-

zeichnis ist Berufung im Rechtswege oder außerordentliche Berufung an das Staatsoberhaupt möglich.

4. Lehrpersonen, die in andere Provinzen versetzt worden sind, können, um kurzfristige Supplenzaufträge zu erhalten, ansuchen, als letzte in die Rangordnungsliste des Grundschulsprengels bzw. der Sekundarschule eingetragen zu werden. Das entsprechende Ansuchen muß gemäß den Modalitäten, die im folgenden Art. 19 festgesetzt sind, innerhalb 20. August sowohl für Grundschule und Kindergarten als auch für die Sekundarschule direkt beim Direktor eingereicht werden.
5. Unbeschadet des Grundsatzes der Eintragung am Ende der Sprengel- und Schulrangordnungen können die Bewerber um zeitweilige Supplenzen - innerhalb 31. Juli eines jeden Jahres - das Gesuch um Eintragung in anderen Sprengeln oder an anderen Schulen derselben Provinz anstelle der vorher angegebenen und ohne Überschreitung der höchstzulässigen Anzahl der Sprengel oder Schulen einreichen, müssen aber die erfolgte Ersetzung den früheren Sprengeln oder Schulen mitteilen.
6. Eine ähnliche Eintragung am Ende der Sprengel- oder Schulrangordnungen ist innerhalb 31. Juli für jene Lehrpersonen, welche ohne Lehrbefähigung in die Landesrangordnungen eingetragen sind und nicht rechtzeitig ihr Gesuch um eine zeitweilige Supplenz eingereicht haben, möglich.
7. Die Lehrpersonen, gemäß Abs. 5 und 6, bilden eine einzige Kategorie und gehen am Ende einer jeden Rangordnung, welche sich auf ein und dasselbe Schuljahr bezieht, der in Abs. 4 beschriebenen Kategorie von Lehrpersonen, vor. Innerhalb jeder der obgenannten Kategorie und im Bezug auf dasselbe Eintragungsschuljahr sind für die Reihenfolge der Rangordnung die jeweilige Punktezahl und die im letzten Absatz des vorhergehenden Artikels 1, Absatz 12 beschriebenen Kriterien der Vorrangigkeit, ausschlaggebend.

(1) Es kommen die im vorhergehenden Art.4, Absatz 23, vorgesehenen Strafen zur Anwendung.

II. A B S C H N I T T

AMTSHANDLUNGEN DES SCHULAMTSLEITERS

- Artikel 7 -

Erstellung der Rangordnungen für Neuernennungen und rechtsgültige Bewertungstitel zur Aufnahme

1. Nachdem der Schulamtsleiter den Aufgaben laut Art. 597 des Legislativdekretes 297/94 nachgekommen ist, prüft er die von den Bewerbern eingereichten Gesuche und die ihnen beigelegten Dokumente; er teilt die Punkte nach den Bewertungskriterien zu, die in den beigeschlossenen Tabellen angeführt sind, und erstellt dann auf Grund der jedem Bewerber zustehenden Punktezahl die vom Art. 522 des Legislativdekretes 297/94 (1) vorgesehenen Rangordnungen, und zwar sowohl jener Bewerber mit Lehrbefähigung als auch jener ohne Lehrbefähigung. Zu diesem Zwecke bedient er sich des elektronischen Datenverarbeitungssystems.
2. Bei Punktegleichheit werden die Kriterien zur Bevorzugung nach der Ordnung laut folgendem Art. 10 angewandt.
3. Die so erstellten Rangordnungen enthalten neben dem Namen jeden Bewerbers, die diesem aufgrund der Bewertungstabellen zugewiesenen Punktezahl und den Hinweis auf bestehende Voraussetzung, welche gemäß Art. 1, Abs. 10, 11 und 12, das Recht auf Vorrang gemäß Art. 10, das Recht auf Bevorzugung, gemäß Art. 14, das Recht auf Reservierung der Stelle und gemäß Art. 15, Abs. 28, das Recht auf Vorrang bei der Stellenwahl, geben. Für die Kindergärten und Grundschulen werden die Rangordnungen auch die Grundschulsprengel anführen, denen der Lehrer aufgrund seines Ansuchens oder von Amts wegen zur Beauftragung als Supplent

zugewiesen worden ist. In den Rangordnungen für Normalklassen der Grundschulen muß außerdem das Recht auf Vorrang für die Ernennung von Supplenzen als Ersatz für Stammrollenlehrer, welche Fremdsprachen unterrichten, zugunsten jener aufscheinen, die einen entsprechenden Antrag mit Bestätigung des Besitzes der diesbezüglichen Voraussetzung gemäß vorhergehenden Artikeln 1, 3 und 4 eingereicht haben.

4. Die Landesrangordnungen der Bewerber um Supplenzen erhalten, nach Erstellung jener für das Biennium 1989/90, Dauercharakter. Es verbleiben auch die wegen ihres Aufbrauchs neu erstellten Rangordnungen. Ab dem Schuljahr 1992/93 werden die Landesrangordnungen vorbehaltlich ihres Aufbrauchs gemäß Art. 13 alle drei Jahre vervollständigt.
5. Die, in der für das Triennium gültigen Landesrangordnungen aufscheinenden Bewerber, verbleiben für die drei folgenden Schuljahre in dieser Rangordnung mit gleicher Punktezahl. Davon ausgenommen sind mögliche Anträge um Versetzung der Gesuche in andere Provinzen, gemäß vorhergehenden Artikel 6 und die eventuellen Streichungen aus den Rangordnungen, gemäß nachfolgenden Weisungen dieser Verordnung.
6. Die Nichtannahme der Ernennung für eine Jahressupplenz oder eine zeitweilige Supplenz hat die endgültige Streichung aus der betreffenden Rangordnung zur Folge, ausgenommen sind die im Art. 15, Absatz 4, beschriebenen Fälle. Die Streichung wird nicht vorgenommen, wenn die Ernennung des Schulamtsleiters für eine andere Rangordnung angenommen wird.
7. Die wegen Nichtannahme einiger Ernennungen, wofür sie vorgeladen waren, aus den Dauerangordnungen gestrichenen Lehrpersonen haben das Recht, in die Rangordnung für das unmittelbar darauffolgende Schuljahr aufgenommen zu werden; sie müssen dafür die eigenen Vordrucke verwenden, dürfen aber nur die Spalten "Meldeamtliche Daten" und "Beantragte Ranglisten" ausfüllen.
8. Das Ansuchen laut vorangehendem Absatz muß vom 30. Jänner bis 28. Februar des Schuljahres eingereicht werden, welches dem vorausgeht, wofür die Wiedereintragung beantragt wird.
9. Die aus den Landesrangordnungen gestrichenen Bewerber, welche für das unmittelbar folgende Schuljahr nicht um Wiedereintragung angesucht haben, dürfen das Ansuchen um Neueintragung nur gelegentlich der dreijährigen Vervollständigung der Dauerrangordnungen einbringen.
10. Im Kindergarten und an der Grundschule wird der Stützunterricht für die Schüler mit Seh-, Hör- und psychophysischer Behinderung Bewerbern anvertraut, die in den Rangordnungen für Unterrichtsfächer aufscheinen, welche in Sektionen und Klassen staatlicher Schulen für Blinde, Hör- und psychophysisch Behinderte gelehrt werden. Die Ernennungen werden aufgrund der Stelle in der Rangordnung verliehen.

A - Kindergarten

11. Die den Unterricht an Kindergärten betreffenden Rangordnungen müssen - getrennt für Bewerber mit Lehrbefähigung und ohne Lehrbefähigung - nach folgenden Bezugspunkten erstellt werden:
 - 1.nach Sektionen des ordentlichen Kindergartens;
 - 2.nach Sondersektionen für psycho-physisch Behinderte;
 - 3.nach Sondersektionen für Sehbehinderte;
 - 4.nach Sondersektionen für Hörgestörte;
 - 5.nach Sektionen mit differenzierter didaktischer Ausrichtung.
12. Zur Aufnahme in die Rangordnungsliste der Befähigten bedarf es des für den Unterricht an Kindergärten eigens vorgesehenen Befähigungsnachweises zum Unterrichten an staatlichen Kindergärten.
13. Zur Aufnahme in die Rangordnungsliste der Sondersektionen für psycho-physisch Behinderte, für Seh- und Hörgeschädigte, bedarf es der entsprechenden Sonderausbildung, die nach den Bestimmungen des Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94, zum Unterricht an Sonderkindergärten erworben wird. Für die Stellen der Sonderschule und die Stellen für Stützunterricht für psychophysisch Behinderte sowie Seh- und Hörbehinderte an Schulen und in Sektionen mit differenzierter Unterrichtsweise gebührt bei der Verleihung der Supplenzen der Vorrang den Lehrpersonen im Besitze des Spezialisierungsdiploms gemäß Art. 325 des Legislativdekretes 297/94 in Verbindung mit dem entsprechenden Spezialisierungsdiplom für den Unterricht einer differenzierten Lehrmethode.
14. Für die Eintragung in die Rangordnungen für Stellen einer Schule mit differenzierter Lehrmethode braucht es den Besitz des Zeugnisses (Diploms), das am Abschluß der im Sinne der Artikel 46 und Art. 365 des Legislativdekretes 297/94 für den Kindergarten eingeführten Lehrgänge erworben wurde, oder in Abwechslung und beschränkt auf die Schulen mit differenzierter Unterrichtsweise nach der Methode von Montessori das Befähigungsdiplom für die Vorschulstufe, das an der staatlichen Kindergärtnerinnenschule nach der Montessori von Rom erlangt wurde.
15. Zur Aufnahme in die Rangordnungsliste der Bewerber ohne Befähigungsdiplom bedarf es des Diploms einer Kindergärtnerinnenschule oder einer Lehrerbildungsanstalt.
16. Zur Aufnahme in die Rangordnungen der Kindergärtner/innen mit Befähigungsdiplom und ohne Befähigungsdiplom für Sondersektionen oder für Sektionen mit didaktischen differenzierter Ausrichtung muß zum Befähigungsdiplom bzw. zum Studentitel der Spezialisierungsausweis dazukommen. Was die Eintragung in die Rangordnungen für Stellen an Schulen mit differenzierter Unterrichtsweise nach der Montessorimethode betrifft, wird auf die Bestimmungen laut dem vorangehenden Absatz 14 hingewiesen.

B - Grundschule

17. Die Rangordnungen für Lehrerstellen an Grundschulen müssen folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:
 - 1) Lehrerstellen an einer Normalschule;
 - 2) Lehrerstellen an einer Sonderschule für psycho-physisch Behinderte;
 - 3) Lehrerstellen an einer Sonderschule für Sehbehinderte;
 - 4) Lehrerstellen an einer Sonderschule für Hörgeschädigte;
 - 5) Lehrerstellen an einer Gefängnisschule;
 - 6) Lehrerstellen an Anstalten zur Umerziehung von Minderjährigen;
 - 7) Lehrerstellen an Schulen mit didaktisch differenzierter Ausrichtung;
 - 8) Lehrerstellen für den Musik- und Gesangsunterricht an Sonderschulen für Sehbehinderte.

18. Zur Aufnahme in die Rangordnungsliste jener Bewerber, die eine Unterrichtsstelle an Normalschulen anstreben, bedarf es des Diploms der Lehrbefähigung einer Lehrerbildungsanstalt.
19. Zur Aufnahme in die Rangordnungen der Bewerber um Lehrerstellen an Sonderschulen für psycho-physisch Behinderte oder für Seh- und Hörgeschädigte bedarf es der diesbezüglichen Sonderausbildung für den Unterricht an Sonderlehrstellen von Sondergrundschulen, die nach den Bestimmungen des Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94 erworben wird. Für die Stellen der Sonderschule und die Stellen des Stützunterrichtes für psycho-physisch Behinderte und Seh- und Hörbehinderte an Schulen oder Sektionen mit differenzierter Unterrichtsweise gebührt der Vorrang bei der Verleihung der Supplenzen den Lehrpersonen im Besitze des Spezialisierungsdiplomes gemäß Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94 in Verbindung mit dem entsprechenden Spezialisierungsdiplom für den Unterricht der differenzierten Lehrmethode.
20. Zur Aufnahme in die Rangordnungen der Bewerber um Lehrerstellen an Gefängnisschulen bedarf es des Diploms der Sonderausbildung, das mit dem Abschluß eines jener Lehrgänge erworben wird, die vom Ministerium für Öffentlichen Unterricht nach Übereinkommen mit dem Justizministerium organisiert werden.
21. Zur Aufnahme in die Rangordnungsliste für Bewerber um Stellen, die bei Instituten zur Umerziehung straffälliger Minderjähriger errichtet worden sind, bedarf es des eigenen Diploms über die Sonderausbildung, das mit dem Abschluß der Lehrgänge erworben wird, die nach Übereinkommen mit dem Justizministerium errichtet werden (2).
22. Zur Aufnahme in die Rangordnungen der Bewerber um Lehrerstellen an Schulen mit didaktisch differenzierter Ausrichtung (Montessori-Schulen und andere) bedarf es des eigenen Diploms über Sonderausbildung zum Unterrichten an Schulen mit didaktisch differenzierter Ausrichtung nach Montessori oder ein anderes Diplom über Sonderausbildung nach didaktisch differenzierter Ausrichtung.
23. Zur Aufnahme in die Rangordnungen der Bewerber um Lehrerstellen an Sonderschulen laut Punkt 2 bis Punkt 7 muß das Diplom über die Sonderausbildung zum Lehrbefähigungsdiplom dazukommen.
24. Zur Aufnahme in die Rangordnungsliste der Bewerber um Lehrerstellen für Musik und Gesang an Sonderschulen für Sehbehinderte (solche Schulen gibt es an Blindenheimen in Cagliari, Catania, Lecce, Neapel, Palermo, Perugia, Rom, Sassari und Triest) bedarf es, sowohl für die sehenden als auch für die blinden Bewerber, des Besitzes aller folgenden Titel:
 - a) Diplom über die Ausbildung zum Unterricht von Musik und Gesang (Diplom über Komposition oder über Chorgesang und Chorleitung oder über Orgelspiel oder über Klavier);
 - b) Diplom über die Sonderausbildung als Erzieher von Sehbehinderten, erworben im Sinne des Art. 325 des Legislativdekretes 297/94
25. Dem Ausbildungstitel laut vorhergehendem Buchstaben a) wird die Punktezahl zugewiesen, die unter dem Buchstaben a) der beigeschlossenen Tabelle B vorgesehen ist.
26. Für das Diplom über Sonderausbildung laut vorhergehendem Buchstaben b) wird die Punktezahl zuerkannt, die unter dem Buchstaben b) der erwähnten Tabelle B vorgesehen ist.
- 26 a) Bewerbern der Grundschule, welche im Besitz des Diploms der „Bildungswerkstatt“, sind welches vom Deutschen Pädagogischen Institut ausgestellt ist, wird eine zusätzliche Punktezahl von 3

27. Die Ernennung für Lehrerstellen an Grundschulen mit Sitz im Gebirge wird mit absolutem Vorrang an Bewerbern vergeben, die in der Landesrangordnung eingetragen sind und wenigstens seit 3 Jahren ihren Wohnsitz in derselben Gemeinde haben, wie vom Art.4, 3.Absatz, des Gesetzes vom 1.03.1957, Nr.90, vorgesehen wird (3).
28. Die Bewerber um eine Ernennung mit Recht auf absoluten Vorrang müssen dieses ausdrücklich im Gesuch einfordern (4).
29. Die Lehrperson mit der Ernennung auf eine Schule mit Sitz in einer Berggemeinde hat das Recht, im darauffolgendem Jahr die Ernennung auf dieselbe Lehrstelle oder auf eine Lehrstelle an einer Bergschule derselben Wohnsitzgemeinde zu erhalten, sofern eine solche Stelle zur Verfügung steht (5).
30. Den Lehrpersonen, die für Bergschulen ernannt werden, kann die Aufhebung der Pflicht, an derselben Lehrstelle auch den Wohnsitz zu nehmen, nicht gewährt werden (6).

C - Sekundarschulen

31. Für die Eintragung in die Rangordnungen der Bewerber mit Lehrbefähigung haben jene Befähigungsbescheinigungen Rechtsgültigkeit, die in der Tabelle A, welche dem Ministerialdekret Nr. 334 vom 24.11.1994 beigeschlossen ist, vorgesehen sind und in welcher die Lehrbefähigungszeugnisse, dieselbe Bezeichnungen der Wettbewerbsklassen (siehe Anlage 10A, spezifischer Teil und Anlage 15A), annehmen. Zur Aufnahme bedarf es zudem der Eintragung in das amtliche Berufsverzeichnis (7).
32. Die Eintragung in das Berufsverzeichnis gilt auch für jene Befähigung, die aufgrund von Titeln erworben wurde, die an und für sich keine Befähigung gewähren, aber auf Grund derer infolge von Sonderbestimmungen die Eintragung in das Berufsverzeichnis verordnet wurde (8).
33. Die Wettbewerbs- und Lehrbefähigungsklassen der vorhergehenden Bestimmung, werden den Wettbewerbsklassen gemäß Tabelle A/1, welche dem Dekret Nr. 334 vom 24.11.1994 (siehe Anlage 27A) beigeschlossen ist, gleichgestellt. Zum Zwecke der Übereinstimmung der Wettbewerbsklassen mit den Lehrbefähigungsklassen gemäß den vorhergehenden Bestimmungen, behalten die Anmerkungen 1 und 2 der Tabelle A, sowie die Tabelle B (siehe M.D. vom 03.09.1982), ihre Gültigkeit. Jene, die im Besitz der Lehrbefähigungszeugnisse, eigens erworben für die Wettbewerbsklassen 47/A - Mathematik, 38 A - Physik und 50 A - Literarische Fächer in der Oberschule und 36 A - Philosophie, Psychologie und Erziehungswissenschaften - sind, gelten als für die entsprechenden Wettbewerbsklassen 49 A - Mathematik und Physik und 37 A - Philosophie und Geschichte, lehrbefähigt. Die Übereinstimmung einiger Lehrbefähigungen gemäß den neuen Bestimmungen, wird von Tabelle A/2, welche dem Ministerialdekret 334, vom 24.11.1994 beigeschlossen ist, festgelegt.
34. Für die Eintragung in die Rangordnungsliste der Bewerber ohne Lehrbefähigung gelten die Studientitel, die in der Tabelle A des Ministerialdekretes Nr. 334/94, vorgesehen sind. Ebenso gültig sind jene Studientitel, welche sich auf Doktoratsdiplome, deren Benennung, wie in der Tabelle A/3 (Anlage zum Ministerialdekret Nr. 334 - siehe Anlage Nr. 26) abgeändert worden ist, beziehen.
35. Für die Eintragung in die Rangordnungen der Bewerber um Lehrerstellen für den technisch-praktischen Unterricht berechtigen die Studientitel, die in der dem erwähnten Dekret Nr. 334/94 beigeschlossenen Tabelle C angeführt sind (für das Verzeichnis der entsprechenden Rangordnungen siehe den spezifischen Teil der Anlage 10/A). Die Wettbewerbsklassen der vorher geltenden Bestimmungen, werden den neuen Wettbewerbsklassen gemäß Tabelle C1 - Anlage zum Dekret Nr. 334 vom 24.11.1994 (siehe Anlage Nr. 27/B) als gleichgestellt erklärt. Die dem Ministerialdekret vom 03.09.1982 beigeschlossene Übereinstimmungsübersicht behält zum

Zwecke der Übereinstimmung der Wettbewerbsklassen gemäß vorhergehender Bestimmungen ihre Gültigkeit.

36. Für die Eintragung in die Rangordnungen der Bewerber um Lehrerstellen für angewandte Kunst an Lehranstalten für Kunsterziehung berechtigen die Studientitel, die in der dem Ministerialdekret Nr. 334/94 mit späteren Änderungen und Ergänzungen beigegebenen Tabelle D vorgesehen sind (für das Verzeichnis der entsprechenden Rangordnungen siehe den spezifischen Teil der Anlage 10/A). Die Wettbewerbsklassen der vorher geltenden Bestimmungen werden den neuen Wettbewerbsklassen gemäß Tabelle D/1 - Anlage zum Dekret Nr. 334/94 (siehe Anlage Nr. 27/C) als gleichgestellt erklärt.
37. Für die Eintragung in die Rangordnungsliste für den Deutschunterricht (Deutsch als 2.Sprache) an Lehranstalten und Sekundarschulen mit italienischer Unterrichtssprache in der Provinz Bozen müssen die Bewerber im Besitz der Bescheinigung über die Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache sein; dazu siehe die D.P.R. 752/76. Die Bewerber der ladinischen Sprachgruppe müssen zudem beweisen, daß sie die Kenntnis der ladinischen Sprache besitzen, wie dies das D.P.R. 89/83 vorsieht.
38. Für die Eintragung in die Rangordnungen der Bewerber ohne Lehrbefähigung, die eine Lehrstelle für Maschinschreiben und Stenographie (Wettbewerbsklasse 075/A) anstreben, sind jene berechtigt, die einen der in der Tabelle A vorgesehenen Bewertungsanspruch oder Berufsbeurteilungsnachweis oder Dienstzeugnisse vorweisen können, die belegen, daß der Bewerber wenigstens zwei Kurzschriftsysteme, wie sie in der Schule verwendet werden und Maschinschreiben, kennt (8). Die erwähnte Tabelle A ist eine Anlage zum Ministerialdekret Nr. 334/94. Die erwähnten Dienstzeugnisse müssen, sofern sie von Privaten ausgestellt sind, die genauen Daten über die Einzahlungen der Sozial- und Fürsorgebeiträge enthalten. An Stelle von Berufsausübungs- oder Dienstleistungszeugnissen können, zum Zwecke der Aufnahme in die Rangordnungen der Bewerber ohne Befähigungsdiplom, und zwar für Lehrstellenaus Stenographie und/oder Maschinschreiben, neben dem Abschlußdiplom einer Schule 2.Grades auch Zeugnisse vorgelegt werden, welche belegen, daß die Bewerber Klassen besucht haben, in denen der Unterricht in Stenographie und/oder in Maschinschreiben erteilt wurde. Die Besuchszeugnisse müssen den Hinweis enthalten, daß die Versetzung in die nächste Klasse erfolgt ist.
39. Ähnliche Bestimmungen gelten für die Rangordnung für Bewerber ohne Lehrbefähigung für Maschinschreiben und Stenografie (099A) an Oberschulen in deutscher Sprache oder an Oberschulen mit deutscher Unterrichtssprache in den ladinischen Ortschaften, in welchen Bewerber aufgenommen werden können, die den vorgeschriebenen Studientitel aufweisen und Zeugnisse besitzen, die belegen, daß sie das allgemein übliche System deutscher Stenografie und die Methode, nach welcher dieses System der italienischen Sprache angepaßt werden kann, sowie die italienische Stenografie kennen und wenigstens eines der folgenden Unterrichtsfächer beherrschen: Maschinschreiben, Verfielfältigungstechnik, maschinelles Rechnen, maschinelle Buchhaltung.
40. Für den Unterricht an Sektionen und Klassen staatlicher Schulen für Blinde und Hörgeschädigte müssen eigene Rangordnungen erstellt werden, (aber nur in jenen Provinzen, wo solche Sektionen oder Schulen funktionieren) in welche die Bewerber in folgender Reihenfolge einzutragen sind:
 1. Die Bewerber im Besitz des Studientitels, der Lehrbefähigung und des spezifischen monovalenten Sonderausbildungstitels gemäß Art. 67, Abs. 5, des Legislativdekretes Nr. 297/94.
 2. Die Bewerber im Besitz des Studientitels, der Lehrbefähigung und des spezifischen monovalten Sonderausbildungstitels gemäß Art. 67, Abs. 5, des Legislativdekretes Nr. 297/94.
 3. Die Bewerber im Besitz des Studientitels und des spezifischen polivalenten Sonderausbildungstitels gemäß Art. 325, des Legislativdekretes Nr. 297/94.
 4. Die Bewerber im Besitz des Studientitels und des polyvalenten Sonderausbildungstitels gemäß Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94.

Für die Unterrichtsfächer, die an der staatlichen Kindergärtnerinnenschule nach der Montessorimethode von Rom unterrichtet werden, müssen die Bewerber außer ihrem Studententitel den Nachweis des Besitzes des Spezialisierungsdiploms für Unterrichtsdifferenzierung nach Montessori erbringen.

41. Blinde Bewerber können nur um die Eintragung in folgende Rangordnungen ansuchen:

- Ladinische Bildung (090 A)
- Rechts- und Handelswissenschaften (019 A)
- Musikerziehung in Sekundarschulen 2.Grades (031 A)
- Musikerziehung an Mittelschulen (032 A)
- Philosophie, Psychologie und Erziehungswissenschaft (036 A)
- Philosophie und Geschichte (037 A)
- Italienisch an der Mittelschule mit slowenischer Unterrichtssprache (080 A)
- Italienisch (2.Sprache) an deutschsprachiger Mittelschule (091 A)
- Italienisch, Geschichte und Bürgerkunde, Geographie an der Mittelschule (043 A)
- italienische Sprache und Literatur an Sekundarschulen 2.Grades mit slowenischer Unterrichtssprache (081 A)
- italienische Sprache und Literatur (2.Sprache) an Sekundarschulen 2.Grades in deutscher Sprache (092 A)
- Fremdsprache (245 A - 345 A - 445 A - 545 A - 645 A)
- Fremdsprachen und -kulturkenntnisse (246 A - 346 A - 446 A - 546 A - 646 A - 746 A - 846 A - 946 A)
- Sprache und Literatur an Sekundarschulen 2.Grades (050 A)
- Sprache und Literatur an Sekundarschulen 2.Grades mit slowenischer Unterrichtssprache (082 A)
- Sprache und Literatur an Sekundarschulen 2.Grades in deutscher Sprache und an Schulen mit deutscher Unterrichtssprache der ladinischen Ortschaften (093 A)
- Sprache und Literatur sowie Latein an Lyzeen und Lehrerbildungsanstalten (051 A)
- Sprache und Literatur sowie Latein an Lyzeen und Lehrerbildungsanstalten mit slowenischer Unterrichtssprache (083 A)
- Sprache und Literatur sowie Latein an Lyzeen und Lehrerbildungsanstalten in deutscher Sprache und mit deutscher Unterrichtssprache an Schulen der ladinischen Ortschaften (094 A)
- Sprache und Literatur, Latein und Griechisch am humanistischen Lyzeum (052 A)
- Sprache und Literatur, Latein und Griechisch am humanistischen Lyzeum mit slowenischer Unterrichtssprache (084 A)
- Sprache und Literatur, Latein und Griechisch am humanistischen Lyzeum in deutscher Sprache und mit deutscher Unterrichtssprache an Schulen der ladinischen Ortschaften (095 A)
- Slowenische Sprache, Geschichte und staatsbürgerliche Erziehung sowie Geographie an Mittelschulen mit slowenischer Unterrichtssprache (085 A)
- Deutsch (2.Sprache) an Sekundarschulen 2.Grades (096 A)
- Deutsch (2.Sprache) an Mittelschulen mit italienischer Unterrichtssprache in der Provinz Bozen (097 A)
- Deutsch, Geschichte und staatsbürgerliche Erziehung sowie Geographie an Mittelschulen in deutscher Sprache und an Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache in den ladinischen Ortschaften (098 A)
- Lebensbezüge an berufsbildenden, staatlichen Lehranstalten für Blinde (073 A)

42. Die Ernennungen zum Unterricht eines Musikinstrumentes an Lehrerbildungsanstalten ergehen an Bewerber, die in den Landesrangordnung für Musikerziehung an Mittelschulen eingetragen sind, sofern es nicht möglich ist, im Sinne des 8. Absatzes des Art.15 des Gesetzes 270/82 durch Lehrpersonen der Stammrolle oder durch Lehrpersonal, das nicht in der Stammrolle eingetragen ist, für diesen Unterricht zu sorgen.
43. Die Eintragung der Bewerber in die Rangordnung für die Wettbewerbsklasse 3/C "Konversation in Fremdsprachen" findet nach den spezifischen Bestimmungen im Abs. 44, 45 und 46 statt.
44. Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
Beschränkt auf die Bewerber, welche nicht im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft oder der Staatsbürgerschaft eines Staates der EU sind, wird von den Voraussetzungen, welche im Art. 2, Punkt A und B, dieser Verordnung beschrieben sind, abgesehen. In diesen Fällen bleibt jedoch die Pflicht aufrecht, eine Ablichtung der Aufenthaltsgenehmigung (pflichtgemäß auf den letzten Stand zu halten), aus welcher die Nationalität des Bewerbers hervorgeht. Wenn diese Bewerber die Ernennung erhalten, so sind sie von der Abgabe der Dokumente, welche im Art. 17, Buchstabe B, C und D dieser Verordnung beschreiben sind, befreit.
45. Gültiger Titel für die Eintragung
Der für die Eintragung gültige Titel ist jener, welcher im Ministerialdekret Nr. 334/94 beschrieben ist: "Studientitel, welcher dem Maturadiplom entspricht, erworben im Land oder einer der Länder, in welchem die für die Konversation entsprechende Sprache, Muttersprache ist, sofern die Bestätigung der Dienstitel beigelegt ist."
Die vorzulegenden Titel oder Bestätigungen müssen durch eine spezifische Erklärung des italienischen Konsulats oder der italienischen Botschaft des Landes, in welchem der Studientitel erworben wurde, sowie einer von diesem beglaubigten Übersetzung oder einer Übersetzung eines amtlichen, in das Album eines italienischen gerichtseingetragenen Übersetzers, in italienischer Sprache begleitet sein; dies nicht zuletzt zum Zwecke der erforderlichen Bestätigung über die vorausgesetzte Übereinstimmung mit dem Maturadiplom. Zur Feststellung der vorgeschriebenen Berufstitel werden jene in Betracht gezogen, welche sich auf Berufserfahrungen im didaktischen, erzieherischen und kulturellen Bereich, beziehen. Auch die Berufstitel, sofern sie im Ausland erworben sind, müssen in einer geeigneten Übersetzung in italienischer Sprache begleitet sein.
46. Bewertung der Titel:
Da die Voraussetzungen für die Eintragung in die Landesrangordnung für die Wettbewerbsklasse 3/C atypischen Charakter haben, muß die Zuerkennung der Punktezah für die bewertbaren Titel (dazu siehe Tabelle C, Anlage zu dieser Verordnung) nach folgenden spezifischen Kriterien erfolgen:
- A. Zulassungstitel
- Für den Studientitel, erworben in einem zum bezüglichlichen Sprachraum gehörenden Land, welcher dem Maturadiplom entspricht in Zusammenhang mit den geeigneten Berufstiteln (10) (11).
- Punkte 12
- Bewerbern, welche in Österreich das Lehramtsstudium absolviert haben, wird eine zusätzliche Punktezah von 15 zuerkannt.

B. Andere Kulturtitel

Für den Besitz eines oder mehrerer Studientitel, erworben in Italien oder im entsprechenden Land zusätzlich zum ersten, gleichen oder höheren Ranges als der Zulassungstitel für die Eintragung in die Rangordnung (12).

siehe Buchstabe E
Tabelle C

C. Didaktische Bewertungstitel (ausschließlich in italienischen Schulen):

- für die Dienste, welche als "Experte der Konversation in Fremdsprache" oder für die ehemalige Wettbewerbsklasse LIXC, jetzt 3/C, für angesuchte Fremdsprache (13).

siehe Buchstabe F
Tabelle C

- für andere didaktische Dienste (13)

siehe Buchstabe G - H
Tabelle C

(1) Für Bewerber um Stellen an der Grundschule und für die Mittelschule, um Lehrerstellen, die in den Tabellen C und D vorgesehen werden, die dem Ministerialdekret Nr. 334/94 beigelegt sind, wird eine einzige Rangordnung erstellt.

(2) Fehlen Bewerber mit Sonderausbildung, ergeht die Ernennung auf Antrag an Lehrpersonen, die im Besitze des Sonderausbildungsdiploms laut Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94 sind. Zum Zwecke müssen die Bewerber mit dem Gesuche um Aufnahme in die Rangordnungen der Normalschule oder der Sonderschule auch das erwähnte Spezialisierungsdiplom vorlegen.

(3) Bergschulen sind jene, die im Sinne des Art.1 des Gesetzes vom 25.07.1952, Nr.991, als solche anerkannt werden.

(4) Die dreijährige ununterbrochene Ansässigkeit in der Berggemeinde oder im Berggebiet einer Gemeinde (bei Gemeinden, die nur in Teilbereichen als Berggemeinde gelten), muß angemessen belegt sein. Zum Zwecke genügt es nicht, den standesamtlichen Wohnsitz in der Gemeinde zu belegen, sondern es muß auch der wirkliche Aufenthalt am Ort nachgewiesen werden.

(5) Die Bestätigung schließt aus, daß ein andere Bewerber für diese Stelle ernannt wird, auch wenn er mehr Punkte und das Recht auf absoluten Vorrang hat.

(6) Handelt es sich um eine Gemeinde, die nur zum Teil als Berggemeinde gilt, kann die Aufhebung der Aufenthaltspflicht zu Gunsten einer anderen Ortschaft derselben Gemeinde gewährt werden, unter der Voraussetzung, daß es im Berggebiet, in welchem die Schule liegt, unmöglich ist, eine Wohnung zu finden.

(7) Die Lehrbefähigungen sind in den Anlagen 15 und 18 verzeichnet.

(8) Es wird auf die im Gesuchsformular aufscheinende Erklärung aufmerksam gemacht. Diese Erklärung ist verbindlich für eine etwaige Aufnahme in die Rangordnung der Lehrpersonen mit Lehrbefähigung. Das Kästchen für die Eintragung ins Berufsverzeichnis muß auch von jenen Bewerbern mit Lehrbefähigung angekreuzt werden, die um die Eintragung in das Berufsverzeichnis angesucht haben, genau so wie von jenen Bewerbern, welche dem Gesuche die Erklärung über die bestandene schriftliche und mündliche Wettbewerbsprüfung beigelegt haben, so wie dies der Art. 4, 9. Absatz vorsieht. Wird das Kästchen 15 nicht angekreuzt, so wird der Bewerber mit der ihm zustehenden Punktezahl in die Rangordnung der Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung eingetragen.

(9) Vom Besitz von Berufsbescheinigungen und Dienstleistung nachweisen wird abgesehen, wenn ein Zeugnis über eine Ausbildung an einer Sekundarschule vorgelegt wird, dessen kurrikularer Studienplan den Unterricht in Stenographie und/oder in Maschinschreiben vorsieht.

(10) Da die Bewertungskriterien der verschiedenen Auslandstitel mit den Bewertungskriterien der italienischen Studientitel weder homogen noch vergleichbar sind, werden keine Koeffizienten für die

Zusatzpunkte in Bezug auf jeden eventuell, im Studientitel angegebenen Bewertungsparameter gegeben.

(11) Für die Berufstitel werden keine Punkte gegeben, außer die eventuell zustehende Punktezahl, wenn sie unter "didaktische Bewertungstitel" fallen. In diesem Falle muß der Berufstitel in angemessener Weise im spezifischen Teil des Gesuchsformulars angemerkt sein.

(12) Eventuelle, im Ausland erworbenen Kulturtitel müssen denselben Voraussetzungen von Übersetzung und Bestätigung über Gleichwertigkeit mit italienischen Titel, welche für den Zulassungstitel vorgesehen sind, entsprechen.

(13) Einschließlich des eventuellen Dienstes, welcher bereits als Berufstitel für die Eintragung in die Rangordnung gewertet worden ist.

- Artikel 8 -

BEWERTUNG DER STUDIENTITEL

A- STUDIENTITEL

1. Die für die Aufnahme in die Landes-, Schul- und Sprengelrangordnungen gültigen Studientitel sind in den Anlagen Nr. 12, 13, 14 für Kindergarten, Grund- und Sekundarschule angegeben.
2. Gemäß dem Buchstaben A) der Bewertungstabelle wird nur der Studientitel bewertet, der zur Aufnahme in die begehrte Rangordnung berechtigt. Werden jedoch für die Zulassung zum Unterricht an der Sekundarschule gleichzeitig zwei Studientitel vorgesehen, so wird nur der höhere Studientitel vorgesehen (1).
3. Besitzt der Bewerber mehrere Studientitel, die alle in gleicher Weise für die Aufnahme in die beantragte Rangordnung berechtigen, so wird nur der Studientitel mit der höchsten Benotung bewertet.
4. Die vom Bewerber besessenen und gemäß dem Buchstaben A) nicht bewerteten Studientitel werden entsprechend dem Buchstaben D) der Tabelle der Kindergärten, dem Buchstaben C) der Tabelle der Grundschule und der Tabelle E) der Sekundarschule bewertet.

B- BEFÄHIGUNGSTITEL

5. Die für die Aufnahme in die beantragten Landesrangordnungen vorgeschriebene Befähigung wird gemäß dem Buchstaben B) der beiliegenden Tabellen A und C für Kindergarten bzw. Sekundarschule bewertet.
6. Die übrigen gemäß dem erwähnten Buchstaben B) nicht berücksichtigten Befähigungen sind gemäß dem Buchstaben E) der entsprechenden Tabelle zu bewerten. Unbeschadet dessen muß für die Grundschule die Bewertung eines jeden Befähigungsnachweises gemäß dem Buchstaben D) der Tabelle B für die Bewertung der Titel (2) erfolgen.
7. Sollte, was die Sekundarschule betrifft, der Bewerber nach etwaigen Änderungen der für die Zulassung zu den Wettbewerbsklassen vorgesehenen Studientitel, den für die Aufnahme in die entsprechende Landesrangordnung gültigen Befähigungsnachweis besitzen, ohne über den für die derzeitige Erlangung der Lehrbefähigung erforderlichen Studientitel zu verfügen; so ist er dennoch

berechtigt, in die Rangordnung der Lehrbefähigten aufgenommen zu werden. Sein Studientitel kann aber nur laut dem Buchstaben E) der Tabelle der Sekundarschule bewertet werden, sofern er gleichrangig oder höherrangig zu dem ist, der für die Aufnahme in die Landesrangordnung verlangt wird. (3).

C- SONDERBEFÄHIGUNGSTITEL

8. Die für die Aufnahme in die Sonderrangordnungen vorgeschriebenen Sonderbefähigungstitel sind gemäß dem Buchstaben C) der Tabelle der Kindergärten und der Sekundarschule und dem Buchstaben B) der Tabelle der Grundschule nur dann zu bewerten, wenn die Aufnahme in die entsprechenden eigenen Rangordnungen beantragt wird, wofür der betreffende Sonderbefähigungstitel die Voraussetzung für die Aufnahme ist.
9. Die Titel laut vorangehendem Absatz werden jeweils entsprechend dem Buchstaben D) der Tabelle der Grundschule, der Tabelle E) der Kindergärten und der Sekundarschule bewertet, wenn sie kein Zulassungstitel sind (4).
10. Was die Sekundarschule betrifft, so wird gemäß dem Buchstaben E) der Tabelle der Sekundarschule die Sonderbefähigung gemäß Art. 67, Absatz 6 des Legislativdekretes 297/94, für den Zugang zu Stellen als Erziehungshelfer an staatlichen Anstalten für Blinde und Taubstumme bewertet.

D- EIGNUNG IM WETTBEWERB UM LEHRSTÜHLE

11. Bezüglich der laut Legislativdekret Nr. 297/94 ausgeschriebenen Wettbewerbe erfolgt die Punktebewertung lediglich aufgrund der Aufnahme in die Rangordnung für Verdienste (5).

E- ZWEISPRACHIGKEITSNACHWEIS

12. Für den Besitz der Zweisprachigkeitsprüfung werden, gemäß Beschluß der Landesregierung vom 25.01.1999, Nr. 166 **12 Punkte** zuerkannt.

(1) Wenn zum Beispiel der Besitz eines Doktorates und eines Diploms oder eines Diploms einer Akademie und eines Diploms einer Oberschule verlangt wird, so wird nur das Doktorat oder das Diplom der Akademie bewertet.

(2) Die Bewertung mit 6 bis zu höchstens 18 Punkten steht zu, auch wenn die anderen Befähigungen sich auf die gleiche Wettbewerbsklasse wie die gemäß dem Buchstaben B bewertete Befähigung beziehen.

(3) Diese Möglichkeit ergibt sich beispielsweise beim Doktorat in Rechtswissenschaften in Verbindung mit der Lehrbefähigung für eine Fremdsprache. Andererseits hat der Bewerber zum Beispiel bei einem Oberschuldiplo in Verbindung mit einer Lehrbefähigung für Kunsterziehung zwar Anrecht auf Aufnahme in die Rangordnung der Befähigten, aber aufgrund seines Studientitels keinen Anspruch auf die Bewertung gemäß dem Buchstaben E), da es sich um einen Studientitel handelt, der rangmäßig unter dem liegt, welcher von den geltenden Bestimmungen verlangt wird.

(4) Gleichmaßen werden die einfach wie die mehrfach geltenden Sonderbefähigungstitel bewertet. Es berechtigt also der einfach geltende und der mehrfach geltende Titel in gleicher Weise zur Zuteilung von 6 Punkten in einer Rangordnung, die nicht der entspricht, in deren Aufnahme der Titel berechtigt.

(5) Was die Sekundarschule betrifft, so wird bei den vor dem Gesetz 270/1982 ausgeschriebenen Wettbewerben die Punktezahl dann zuerkannt, wenn die Lehrperson im Wettbewerb wenigstens 52,50 von 75 Punkten erhalten hat. Bezüglich der Kindergärten wird die Punktezahl auch bei den vor dem Gesetz 270/82 ausgeschriebenen Wettbewerben aufgrund der Aufnahme in die Rangordnung um Verdienste zuerkannt.

- Artikel 9 -

Bewertung der Diensttitel

A- Bewertung der Unterrichtsdienste

1. Die geleisteten Unterrichtsdienste werden bezüglich der beantragten Landesrangordnung nach den von den Tabellen der Titelbewertung festgelegten Kriterien und Bewertungspunkten bewertet.
2. Der Dienst, der für die gleiche Wettbewerbsklasse oder für die Unterrichtsfächer geleistet wurde, für welche die Aufnahme in die Rangordnung beantragt wird, wird gemäß dem Buchstaben F) der Tabelle der Kindergärten und Sekundarschule und dem Buchstaben C) der Tabelle der Grundschule mit 2 Punkten je Monat oder Bruchteil von mehr als 15 Tagen bis zu höchstens 12 Punkten für das ganze Schuljahr bewertet. In gleicher Weise wird der Dienst bewertet, der für Wettbewerbsklassen geleistet wurde, die vom vorangehenden Dienstrecht vorgesehen waren und aufgrund der Spalte 2 der Tabelle B gemäß dem Ministerialdekret vom 03.09.1982 und aufgrund der Tabelle A/1, Anlage zum Ministerialdekret Nr. 334 vom 24.11.1994, als entsprechend erklärt worden sind.
Im Falle der Zusammenlegung von Wettbewerbsklassen ist der Unterrichtsdienst, der für eine der in der Folge zusammengelegten Wettbewerbsklassen geleistet wurde, in vollem Ausmaß in der neuen Wettbewerbsklasse zu bewerten.
3. Die anderen Dienste, die sich von den im voranstehenden Absatz erwähnten unterscheiden, werden mit 1 oder 0,50 Punkten je Monat oder Bruchteil von mehr als 15 Tagen bis zu höchstens 6 oder 3 Punkten bewertet, je nach dem, ob sie unter den beim Buchstaben G) oder Buchstaben H) der Tabellen der Kindergärten und Sekundarschule und unter den beim Buchstaben F) oder Buchstaben G) der Tabellen der Grundschule angegebenen enthalten sind.
4. Wurden im Laufe desselben Schuljahres Dienste bezüglich anderer Wettbewerbsklassen oder Unterrichtsfächer geleistet - auch an Schulen anderer Art und Stufe -, so muß hinsichtlich der beantragten Rangordnung eine differenzierte Bewertung erfolgen, unbeschadet dessen, daß die Summe der zuerteilten Punkte nicht die Punktezahl übersteigen darf, welche für ein ganzes Jahr und für den Dienst im Unterricht, der am günstigsten bewertet wurde, vorgesehen ist.
5. Hat der Betroffene, wo es erlaubt ist, im selben Zeitraum und für verschiedene Wettbewerbsklassen, Tätigkeiten oder Unterrichtsfächer mehrere Dienste geleistet, so wird für die zusammenfallende Zeitspanne nur einer der geleisteten Dienste bewertet; deshalb wird der Betroffene im Gesuchsvordruck nach eigener Wahl nur einen der Dienste anführen.
6. Fehlt die Angabe von Seiten des Betroffenen, so wird der Dienst berücksichtigt, welcher bezüglich der ersten der im Formblatt beantragten Rangordnungen am günstigsten zu bewerten ist.

7. Bezüglich der Bewertung von Bruchteilen eines Dienstes, die kein Schuljahr ausmachen, wird nach den hier angeführten Kriterien verfahren:
 1. Man zählt die im gleichen Schuljahr geleisteten Dienste für jede Rangordnung zusammen und dividiert die Gesamtzahl der Tage durch 30.
 2. Die Bruchteile über 15 Tage werden für 1 Monat bewertet.
 3. Bei verbleibenden Bruchteilen von weniger als 16 Tagen in Bezug auf verschiedene Rangordnungen:
 - A) sind die Dienstzeitabschnitte von nicht gleicher Dauer, so werden die Tage zusammengezählt und der Rangordnung zugewiesen, für welche die längste Dienstzeit geleistet wurde.
 - B) sind die Dienstzeiten von gleicher Dauer, so werden sie der Rangordnung zugewiesen, wofür zuletzt Dienst geleistet wurde.

B- Bewertung eines ganzen Schuljahres

8. Der Unterrichtsdienst, der im laufenden Schuljahr zum Datum der Einreichung des Gesuches geleistet wird und der zum Bezug der Rente geführt hat, ist nicht bewertbar.
9. Das volle Schuljahr kann bewertet werden, wenn der Unterrichtsdienst die Minstdauer gehabt hat, welche von den geltenden Bestimmungen zur Zeit der Dienstleistung verlangt war. Für einige Unterrichtsdienste, welche an den Kindergärten geleistet wurden, gelten folgende Bestimmungen.
10. Für die Unterrichtsdienste, welche bis zum Schuljahr 1973/74 an den staatlichen Kindergärten, an den ehemaligen, an die staatlichen Kindergärtnerinnenschule angeschlossenen Kindergärten, an Kindergärten der Region Sizilien, der provinziellen und regionalen, oder an zugelassenen nichtstaatlichen Kindergärten mit genehmigter Ernennung durch den Schulamtsleiter, geleistet worden sind, wird für das volle Schuljahr vorgesehene Punktbewertung unter der Bedingung zuerkannt, daß die Dienste über mindestens 5 Monate hindurch geleistet wurden (1).
11. Die an den zugelassenen nichtstaatlichen Kindergärten mit genehmigter Berufung geleisteten Dienste sind unter der weiteren Bedingung bewertbar, daß der Unterricht für wenigstens 35 Wochenstunden oder, falls im Schulbetrieb eine geringere Stundenzahl erlaubt war, für nicht weniger als 24 wöchentliche Dienststunden geleistet wurde.
12. Für den in den Kinderkrippen, welche an die staatlichen, gleichgestellten oder gesetzlich anerkannten Lehrerbildungsanstalten angeschlossen sind, geleisteten Dienst, wird die für das ganze Schuljahr vorgesehene Bewertung unter der Bedingung zuerkannt, daß dieser Dienst im selben Schuljahr für wenigstens 7 Monate geleistet wurde.
13. Für den bis zum Schuljahr 1973/74 als Assistent gemäß dem Buchstaben G) der Tabelle der Kindergärten geleisteten Dienst wird die für das ganze Schuljahr vorgesehene Punktbewertung nur dann zuerkannt, wenn der Dienst für wenigstens 5 Monate geleistet wurde.

C- BEWERTUNG DER MILITÄRDienstZEIT UND ANDERER TÄTIGKEITEN

14. Der Militärdienst und die diesem gleichgestellten Dienste (2) werden bewertet, sofern sie nach Erlangung des Studententitels geleistet wurden, welcher zur Aufnahme in eine Landesrangordnung gemäß dem Buchstaben F) der Tabelle der Kindergärten, dem Buchstaben E) der Tabelle der Grundschule und dem Buchstaben G der Tabelle der Sekundarschule berechtigt.

15. An der Sekundarschule werden die Dienste laut dem voranstehenden Absatz nur in einer einzigen Rangordnung dem tatsächlichen Unterrichtsdienst an Normalschulen bezüglich der Gültigkeit des damals besessenen Studentitels gleichgestellt (3). Zu diesem Zwecke muß der Bewerber im entsprechenden Raum des Formblattes - Raum für didaktische Titel - den, dem gewählten Dienst entsprechenden Code angeben. Dabei hat er die Anlage 10/C zu verwenden, wenn der Militärdienst bis einschließlich Schuljahr 1983/84, die Anlage 10/B, wenn er zwischen dem Schuljahr 1984/85 und dem Schuljahr 1994/95 geleistet wurde oder die Anlage 10/A, wenn er nachher geleistet wurde. (4).
16. Für die Bewerber um den Unterricht in angewandter Kunst an den Kunstlehranstalten für den der Nachweis der Berufstitel verlangt wird, kann der Militärdienst bewertet werden, sofern der Bewerber bei der Feststellung der genannten Titel eine Punktbewertung nicht unter 24 bekommt.
17. Es werden folgende Tätigkeiten, welche ohne Beanstandung geleistet worden sind, bewertet: Gewinner von Studienstipendien für Jungakademiker oder für vom Gesetz vorgesehene didaktische und wissenschaftliche Ausbildungen; Lektor für italienische Sprache an ausländischen Universitäten oder für bezahlte Forschungsarbeiten, nach Abschluß des Universitätsstudiums, an universitären Einrichtungen, an Forschungskörperschaften, an Laboratorien und an Forschungsinstituten, welche innerhalb der Organisation des nationalen Beirates für Forschung oder des nationalen Zentrums für Atomenergie, arbeiten.
Das politische-, Verwaltungs- oder Gewerkschaftsmandat, das die Befreiung vom Unterrichtsdienst gemäß den geltenden Bestimmungen zur Folge hat, wird für den Zeitraum, der auf die Unterrichtsunterbrechung infolge der Mandatsverleihung folgt, für die ganze Dauer des Mandates als Schuldienst bewertet.
18. Der Dienst an den Polizeischulen wird gemäß Gesetz vom 11.06.1974, Nr. 253 (Anmerkung 12 der beigelegten Tabelle C) bewertet. Ebenso bewertet wird der Unterrichtsdienst an den Ausbildungsanstalten der Carabinieri (D.P.R. 18.11.1965, Nr. 1484) sowie der Dienst an Militärschulen.
19. Die Unterrichtsdienste, welche ab dem Schuljahr 1991/92 an nichtstaatlichen Schulen geleistet worden sind, werden ausschließlich nur dann bewertet, wenn die diesbezügliche Bestätigung (siehe Art. 4, Abs. 17) die vorgeschriebenen Hinweise über die Einzahlung der Sozial- und Fürsorgeabgaben enthält.
20. Die geleisteten Dienste an Schulinstitutionen im Ausland werden gemäß Tabelle A (Anmerkung 10), Tabelle B (Anmerkung 9), Tabelle C (Anmerkung 10), welche dieser Verordnung beigelegt sind, gewertet, mit Beachtung, daß die Ausdrucksweise "mit Ernennung des Außenministeriums", welche in obgenannten Tabellen enthalten ist, folgerichtig zu den geltenden Modalitäten der Vergabe der Ernennungen, welche in der Regel von den Direktoren der Institutionen direkt verliehen werden, verstanden werden muß.

(1) Die Zuerkennung der Bewertungspunkte für das ganze Schuljahr gebührt auch den weiblichen Lehrpersonen, die in den Triennien 1968/71 und 1970/73 eine Beauftragung erhalten haben und infolge verspäteter Öffnung der Sektionen von staatlichen Kindergärten in den Schuljahren 1968/69 und 1970/71 im bereits fortgeschrittenen Schuljahr (Ministerialrundschriften 350 vom 18.10.69 und 6345 vom 02.07.77) ihren Dienst aufgenommen haben.

(2) Dieser Dienst muß mit genauem Bezug auf die entsprechenden Schuldienstzeitspannen, und zwar nach Zurechnung des Militärdienstes zu den Zeitspannen zwischen dem Tag des Beginns und des Abschlusses des Schuljahres, bewertet werden.

(3) Hat der Bewerber den Militärdienst nach seiner Ernennung geleistet, so kann er nach Wahl den Code angeben, der dem Unterrichtsdienst aufgrund seiner Ernennung entspricht, oder sich auf einen anderen Dienst bezieht, der mit dem innegehabten Studentitel vereinbar ist.

(4) Der Bewerber, welcher den Militärdienst im Besitze eines Sekundardiploms geleistet und nach dem Militärdienst ein Doktorat erworben hat, kann, wenn er die Aufnahme in eine Rangordnung gemäß der Tabelle C des Ministerialdekrets vom 24.11.1994, Nr. 334, (technisch-praktische Unterrichtsfächer) begehrt, bekommt den Militärdienst gemäß dem Buchstaben F) der Rangordnungen für die technisch-praktischen Lehrpersonen und gemäß dem Buchstaben G) der Rangordnungen, für welche das Doktorat verlangt wird, bewertet.

- Artikel 10 -

Vorrang

1. In den Rangordnungen haben bei gleicher Punktezahl gemäß dem Artikel 5, Abs. 4, des D.P.R. vom 09.05.1994, Nr. 487, der Reihe nach den Vorrang:

1. die Träger von Tapferkeitsauszeichnungen;
2. die versehrten und kriegsinvaliden ehemaligen Frontkämpfer;
3. die Versehrten und Invaliden infolge von Kriegsereignissen;
4. die Versehrten und Invaliden des öffentlichen und privaten Dienstes;
5. die Kriegswaisen;
6. die Waisen von Gefallenen infolge von Kriegsereignissen;
7. die Waisen von Personen, die in Zusammenhang mit der Ausübung ihres Dienstes gestorben sind, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Dienst;
8. die bei Kampfhandlungen Verwundeten;
9. die Träger des Kriegsverdienstkreuzes oder die mit einer anderen besonderen militärischen Erwähnung Ausgezeichneten, sowie die Oberhäupter kinderreicher Familien;
10. die Kinder der kriegsversehrten und- invaliden ehemaligen Frontkämpfern;
11. die Kinder von Invaliden und Versehrten infolge von Kriegsereignissen;
12. die Kinder von Versehrten und von Invaliden in Zusammenhang mit der Ausübung öffentlichen und privaten Dienstes;
13. die verwitweten Elternteile, die nicht wiederverheiratet sind sowie die verwitweten oder ledigen Schwestern und Brüdern von Kriegsgefallenen;
14. die verwitweten Elternteile sowie die verwitweten oder ledigen Schwestern und Brüder der infolge von Kriegsereignissen Gefallenen;
15. die verwitweten Elternteile sowie die verwitweten oder ledigen Schwestern und Brüder von Personen, die in Zusammenhang mit der Ausübung ihres Dienstes, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich, verstorben sind;
16. jene, die ihren Militärdienst als Frontkämpfer geleistet haben;
17. jene, die, wie auch immer, für nicht weniger als ein Jahr als Bedienstete des Unterrichtsministeriums Dienst geleistet haben (1);
18. die Verheirateten und Nicht-Verheirateten unter Berücksichtigung der Anzahl der zu Lasten lebenden Kinder;
19. die Zivilversehrten- und invaliden;
20. die Freiwilligen der Streitkräfte, welche ohne Beanstandung am Ende des Wehrdienstes oder der Wehrdienstverpflichtung entlassen worden sind;

Bei Gleichrangigkeit von Verdiensten und Titeln wird der Vorrang bestimmt:

- A) von der Anzahl der Kinder zu Lasten des Bewerbers, unabhängig davon, ob dieser verheiratet ist oder nicht;
- B) durch den lobenswert geleisteten Dienst in der öffentlichen Verwaltung;
- C) durch das höhere Alter.

2. Die Voraussetzungen für die Vorrangigkeit müssen in den Unterlagen im Anhang zum Gesuch belegt sein (2).

(1) Mit Einschluß der Lehrpersonen, deren Dienst für ein ganzes Schuljahr bewertet worden ist.

(2) Der Vorrang gebührt auch den Bewerbern, die zu den Kategorien zählen, welche vom Artikel 14 vorgesehen sind; hierfür genügt die Bestätigung der zuständigen Vereinigung.

- Artikel 11 -

Ausschluß aus den Rangordnungen

1. Die Ausschlüsse aus allen Rangordnungen werden aus folgenden Gründen verfügt:
 - A) Einreichung des Gesuches um Neueintragung nach dem, von Art. 3 vorgeschriebenen Termin;
 - B) Vorlage des Gesuchs an mehreren Schulämtern (1);
 - C) Es unterlassen zu haben, im Gesuch den eigenen Vor- und Zunamen und das Geburtsdatum zu erklären oder innerhalb des vom Schulamtsleiter festgesetzten Termins die eigenen Position bezüglich des Militärdienstpflicht anzugeben. Letzteres betrifft nur das männliche Personal.
 - D) Fehlende Unterschrift oder Beglaubigung derselben im Gesuche innerhalb der vom Schulamtsleiter festgesetzten Frist.
 - E) Bezüglich der Sekundarschule: Es im Formblatt unterlassen zu haben, innerhalb des vom Schulamtsleiter festgesetzten Termins die Rangordnungen anzugeben, in die man eingetragen werden möchte (2);
 - F) Fehlende Altersvoraussetzung; (3)
 - G) Fehlende Voraussetzungen für eine Aufnahme in den öffentlichen Dienst (4);
 - H) Unwahre Erklärungen im Gesuche;
 - I) In den Originalurkunden oder in deren Kopien angebrachte Veränderungen.
2. Wird der Grund des Ausschlusses nach der Veröffentlichung der Rangordnungen festgestellt, so schließt der Schulamtsleiter den Bewerber von diesen Rangordnungen aus, und sollte die Ernennung bereits verliehen worden sein, so nimmt er die Annullierung der Ernennung vor.
3. Die Ausschlüsse aus den Rangordnungen werden in allen, von diesem Artikel vorgesehenen Fällen, auch wenn sie nach der Veröffentlichung der Rangordnungen erfolgen, vom Schulamtsleiter mit begründetem Dekret verfügt, das mit eingeschriebenem Brief dem Betroffenen und den betreffenden Schuldirektoren mitzuteilen ist.
4. Die Ausschlüsse aus den Rangordnungen laut den vorangehenden Absätzen sind für das Triennium der Gültigkeit der Rangordnungen wirksam.

- (1) Ausgenommen, was in den Fußnoten 1 und 2 des vorstehenden Artikels 3, vorgesehen ist.
- (2) Für den Kindergarten und für die Grundschule hat die unterlassene Angabe der Rangordnungen die Eintragung von Amts wegen nur in die normalen Rangordnungen zur Folge.
- (3) Dies betrifft sowohl das Höchst- als auch das Mindestalter gemäß vorhergehendem Art. 2.

(4) Beschränkt auf die eingereichten Gesuche für die Schulen der Provinz Bozen, die fehlenden Unterlagen über die eigene Muttersprache.

- Artikel 12 -

Veröffentlichung der Rangordnungen

1. Die vorläufigen Rangordnungen werden innerhalb 20 Mai veröffentlicht:
2. Die vorläufigen Rangordnungen müssen die Angabe der PunktezahI insgesamt und der analytischen Elemente, die zur Ermittlung genannter PunktezahI führen, sowie der Vorrangestufungen und jener, die Anrecht auf Vorbehalt, Vorrang und Vorrecht bei der Stellenwahl bieten, enthalten.
3. Die genannten Rangordnungen bleiben bis zur Veröffentlichung der endgültigen Rangordnungen angeschlagen.
4. Innerhalb 5 Tagen nach der Veröffentlichung der vorläufigen Rangordnungen kann jeder Betroffene dagegen beim Schulamtsleiter auf stempelfreien Papier aus Gründen, die mit seiner Position in der Rangordnung der einzelnen Bewerber um die Ernennung zusammenhängen, Berufung einlegen.
5. Nachdem der Schulamtsleiter über die Einwände entschieden hat, macht er die eventuellen Richtigstellungen der Rangordnungen und veröffentlicht die eventuell abgeänderten Rangordnungen, sowie die Verzeichnisse für Stützunterricht gemäß Art. 15 innerhalb 10. Juli. Diese Rangordnungen bleiben bis zum darauffolgenden 31. Dezember an der Anschlagtafel.
6. Die endgültigen Rangordnungen sind, weil Maßnahmen endgültiger Art, auf dem Amtswege nicht anfechtbar.
7. Erlaubt ist allerdings die Ausbesserung materieller Fehler, die nach der Veröffentlichung der endgültigen Rangordnungen entdeckt werden; wenn aber eine solche Ausbesserung, Änderungen in der Reihenfolge der Rangordnung zur Folge hat, müssen die so berichtigten Rangordnungen neuerdings veröffentlicht werden.
8. Die Ausbesserung der materiellen Fehler nach der Verleihung der Ernennungen darf keine Änderung der zugewiesenen Stellen zur Folge haben.
9. Die vorläufigen und die endgültigen Rangordnungen veröffentlicht der Schulamtsleiter in allen Mittelpunktschulen des Bezirks oder in hierfür rechtzeitig ausgewählten Schulen, die mit Anschlag an der Amtstafel des Schulamtes bekanntgegeben werden.
10. Die nicht aufgebrauchten Rangordnungen werden vom 20. August bis 31. Dezember der beiden Schuljahre, die auf das erste Schuljahr folgen, neuerdings angeschlagen.

- Artikel 13 -

Aufgebrauchte Rangordnungen

1. Die Schulamtsleiter erstellen für das zweite Jahr des gültigen Trienniums die Landesrangordnungen für die Unterrichtsfächer, die an Schulen und Lehranstalten der eigenen Provinz unterrichtet werden und im Laufe der Verleihung der Supplenzen für das vorhergehende Schuljahr aufgebraucht oder wegen des Mangels an Ansuchen um Aufnahme nicht erstellt wurden (1).
2. Zwecks Ermittlung der aufgebrauchten Rangordnungen liefern die Schulamtsleiter an das zentrale Datenspeicherungssystem nach den eigens dazu verbreiteten Weisungen die Daten betreffend die aufgebrauchten Rangordnungen in der eigenen Provinz.
3. Das Verzeichnis der in allen Provinzen wiederum zu erstellenden Rangordnungen wird an jedes Provinzialschulamt über das zentrale Informationssystem übermittelt und an der Anschlagtafel eines jeden Amtes innerhalb 15. März des Schuljahres, welches dem vorausgeht, worauf sich die neu erstellenden Rangordnungen beziehen, ausgehängt.
4. Sollten in der Provinz Fachrichtungen errichtet werden, die die Einführung neuer Unterrichtsfächer verlangen, für welche im ersten Jahr des gültigen Trienniums Landesrangordnungen erstellt wurden, teilt der zuständige Schulamtsleiter nach erhaltener Ermächtigung zur Führung der neuen Fachrichtung allen anderen Schulamtsleitern die eingeführten neuen Unterrichtsfächer mit, wobei er auch die entsprechenden Wettbewerbsklassen angibt. Diese Mitteilung muß an der Anschlagtafel eines jeden schulischen Amtes ausgehängt werden, um allen interessierten Bewerbern die Einreichung des Gesuches um Aufnahme in die entsprechende Landesrangordnung zu ermöglichen (2).
5. Das Ansuchen um Aufnahme in die vom vorangehenden Absatz vorgesehenen Landesrangordnungen muß innerhalb 30 Tagen ab dem Datum der Aushängung der Mitteilung der neuen Unterrichtsfächer infolge der neuen Fachausbildung eingereicht werden.
6. Die in eine aufgebrauchte Rangordnung eingetragenen Lehrpersonen verbleiben in dieser Liste, mit der ihnen bereits zuerkannten Punktbewertung. Sie haben jedoch die Möglichkeit, zwecks Vervollständigung letzterer, neue Titel vorzulegen. Das entsprechende, innerhalb der unumstößlichen Frist des 30. April einzureichende Gesuch, muß nach den vorgedruckten Mustern verfaßt sein und genauen Bezug auf die aufgebrauchte Rangordnung nehmen, für welche man um die Vervollständigung der Punktbewertung ersucht.
7. Die Bewerber um Eintragung in aufgebrauchte Rangordnungen müssen ihr Gesuch unter Verwendung der vorgedruckten Muster innerhalb des unumstößlichen Termins des 30. April des Schuljahres einreichen, worauf sich die neu zu erstellenden Rangordnungen beziehen. Dieses Gesuch darf nur in einer einzigen Provinz eingereicht werden.
8. Die in Rangordnungen einer anderen Provinz bereits eingetragenen Bewerber müssen bei Überreichung des Gesuches diese andere Provinz, in der sie eingetragen sind, angeben, siehe dazu die Weisungen des vorgehenden Art. 3, Absatz 14.
9. Die Einreichung des Gesuches in einer anderen Provinz als der, wo die Lehrpersonen bereits eingetragen ist, hat die Streichung aus den Landesrangordnungen der Herkunftsprovinz zur Folge, und zwar für die folgenden Jahre des Trienniums der Gültigkeit derselben.
10. Der Schulamtsleiter, welcher das Ansuchen mit der Angabe des Einschlusses auch in einer anderen Provinz erhält, muß den Schulamtsleiter der Provinz, in der der Bewerber bereits

eingeschlossen ist, von der Einreichung des Ansuchens in der eigenen Provinz um Aufnahme in die aufgebrauchten Rangordnungen zwecks Streichung aus den Rangordnungen, in denen er vorher eingeschlossen war, verständigen.

11. Die bei der Erstellung der Rangordnungen zu bewertenden Titel sind jene, die die Bewerber innerhalb des Verfalltermins für die Einreichung des Gesuches erworben haben. Der im laufenden Schuljahr geleistete Unterrichtsdienst ist bei der Vorlage des Ansuchens nicht bewertbar.
12. Die vorläufigen Landesrangordnungen werden am 15. Juni des Schuljahres, welches dem vorausgeht, worauf sich die wiedererstellten Rangordnungen beziehen, veröffentlicht.
13. Die definitiven Landesrangordnungen werden am 15. Juli des Schuljahres, welches dem vorausgeht, worauf sich die wiedererstellten Rangordnungen beziehen, veröffentlicht und bleiben, gleich, wie die nicht-aufgebrauchten Rangordnungen (siehe vorhergehenden Art. 12, letzter Absatz) bis zum 31. Dezember an der Anschlagtafel.

(1) Die Rangordnungen, wonach nach der Ernennung des letzten eingeschlossenen Bewerbers noch Lehrstellen einer Supplenzvertretung zu vergeben verbleiben, sind als aufgebraucht zu betrachten, auch wenn eine solche restliche Verfügbarkeit durch den Verzicht von Bewerbern entstanden ist, die in der Rangordnung aufscheinen. Als nicht aufgebraucht gelten die Rangordnungen für Unterrichtsfächer, die in der Provinz nicht gelehrt werden (wie beispielsweise Fachlehrgegenstände der Fachschulen für Seeleute oder Flugzeugpiloten, sofern solche Arten von Lehranstalten in der Provinz nicht geführt werden).

(2) Diese Verfahrensweise ist nur dann erforderlich, wenn die neuen Fachausbildungen nach der Erstellung und Veröffentlichung des Verzeichnisses der aufgebrauchten Rangordnungen seitens des zentralen Datenvermittlungssystems zugelassen werden.

- Artikel 14 -

Reservierung von Lehrstellen

1. Gemäß dem Gesetz 482/1968 bleiben von den im Bereich der Provinz für jede Rangordnung oder für jede Wettbewerbsklasse verfügbaren Stellen 15 % (1) den unten angeführten Kategorien von Personal oder ähnlichen nach der entsprechenden Reihenfolge und im Ausmaß reserviert, wie bei jeder Kategorie angegeben.

Kriegsinvaliden	25 Prozent
Zivile Kriegsinvaliden und Heimatvertriebene.....	10 Prozent
Dienstinvaliden	15 Prozent
Arbeitsinvaliden	15 Prozent
Kriegswaisen und -witwen, durch Dienst und Arbeit gleichgestellte Kategorien.....	15 Prozent
Zivilinvaliden	15 Prozent
Taubstumme (2)	5 Prozent

2. Fehlen einzelne Begünstigte, so rücken im Verhältnis die Reserveberechtigten der anderen Kategorien nach.
3. Von den einzelnen Anteilen laut dem ersten Absatz werden die Stellen abgezogen, die nach Rangordnungsrecht den reserveberechtigten Bewerbern verliehen werden.
4. Der überlebende Ehepartner und die Kinder der Personen, die zu den Kategorien öffentlicher Angestellter oder von Bürgern gehören, die Opfer ihrer Pflichterfüllung oder terroristischer Handlungen geworden sind, haben, wie vom Art. 12 des Gesetzes Nr. 466 vom 13. August 1980 vorgesehen, Anrecht auf absoluten Vorrang bei der Aufnahme gegenüber allen in diesem Artikel angeführten Kategorien (3).

- (1) Die prozentuellen Bruchteile über 0,50 gelten als Einheiten.
- (2) Die Eignung zum Unterrichten muß gemäß dem Art. 6 des Gesetzes Nr. 308 vom 13.3.1958 festgestellt werden.
- (3) Solche Aufnahmen wirken sich nicht auf das Stellenkontingent aus, welches im Ausmaß von 15 % in Anwendung des Gesetzes 482/68 berechnet wurde, weil diese Stellen ohne irgendwelche Einschränkung im Verhältnis zur Verfügbarkeit der als Supplenzen zu verleihenden Stellen vergeben werden müssen.

- Artikel 15 -

Zuweisung der Lehrerstellen

Vorrang der Lehrpersonen mit Behinderung bei der Stellenwahl gemäß Art. 21 des Gesetzes Nr. 104/1992

1. Zwecks Vergabe der Ernennungen hängen die Schulamtsleiter am 31. Juli an der Anschlagtafel des Amtes eine Bekanntmachung mit Angabe des Datums aus, an dem die erste Einberufung für die Ernennungen veröffentlicht wird.
2. Jede Einberufung für die Ernennungen muß das Datum enthalten, an dem an der Anschlagtafel die nächste Einberufung veröffentlicht wird. Jede Einberufung muß an der Anschlagtafel bis zur Aushängung der nächsten verbleiben.
3. Während der Ernennungen muß ein Teil der Anschlagtafel des Amtes ausschließlich dem Anschlag der Einberufungen für die Ernennungen vorbehalten bleiben.
4. Wenigstens 24 Stunden vor jeder Einberufung muß an der Anschlagtafel des Amtes zwecks Verleihung der jeweiligen Ernennungen ein Verzeichnis der verfügbaren Lehrstühle und Lehrstellen, unterteilt je nach Besetzung mit Jahressupplenz oder zeitweiliger Supplenz bis zum Ende der didaktischen Tätigkeiten, bekanntgegeben werden. Den Bewerbern werden die gesamten zur Verfügung stehenden Stellen, welche wie oben nach ihrer Eigenschaft unterteilt sind angeboten. Die interessierten Lehrpersonen können für dieselbe Rangordnung auf eine Jahressupplenz verzichten und eine zeitweilige Supplenz annehmen.
5. Die einberufenen Lehrpersonen können sich durch Vollmacht von einer Vertrauensperson vertreten lassen oder können den Schulamtsleiter eigens für die Annahme der Ernennung ermächtigen. Die auf stempelfreiem Papier nach dem anliegenden Muster Nr. 23 auszustellende Vollmacht muß beim Schulamtsleiter wenigstens 5 Tage vor dem Datum der Einberufung einlangen. Die Vollmacht zur Annahme ist für ein Jahr gültig und gilt als stillschweigend widerrufen, wenn der Bewerber persönlich am Tage der Einberufung erscheint. Sie kann für einige oder für alle beantragten Rangordnungen ausgestellt werden. Im Falle einer Vollmacht des Schulamtsleiters für die Annahme der Ernennung, werden zuerst die Jahressupplenzen und dann die zeitweiligen Supplenzen, mit Berücksichtigung der Position der Bewerber in der Rangordnung, vergeben.
6. Die vorgeladenen Bewerber, die nicht persönlich erscheinen und nicht, wie bestimmt für jedes Schuljahr, eine entsprechende Vollmacht erteilt haben, gelten als Verzichtsleistende und werden demnach gemäß Art. 7 aus der entsprechenden Rangordnung gestrichen.
7. Die vorgeladenen Lehrpersonen müssen die verliehene Ernennung ohne Bedingung oder Vorbehalt persönlich oder durch eine von ihnen bevollmächtigte Person unmittelbar annehmen.
8. Die volle Verfügbarkeit der Stellen zur Vergabe von Supplenzen nach der Reihenfolge der Rangordnung vorausgesetzt, wird anlässlich der Verleihung einer Supplenz durch den Schulamtsleiter, aus Gründen der didaktischen Kontinuität, die Supplenz von Amtes wegen dem Bewerber die Stelle verliehen, die er als zeitweiliger Supplent bereits innehatte, sofern diese

zeitweilige Supplenz, verliehen durch den Direktor, mit Ermächtigung des Schulamtsleiters auf freier und für das ganze Schuljahr verfügbarer Stelle, ausgeübt worden ist; eine weitere Bedingung für die Bestätigung des Bewerbers ist, daß durch die Ernennung der Lehrperson auf dieser Stelle eine wenigstens gleiche Stundenanzahl zugesichert werden kann, wie durch die Ernennung auf den übriggebliebenen zu vergebenden Stellen. Diese Weisung wird im Falle, daß die Stelle verliehen durch den Direktor als Supplenz bis zum Ende der didaktische Tätigkeiten vergeben werden kann, die interessierte Lehrperson aber, aufgrund ihrer Position in der Rangordnung das Recht hätte, eine Jahressupplenz zu wählen, nicht angewandt.

9. Die unterlassene, bedingte oder vorbehaltliche Annahme der Ernennung hat den Verfall der Ernennung selbst und die Streichung aus der entsprechenden Landesrangordnung gemäß Art. 7 zur Folge.
10. Die Lehrpersonen mit Ernennung für weniger Stunden, als der Lehrstuhl vorsieht, haben für dieselbe Rangordnung Anrecht auf Stundenplanergänzung mit den Stunden, die in der Folge verfügbar werden.
11. Die Ergänzung des Stundenplanes, die ausschließlich mit Unterrichtsstunden der gleichen Wettbewerbsklasse zu erfolgen hat, ist unter möglichster Vermeidung der Zerstückelung der Lehrstühle vorzunehmen.
12. Die Lehrperson, welche die Ernennung für weniger Stunden, als der Lehrstuhl vorsieht, angenommen hat, kann eine weitere Ernennung für eine andere Wettbewerbsklasse erhalten, wenn für dieselbe Wettbewerbsklasse die Ergänzung bis zum Lehrstuhlstundenplan nicht möglich erscheint; es dürfen aber insgesamt die 18 Unterrichtsstunden nicht überschritten werden.
13. Ist das Verfahren der Zuweisung von Personal einmal abgeschlossen, so darf es auf keinen Fall wiederaufgenommen werden, falls sich nachträglich neue verfügbare Stellen ergeben sollten.
14. Ab dem zwanzigsten Tag nach Unterrichtsbeginn oder der Erziehungstätigkeiten werden keine Personalversetzungen mehr vorgenommen, auch nicht in Zusammenhang mit Maßnahmen, die sich nur auf dieses Schuljahr beziehen.
15. Außer wenn es nicht möglich ist, anderweilig vorzugehen, ist es nicht gestattet, neue Ernennungen für Stunden zuzuweisen, die insgesamt ein Grundentgelt beinhalten, das höher ist als jenes, das dem entsprechenden Lehrer der Stammrolle einer Ersternennung zusteht.
16. Die eventuelle Zuweisung an 3 Schulen und in mehr als zwei Gemeinden wird unter besonderer Berücksichtigung des Gesichtspunktes der leichten Erreichbarkeit verfügt.
17. Eine Abschrift der Bestellungsverfügung wird dem zuständigen Schuldirektor übermittelt.
18. Die Ernennungsurkunde ist ebenfalls dem Betroffenen bei der Annahme zu überreichen oder telegraphisch mitzuteilen; erfolgt die Annahme durch Vollmacht, so wird die Urkunde mit eingeschriebenem Brief mit Rückantwort zugestellt.
19. Die Lehrpersonen, welche die Ernennung angenommen haben, müssen den Dienst antreten, außer es bestünden schwerwiegende und nachgewiesene Abwesenheitsgründe für den festgesetzten Tag des Schulbeginns. Bei späterer Ernennung muß der Dienst innerhalb von zwei Tagen nach der Ernennung angetreten werden.
20. Am Tage, der auf den folgt, der in der Ernennungsurkunde festgelegt worden ist, hat der Schuldirektor die Pflicht, dem Schulamtsleiter telegraphisch oder phonographisch den erfolgten oder nicht erfolgten Dienstantritt seitens der Lehrperson mitzuteilen.
21. Die Mitteilung des erfolgten Dienstantritts muß seitens des im vorhergehenden Absatzes genannten Direktors auch noch an die Direktoren der Schulen ergehen, an die die Lehrpersonen ein Gesuch um Lehrvertretung gestellt haben.

22. Nachdem die Direktoren obgenannte Mitteilung erhalten haben, geben sie Anweisung, die entsprechenden Anmerkungen in den Rangordnungen auf Sprengel- oder Anstaltsebene, unter der Berücksichtigung, daß für das Schuljahr, auf welches sich die Ernennung bezieht, die Position der Lehrpersonen in obgenannten Rangordnungen für die vom Direktor verleihenden zeitweiligen Supplenzen, keine Gültigkeit hat, zu machen (1).
23. Das Verzeichnis der Ernennungen durch den Schulamtsleiter ist an der Amtstafel zu veröffentlichen und verbleibt dort für 15 Tage mit dem Vermerk der erfolgten oder nicht erfolgten Annahme ausgehängt.
24. Die Lehrperson, welche die Ernennung für eine Jahressupplenz annimmt, hat keinen Anspruch mehr auf Ernennungen aufgrund anderer Rangordnungen (Landes-, Sprengel- oder Schulrangordnungen), auch nicht was andere Schularten oder -stufen betrifft.
25. Die unterlassene Aufnahme des Dienstes, außer aus berechtigten Gründen, innerhalb der festgelegten Frist, einschließlich des Falles der Ernennung für weniger Stunden, als der Lehrstuhl vorsieht, hat den Verfall der Ernennung und die Streichung aus allen Landesrangordnungen - mit der Möglichkeit der Wiedereintragung für das folgende Schuljahr gemäß Art. 7, Abs. 7 - zur Folge (2).
26. Die Ernennung hat jedenfalls vom Tage der tatsächlichen Dienstaufnahme an rechtliche und gehaltsmäßige Wirksamkeit, auch wenn der Dienstantritt aus begründeter Ursache mit Verspätung zum festgesetzten Termin erfolgt wäre. Die Ernennung des Personals, welches aufgrund von bestehenden Gesetzesnormen den Dienst nicht antreten kann, erlangt für die Dauer der Ernennung nur rechtliche Wirksamkeit, nicht aber gehaltsmäßige.
27. Nach Dienstantritt darf der Dienst nicht aufgegeben werden, um den Unterricht an einer anderen Schule oder Lehranstalt aufzunehmen. Die Lehrperson, welche nach erfolgtem Dienstantritt den Unterricht verläßt, darf auch nicht an einer Schule oder Lehranstalt in einer anderen Provinz aufgenommen werden. Deshalb übersendet der Schulamtsleiter zur Kenntnis an die anderen Schulamtsleiter die Verfügung, durch welche der Bewerber seines Rechtes, Ernennungen für das Schuljahr zu bekommen, für verlustig erklärt wurde.
28. Lehrpersonen, welche eine Behinderung mit mehr als zwei Drittel oder Behinderungen, welche in die Kategorien 1, 2 und 3 der Tabelle A (Anlage zum Gesetz vom 10. August 1950, Nr. 648) fallen, haben und von seiten des Schulamtsleiters aufgrund ihrer Position in der Rangordnung eine Ernennung erhalten, haben gemäß Art. 21, Absatz 1, des Gesetzes vom 05.02.1992, Nr. 104, das Recht auf Vorrang bei der Stellenwahl, ohne daß dies jedoch einen gehaltsmäßigen Vorteil den Lehrpersonen, welche vor diesen in derselben Rangordnung sind, gegenüber mit sich bringen würde. Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Stellen und der jeweiligen Einberufungsphasen der Bewerber für Supplenzen, geben die Schulamtsleiter zu diesem Zwecke die Weisungen, daß die Lehrpersonen mit Behinderung die Stelle vor den anderen Bewerbern, welche diesen mit denselben Wahlberechtigungen vorgehen, wählen, dies allerdings ausschließlich im Rahmen gleicher oder geringerer Wahlmöglichkeiten, als den behinderten Lehrpersonen in diesem Moment aufgrund der Rangordnung (Jahressupplenz, zeitweilige Supplenz mit Berücksichtigung der Stundenanzahl) zustehen würden. Die Voraussetzungen, welche das Anrecht auf Vorrang bei der Stellenwahl geben, müssen aus der, dem Gesuch beigelegten Dokumentation gemäß vorhergehenden Artikel 4, Abs. 11, hervorgehen.

(1) Bezüglich der Sekundarschule hat der Supplent kein Anrecht auf eine Ernennung, sofern die Ernennung für den ganzen Lehrstuhlstundenplan verliehen wurde.

(2) Diese Streichung erfolgt auch im Falle der Ernennung bei Bevollmächtigung des Schulamtsleiters und nachträglichen Nichtdienstantritt.

- Artikel 16 -

Unvereinbarkeitsfälle

1. Die Tätigkeit als Lehrperson ist unvereinbar mit einem anderen Dienstverhältnis der Stammrolle bzw. außerhalb der Stammrolle im Dienst des Staates oder öffentlicher Körperschaften, mit einer Handels- oder Industrietätigkeit, mit einer Anstellung bei Privaten sowie mit der Stellung eines Direktors, Leiters oder Verwalters von Privatschulen oder -konvikten.
2. Die eventuell den Anwärtern, die sich in einer der im vorigen Absatz genannten Lagen befinden, zustehende Ernennung wird erteilt mit der Anmerkung, daß diese der sofort darauf folgenden Option für das Lehramt und des sich daraus ergebenden Verzichts auf die innegehabte Stelle bzw. auf die ausgeübte Tätigkeit unterliegt.
3. Für die Lehrpersonen der Stammrolle und für die Lehrpersonen, die ein Anrecht auf die Beibehaltung im Dienst haben, zieht die Annahme einer neuen Ernennung die sofort darauf folgende Beendigung von Rechts wegen der Stammrolle und der vorhin innegehabten Stelle nach sich.
4. Die nicht in der Stammrolle eingetragenen Lehrpersonen mit einer Grundentlohnung, die jener der Lehrpersonen in der Stammrolle mit erster Ernennung gleichgestellt ist, dürfen eine Lehrtätigkeit in nichtstaatlichen Schulen weder annehmen noch behalten (1).
5. Lehrpersonen, die in einer Schulart Dienst leisten, dürfen gleichzeitig keinen Dienst in einer anderen Schulart leisten (2).
6. Eine nicht in der Stammrolle eingetragene Lehrperson, die eine freiberufliche Tätigkeit ausübt, muß die Genehmigung beim Schuldirektor beantragen, der sie gewährt, falls sie für das Erfüllen aller mit der didaktischen Tätigkeit zusammenhängenden Tätigkeiten keine Nachteile in sich birgt und mit dem Unterrichts- und Diensstundenplan vereinbar ist.
7. Falls er feststellt, daß die freiberufliche Tätigkeit tatsächlich nicht mehr mit der vollen Erfüllung der schulischen Pflichten vereinbar ist, fordert der Institutsleiter die nicht in der Stammrolle eingetragene Lehrperson auf, die nichtschulische Tätigkeit einzustellen und benachrichtigt den Schulamtsleiter, falls es sich um eine von ihm ernannte Lehrperson handelt.
8. Eine nicht in der Stammrolle eingetragene Lehrperson, die der Aufforderung des Schuldirektor nicht Folge leistet, wird von diesem des Dienstes enthoben. Der Schuldirektor wird die Entlassungsverfügung auch dem Schulamtsleiter mitteilen.
9. Gegen die Dienstenthebungsverfügung ist Berufung an den Schulamtsleiter möglich, der darüber endgültig entscheidet.
10. Für alles, was in diesem Artikel nicht vorgesehen ist, wird auf den Art. 508 des Legislativdekretes Nr. 297/94 verwiesen.

(1) Bei wirklichem Mangel an verfügbarem Lehrpersonal kann es vorkommen, daß der Leiter einer nichtstaatlichen Schule sich um Lehrpersonen außerhalb der Stammrolle im Dienst an staatlichen

Lehranstalten oder Schulen umsieht. Hierfür braucht es aber für jede Lehrperson eine entsprechende Ermächtigung seitens des Schulamtsleiters für den Leiter dieser Schule.

In diesem Falle darf die Höchstzahl von 24 Unterrichtsstunden zwischen der staatlichen und nicht-staatlichen Schule nicht überschritten werden. Die Ermächtigung wird auf jeden Fall widerrufen, wenn der Direktor dem Schulamtsleiter mitteilt, daß der Unterricht an der nichtstaatlichen Schule die Unterrichts- und Dienstpflichten an der staatlichen Schule beeinträchtigt.

(2) Zwecks Anwendung dieses Absatzes sind unter Schularten jeweils die Grund-, Mittel- und Oberschulen zu verstehen.

- Artikel 17 -

Vorlage der Belegsdokumente - Befreiungen

1. Bei der Ernennung und jedenfalls innerhalb von 30 Tagen nach Dienstantritt muß die Lehrperson bei sonstigem Verfall dem Direktor der Schule alle mit der Stempelgebühr versehenen Unterlagen und Anlagen auf stempelfreiem Papier zum Ansuchen um die Aufnahme in die Landesrangordnung sowie nachstehende Unterlagen auf Stempelpapier überreichen, der sie dann an den Schulamtsleiter weiterleitet, soweit es sich um eine Lehrperson handelt, die vom Schulamtsleiter ernannt worden ist:
 - A) Geburtsschein;
 - B) Bescheinigung über die italienische Staatsbürgerschaft oder Bescheinigung über die Staatsbürgerschaft eines Landes der Europäischen Union, nicht älter als 3 Monate;
 - C) Bescheinigung über den Genuß der politischen Rechte, nicht älter als 3 Monate;
 - D) Auszug aus dem Strafregister, nicht älter als 3 Monate;
 - E) Nicht über 3 Monate zurückreichende Bescheinigung seitens der zuständigen Sanitätsbehörde oder eines Militärarztes über die gesunde körperliche Verfassung und über das Freisein von physischen Mängeln, welche die Erfüllung der Pflichten einer Lehrperson behindern könnten (1);
 - F) Bestätigung über die Eintragung in das Berufsverzeichnis, wenn es sich um eine Lehrperson mit Lehrbefähigung für die Sekundarschule handelt (2).

Anstelle der Dokumente laut den Buchstaben A), B), C), F) darf im Sinne des Art. 2 des Gesetzes 15/68 eine unter persönlicher Verantwortung ausgestellte Erklärung anstelle genannter Bescheinigungen eingereicht werden. Die Erklärung muß vorschriftsmäßig mit der Stempelgebühr versehen und die entsprechende Unterschrift muß in der vorgeschriebenen Art beglaubigt sein.

2. Die Staatsangestellten brauchen die Dokumente laut den Buchstaben A), B), C) und D) nicht zu erbringen, wenn sie ihren Dienstrang durch eine Bescheinigung nachweisen, die gesetzsmäßig ausgestellt wurde.
3. Die Lehrpersonen, welche ihren Dienst an einer Schule oder Lehranstalt derselben Provinz aufnehmen, wo sie während des vorangehenden Schuljahres unterrichtet haben, dürfen auf alle Unterlagen, die im ersten Absatz dieses Artikels aufgezählt sind, Bezug nehmen, die bereits in ihrer Personalaktenmappe am Schulamte aufliegen.

(1) Die Bescheinigung muß auch das Ergebnis des sierologischen Tests laut Art. 7 des Gesetzes Nr. 837/56 aufzeigen.

(2) Wäre diese Bestätigung noch nicht ausgestellt, so muß der Betroffene unter eigener Verantwortung erklären, daß er darum angesucht hat.

- Artikel 18 -

Rekurse

1. Unbeschadet der im vorausgehenden Art. 12 genannten Bestimmungen ist gegen die aufgrund der definitiv erstellten Rangordnungen erlassenen Maßnahmen gemäß dem Art. 524 des Legislativdekretes Nr. 297/94 die Berufung seitens der einzelnen Betroffenen an die zuständige Rekurskommission gemäß Art. 525 des genannten Dekretes zugelassen. Die Berufung muß innerhalb 15 Tagen nach Veröffentlichung des Verzeichnisses der Maßnahmen an der Amtstafel oder der Zustellung der angefochtenen Maßnahme auf dem Amtswege oder auch seitdem der Betroffene davon voll informiert worden ist, erfolgen.
2. Mit der Berufung laut dem vorausgehenden Absatz dürfen die Betroffenen keine Begründungen bezüglich der Gesetzmäßigkeit der vorausgesetzten Rangordnungen vorschlagen, die bei der Berufung gegen die provisorischen Rangordnungen vorzubringen waren und nicht vorgebracht wurden.
3. Im Berufungsantrag müssen genau angegeben werden: das Organ, an das sich der Rekurs richtet; die angefochtene Maßnahme; der Sachverhalt und die rechtliche Begründung; das Datum; die Unterschrift; die genauen Daten der Mitteilung an etwaige Gegenbetroffene.
4. Der Rekurs gilt als termingerecht eingereicht, auch wenn er mittels Einschreibebrief mit Rückantwort des im 1. Absatz dieses Artikels genannten Termins geschickt wurde. Für die termingerechte Einreichung ist das Datum der Postannahmestelle maßgebend.
5. Wird der Rekurs unmittelbar dem Schulamt überreicht, so wird eine Empfangsbestätigung ausgehändigt.
6. Die Mitteilung des Rekurses an etwaige Gegenbetroffene erfolgt über einen Gerichtsdienster oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückantwort. Wenn es mehrere Gegenbetroffene gibt, so genügt die Mitteilung an einen von ihnen. Sollte der Rekurseinbringer den Wohnort oder den Wohnsitz des Gegenbetroffenen nicht in Erfahrung bringen können, so kann die Mitteilung durch Kundmachung erfolgen, die an der Amtstafel des Schulamtes zu veröffentlichen ist.
7. Langen die Rekurse ohne Zustellung ein, so besorgt die Kommission von Amts wegen die nötigen Ergänzungen, welche bei Vorhandensein von mehr als einem Gegeninteressierten mittels Anschlag an der Amtstafel des Schulamtes vorgenommen werden können.
8. Die Gegenbetroffenen haben die Möglichkeit, binnen zehn Tagen vom Tag der Zustellung des Rekurses laut dem vorletzten Absatz des Art. 524, 3. Absatz des Legislativdekretes Nr. 297/94 ihre Gegengründe einzubringen.
9. Gegen die Maßnahmen in Anwendung dieser Verordnung ist innerhalb der Termine und mit der Verfahrensweise, die in diesem Artikel angeführt sind, Berufung möglich.
10. Die Kommission entscheidet binnen 30 Tagen nach Einreichung des Anfechtungsantrages.

11. Ist genannter Termin von 30 Tagen nach dem Tag der Einreichung des Rekurses verstrichen, ohne daß das zuständige Organ die Entscheidung mitgeteilt hat, so gilt der Rekurs als in jeder Hinsicht zurückgewiesen, und gegen die angefochtene Maßnahme kann der Rekurs auf dem Gerichtswege versucht oder eine außerordentliche Berufung an das Staatsoberhaupt gerichtet werden.

III. A B S C H N I T T

KURZFRISTIGE SUPPLENZEN, DIE IN DIE ZUSTÄNDIGKEIT DES DIREKTORS FALLEN

- Artikel 19 -

Einreichung der Gesuche

A- Gesuche um Supplenz in den Kindergärten und an den Grundschulen

1. Die Bewerber um zeitweilige Supplenzen in den Kindergärten und an den Grundschulen müssen im Gesuch um Aufnahme in die Landesrangordnungen und im eigens vorgesehenen Feld die Grundschulsprengel angeben, in deren Rangordnung sie aufgenommen werden möchten, wie es der vorausgehende Art. 3 vorsieht.

B- Gesuche um Supplenz an den Sekundarschulen

2. Die Lehrpersonen, welche die Verleihung einer Supplenz an den Sekundarschulen wünschen, müssen, ob in den Landesrangordnungen aufgenommen oder nicht, ein Ansuchen nach den anliegenden Mustern Nr. 21 und 22 direkt an die adressierten Direktoren richten, und zwar binnen 20 Tagen nach Veröffentlichung der endgültigen Rangordnungen (1). Die Gesuche gelten als rechtzeitig eingereicht, auch wenn sie mit eingeschriebenen Brief ohne Rückantwort innerhalb des genannten Termins abgesandt worden sind. Zum Beweis hierfür gilt der Datumstempel des Postamtes.
3. Die Supplenzgesuche dürfen nur in einer Provinz eingereicht werden und, abgesehen von der Zahl der Rangordnungen, worin jede Lehrperson aufscheint, insgesamt für nicht mehr als 30 Schulen (2).
4. Mit einem einzigen Gesuch können Supplenzen für Unterrichtsfächer, welche sich auf mehrere Wettbewerbsklassen beziehen an der gleichen Schule beantragt werden.
5. Jedes Gesuch muß bei sonstiger Nichtigkeit desselben das vollständige Verzeichnis der übrigen Schulen, bei denen ein Supplenzgesuch eingereicht worden ist, enthalten.
6. Im Gesuche müssen die Bewerber den Zunamen, den Vornamen, den Ort und das Datum ihrer Geburt, den Wohnsitz, die Anschrift und die Erreichbarkeit unter einer Telefonnummer angeben.

7. Die in der Landesrangordnung aufscheinenden Bewerber müssen außerdem die dort erreichte Punktezahl angeben. Das entsprechende Gesuch muß auf stempelfreiem Papier nach dem Muster der Anlage Nr. 21 eingereicht werden.
8. Die nicht in die Landesrangordnung aufgenommenen Bewerber hingegen müssen das Gesuch nach dem Muster der Anlage Nr. 22 unter Angabe aller darin vorgesehenen Erklärungen einreichen.
9. Außerdem muß die Unterschrift unter dem Gesuch von einem Notar, einem Gerichtsschreiber, einem Gemeindesekretär oder von der Schulbehörde, die für die Entgegennahme des Gesuches zuständig ist, beglaubigt sein. Für die Staatsangestellten in der Stammrolle oder außerhalb derselben sowie für die Lehrpersonen im Dienst genügt der Sichtvermerk des Amtsvorstandes oder Direktors der Schule, wo sie Dienst leisten.
10. Die nicht in Landesrangordnungen aufscheinenden Bewerber müssen dem Ansuchen folgende Unterlagen beilegen:
 - A) Bestätigung, Diplom oder beglaubigte Abschrift als Nachweis des Besitzes des Studentitels oder etwa auch der Lehrbefähigung;
 - B) Formblatt laut Wiedergabe in der Anlage Nr. 24, vom Betroffenen ausgefüllt (3).
11. Dem Ansuchen sind außerdem alle anderen Unterlagen beizulegen, die geeignet sind, die bewertbaren Titel gemäß der Bewertungstabelle sowie das von dieser Verordnung vorgesehene Recht auf Vorrang zu bezeugen. Die ganze Dokumentation muß bei der Ernennung, wie im vorangehenden Artikel 17 vorgesehen, stempelrechtlich in Ordnung gebracht werden.
12. Nur ein einziges Gesuch braucht mit den Originalunterlagen belegt zu werden. Die übrigen müssen mit den Abschriften der dem ersten Gesuch beigelegten Unterlagen versehen werden, wobei in jeder Abschrift ausdrücklich darauf hingewiesen werden muß. Am unteren Rand einer jeden Abschrift erklärt der Betreffende unter persönlicher Verantwortung, daß die Abschrift gleichlautend ist dem Original und bekräftigt dies mit seiner Unterschrift.

- (1) Die vor Veröffentlichung der definitiven Landesrangordnungen eingereichten Gesuche werden nicht berücksichtigt, wenn sie von Lehrpersonen kommen, die in diesen Rangordnungen aufscheinen.
- (2) Die Einreichung der Gesuche in mehreren Provinzen oder an mehr als 30 Schulen hat den Ausschluß von allen Rangordnungen für die Verleihung von Supplenzen zur Folge.
- (3) Für jede beantragte Rangordnung muß ein Formblatt ausgefüllt werden.

- Artikel 20 -

Rangordnungen der Bewerber um kurzfristige Supplenzen im Direktionssprengel und an der Schule

1. Die Grundschuldirektoren veranlassen noch am Tage des Empfangs der entsprechenden Rangordnungen von seiten der Schulamtsleiter deren Veröffentlichung an der Amtstafel der Grundschuldirektion.

2. In den Rangordnungen des Sprengels sind für jede Lehrperson die Angaben in den Landesrangordnungen wiedergegeben. Gegenüber den Lehrpersonen, die ein ausdrückliches Gesuch gemacht haben und das entsprechende Recht fristgerecht und gemäß der vorhergehenden Art. 1 und 3 dokumentiert haben, wird überdies das Recht auf Vorrang bei der Verleihung der Supplenzen für die Ersetzung der Stelleninhaber, die die Fremdsprache unterrichten, angemerkt. Der Vorrang wird nur im Bezug auf die Stellen für den Unterricht der Sprache oder der Fremdsprache, welche bei einem Wettbewerb nach Prüfungen und Titel die entsprechenden Wahlprüfungen bestanden wurden, zugeteilt.
3. Die Bewerber um kurzfristige Supplenzen in den Kindergärten und an den Grundschulen müssen innerhalb 10. August den Grundschuldirektoren der auserwählten Sprengel den Wohnort mitteilen, den sie sich für das Triennium innerhalb der Provinz ausgesucht haben, wo das Gesuch eingereicht wurde. Liegt eine solche Erklärung nicht vor, so wird der Bewerber von der Verleihung kurzfristiger Supplenzen im betreffenden Sprengel ausgeschlossen, so lange, bis diese Erklärung eintrifft.
4. Bezüglich der Sekundarschule erstellt der Direktor in jedem Triennium nach Erhalt der Gesuche der Bewerber die Schulrangordnungen für jede Wettbewerbsklasse der an der Schule unterrichteten Fächer. Bei Vorhandensein von spezifischen Gesuchen werden ebenfalls Rangordnungen für Stützunterricht gemäß vorhergehendem Art. 5 erstellt. In jede Rangordnung nimmt der Direktor vorrangig jene auf, welche in den entsprechenden Landesrangordnungen der Lehrbefähigten aufscheinen. Im Rahmen einer jeden dieser beiden Kategorien - Lehrbefähigte und Nichtlehrbefähigte - wird die Reihenfolge der Aufnahme durch die in den Landesrangordnungen erworbenen Punktezahl bestimmt.
5. Zusätzlich zu den genannten Rangordnungen erstellt der Direktor - zunächst für die Lehrbefähigten und dann für die Nichtlehrbefähigten mit vorgeschriebenem Studententitel - die Rangordnungen der in keine Landesrangordnungen aufgenommenen Bewerber aufgrund der Bewertung der Titel, welche gemäß der entsprechenden Tabelle geschehen muß. Bei gleichlautender Punktezahl wird der Vorrang aufgrund der im Artikel 10 enthaltenen Kriterien bestimmt.
6. Für den Unterricht der Leibeserziehung an der Oberschule wird infolge der Zusammenlegung der Landesrangordnungen für männliche und weibliche Leibeserziehung eine einzige Schulrangordnung für Bewerber und zeitweilige Supplenzen erstellt.
7. Die Rangordnungen der Schule werden an der Anschlagtafel der Schule innerhalb von 15 Tagen nach dem Endtermin für die Einreichung der Gesuche um eine Supplenz veröffentlicht und verbleiben dort für das ganze Triennium der Gültigkeit, damit eventuelle Änderungen dieser Rangordnungen unter Anwendung der spezifischen Bestimmungen dieser Verordnung verfügt werden können.
8. Wäre es erforderlich, kurzfristige Supplenzen zu vergeben, bevor noch die Rangordnungen des Sprengels oder der Schule erstellt worden sind, so verleiht der Direktor die Ernennungen, indem er sich der für das vorausgehende Schultriennium gültigen Rangordnungen bedient (1).
9. Sollten schließlich die Rangordnungen des Sprengels oder der Schule nicht erstellt worden sein, weil es keine Bewerber gab, oder sollten sie bereits aufgebraucht sein, so wird der Direktor für die Ernennung von zeitweiligen Supplenten, gemäß den Weisungen des folgenden Art. 22 verfahren.
10. Im Falle einer Rationalisierung des Schulnetzes werden die Bewerber um zeitweilige Supplenzen, welche bereits in der Rangordnung eines Sprengels oder einer Schule im Wiederaufbau

aufscheinen. von Amts wegen in die Rangordnungen des Sprengels oder der Schule eingereiht, worin die Schulen zusammengefloßen sind, an denen sie eingetragen waren. Sind die betroffenen Lehrpersonen in letzterem Sprengel oder in letzterer Schule bereits eingetragen, so haben sie die Möglichkeit, für einen weiteren Sprengel oder eine weitere Schule anzusuchen.

(1) Diese Ernennungen sind zu widerrufen, sobald es möglich wird, die Vergabe aufgrund der neuen Rangordnungen des Sprengels oder der Schule vorzunehmen.

- Artikel 21 -

Beauftragung für zeitweilige Supplenzen

1. Die Ernennungen für eine zeitweilige Supplenz werden vom Schuldirektor in jeder Schulart und -stufe aufgrund der im Sinne des vorstehenden Artikels 20 erstellten Rangordnungen verfügt, vorausgesetzt:
 - A) daß die überzähligen Stammrollenlehrpersonen, die Lehrpersonen der provincialen Zusatzstellenpläne und die zum Verbleiben im Dienst berechtigten Lehrpersonen im Sinne der Weisungen der Artt. 455, 478 und 479 des Legislativdekretes 297/94 alle verwendet worden sind
 - B) daß für kurzfristige Supplenzen die Lehrpersonen, verwendet werden, die gemäß Art. 514 des Legislativdekretes Nr. 297/94, außerhalb der Stammrolle versetzt wurden und die Lehrpersonen, welche gemäß Art. 458, Abs. 2, des Legislativdekretes Nr. 297/94 anderen Aufgaben zugewiesen wurden, und zwar aufgrund der Weisungen der Ministerialrundschriften Nr. 4 vom 05.01.1994, Nr. 95 vom 17.03.1994 und Nr. 188 vom 09.06.1994, in Anwendung des Art. 4, Abs. 20, und 21, des Gesetzes vom 24.12.1993, Nr. 537.
2. An der Sekundarschule vergibt ferner der Direktor die Unterrichtsstunden in Parallelklassen, die im tatsächlichen Stellenplan verfügbar sind und die bei der Bildung von Lehrstühlen mit vollem Stundenplan für die Ergänzung des Pflichtstundenplanes der Lehrpersonen mit Lehrstühlen von weniger als 18 Wochenstunden nicht verwendet wurden. Diese Stundenplanergänzung darf jedoch nicht die Spaltung der Unterrichtsfächer eines und desselben Lehrstuhles (zum Beispiel Italienisch und Geschichte an den technischen Oberschulen) zur Folge haben.
3. Die Direktoren der Schulen in Gebirgsorten und der Schulen auf kleinen Inseln dürfen vom Tag des Unterrichtsbeginns an bis zum Tag des Dienstantrittes seitens der vom Schulamtsleiter ernannten Lehrpersonen zeitweilige Supplenten ernennen.
4. Die Supplenzen für nicht mehr als 15 Tage an den Schulen in Gebirgsorten und auf kleinen Inseln werden bevorzugt den in den betreffenden Ortschaften ansässigen Bewerbern verliehen.
5. Wurden Supplenzen im Sinne des vorstehenden Absatzes vergeben und dauert die Abwesenheit des Stelleninhabers länger als 15 Tage, so darf die vorausgehende Supplenz nicht verlängert werden, sondern es muß eine neue Supplenzvergabe aufgrund der Rangordnungsliste des Sprengels oder der Schule erfolgen.

6. Den Ernennungen muß eine telegraphische oder phonographische Ankündigung der Ernennung vorausgehen, welche in den Akten der Schule mit Angabe des Tages und der Stunde sowie der Person, die sie entgegengenommen hat, vermerkt werden muß. Gleicherweise muß auch die ausgebliebene Beantwortung mit Angabe des Tages, der Stunde und der Person, welche das Ferngespräch geführt hat, vermerkt werden. Die Vorankündigung der Ernennung für die zeitweiligen Supplenzen für die Dauer von weniger als dreißig Tagen muß mit einem Telegramm erfolgen (1).
7. Bezüglich der Grundschulen und Kindergärten muß die Verleihung einer zeitweiligen Supplenz unter Beachtung der vom Gesetz 482/1968 vorgesehenen Bestimmungen über die Reservierung von Stellen zu Gunsten besonderer Kategorien von Bewerbern nach der Vorgangsweise laut dem vorangehenden Artikel 14 erfolgen.

8. Die Schuldirektoren tragen bei der Verleihung der Aufträge dafür Sorge - sollten die Supplenzen an der gleichen Schule, im selben Sprengel oder an der gleichen Lehranstalt am gleichen Tage beginnen -, daß die Bewerber mit besserer Reihung in der Rangordnung die Möglichkeit haben, die ihnen geeignetste Supplenz zu wählen.
9. Handelt es sich um einen Lehrstuhl mit vollem Stundenplan, mit Stunden an mehreren Schulen, so verleiht der Direktor jener Schule die Supplenz, an der die abwesende Lehrperson für die meisten Stunden bedienstet ist, aber mit vorhergehenden Einvernehmen der betreffenden Direktoren.
10. Ist die Stundenzahl eines vollen Lehrstuhls in gleichem Ausmaße verteilt, so wird die Supplenz vom Direktor jener Schule vergeben, an der die Lehrperson ihre feste Stelle innehat oder vom Direktor der Schule, welche in der Ernennungsurkunde für die abwesende Lehrperson an erster Stelle genannt ist, aber mit vorhergehendem zweckmäßigem Einvernehmen gemäß vorherigen Absatz.
11. Die Lehrpersonen mit dem Auftrag einer zeitweiligen Supplenz für weniger Stunden, als der Lehrstuhl vorsieht, haben, vorausgesetzt, daß sie in der Institutsrangliste eingetragen und unter Wahrung der Rechte derjenigen, die in der Rangordnung vor ihnen eingetragen sind, Anrecht auf Ergänzung der Stundenanzahl durch zeitweilige Supplenzen; die verliehenen Unterrichtsstunden dürfen jedoch die Anzahl der 18 Wochenstunden nicht übersteigen. Eine solche Ergänzung durch Stunden des Unterrichts der gleichen oder einer anderen Wettbewerbsklasse darf eine Spaltung des Lehrstuhles zur Folge haben, sofern die Trennung von Unterrichtsfächern., die den Lehrstuhl bilden, vermieden wird. Die für die Wettbewerbsklassen für den Unterricht für Leibeserziehung ernannten Lehrpersonen können ihren Stundenplan mit den Stunden für die Vorbereitung auf die Sporttätigkeit ergänzen, wenn feststeht, daß kein Stammrollenlehrpersonal für die über ihren Lehrstuhlstundenplan hinausgehenden Stunden für diese Aufgabe zur Verfügung steht (2).
12. In den Ernennungsurkunden muß die vorraussichtliche Dauer der Supplenz angeführt sein.
13. Für die Vertretung der Lehrpersonen in den Grundschulen, welche für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Tagen abwesend sind, wird gemäß Art. 478, Abs. 2 des Legislativdekretes Nr. 297/94 und des Absatzes 5 und 6 des Art. 131 desselben Dekretes vorgegangen, wobei auch das Ministerialrundschreiben Nr. 247 vom 21.09.1990 zu berücksichtigen ist.
14. An den Anstalten und Sekundarschulen, einschließlich die Kunstlyzeen und Kunstlehranstalten, werden die Lehrpersonen, die für einen Zeitraum von nicht mehr als zehn Tagen abwesend sind, von den Lehrpersonen ersetzt, die in der Schule Dienst leisten, wie es vom Art. 14, Abs. 12, des D.P.R. 399/88 vorgesehen ist.
15. Unbeschadet der vorhergehenden Absätze 13 und 14 ist es erlaubt, zeitweilige Supplenzen zu vergeben, sofern sie vom Art. 27, Abs. 12, des Legislativdekretes Nr. 297/94 vorgesehen und mit wirklich unabdingbaren Erfordernissen, die zur Inanspruchnahme dieser Supplenzen geführt haben, begründet sind. Diese Supplenzen können nur im Rahmen der zu diesem Zwecke jährlich aufgrund der Verteilungspläne zugewiesenen Finanzmittel, gemäß Art. 27, Abs. 10 und 11, vergeben werden.
16. Für die Festsetzung der wirklich unabdingbaren Erfordernisse müssen die Direktoren die Gesamtdauer der Abwesenheit der Lehrpersonen, die effektiven Unterrichtstage der Abwesenheit, auch im Hinblick auf eventuelle Unterbrechung der didaktischen Tätigkeit durch Festtage (z.B.

Weihnachts- oder Osterferien) oder andere Gründe in Betracht ziehen. Auch auf die Möglichkeit auf Lehrpersonen zurückzugreifen, muß in Betracht gezogen werden, die möglicherweise dasselbe Fach unterrichten oder im Besitz der erforderlichen Lehrbefähigung oder des Studentitels sind, oder in der Schule mit verfügbaren Stunden für Supplenzen Dienst leisten oder bereit sind, zusätzliche Unterrichtsstunden zu leisten, wobei die Supplenz kürzer sein kann als die Abwesenheit des Supplenten.

17. Die verliehene Ernennung hat für die gesamte Dauer der Supplenz juristische und ökonomische Wirkung.
18. Die Ernennungen der verliehenen zeitweiligen Supplenzen können gemäß Art. 521, Abs. 5, des Legislativdekretes Nr. 297/94 zu jedem Zeitpunkt widerrufen werden, wenn die unausweichlichen Notwendigkeiten, die sie bewirkt haben, nicht mehr bestehen oder wenn infolge einer nachträglich eingetretenen Notwendigkeit eine andere Lehrperson der Stammrolle oder außerhalb der Stammrolle mit Anrecht auf Beibehaltung im Dienst eingesetzt werden muß (3).
19. Um die didaktische Kontinuität zu sichern, wird die Ernennung, die für einen bestimmten Zeitabschnitt verliehen wurde und durch Unterbrechung des Unterrichts aufgrund von Festlichkeiten oder anderen Gründen abschließt, bei Wiederaufnahme der didaktischen Tätigkeit, für dieselbe Lehrperson bestätigt.
20. Der zeitweilige Supplent, der aus schwerwiegenden und dokumentierten Gründen für die Zeit von nicht mehr als sechs Tage abwesend ist, kann den Supplenzdienst in der Schule wieder aufnehmen, wenn es in der Zeit der Abwesenheit möglich war, mit verfügbarem Personal den Unterricht in derselben Schule aufrecht zu erhalten. Die Zeit der Abwesenheit hat keine rechtliche und wirtschaftliche Auswirkung.
21. Der zeitweilige Supplent muß bei Dienstantritt über die Schule, an der er ernannt wurde, die erhaltene Ernennung sowie deren Dauer allen Schulen mitteilen, an die er ein Supplenzgesuch gerichtet hat, um den anderen Schulen die Möglichkeit zu geben, die Verfügbarkeit der Bewerber um Anstellungen auf den neuesten Stand zu bringen.
22. Die nichterfolgte Annahme der Ernennung für eine zeitweilige Supplenz von Seiten des Direktors oder in den Sekundarschulen für eine zeitweilige Supplenz für weniger Stunden, als der Lehrstuhl vorsieht, hat, wenn keine Rechtfertigung vorliegt, zur Folge, daß die betreffende Person in den betreffenden Rangordnungen der Schule hinter den Bewerbern eingereiht wird, welche ohne Lehrbefähigung sind und in der Landesrangordnung für das betreffende Schuljahr nicht aufscheinen.
23. Die Lehrperson, welche den Auftrag einer zeitweiligen Supplenz nicht annimmt, weil sie bereits in gleicher oder anderer Eigenschaft an einer staatlichen Schulinstitution Dienst leistet, behält die innegehabte Reihung in der Sprengel- oder Anstaltsrangliste bei.

24. Der etwaige Verzicht auf die Supplenz nach deren Annahme oder der nicht erfolgte Dienstantritt ohne triftigen und nachgewiesenen Grund zum festgesetzten Datum hat den Verfall der verliehenen Ernennung sowie die Streichung des Bewerbers aus der Rangordnung des Sprengels oder aus der Schule für das Schuljahr, worauf sich die Ernennung bezieht, zur Folge.

25. Die Streichung aus der Landesrangordnung wegen Verzichts auf die Ernennung seitens des Schulamtsleiters oder aus allen Landesrangordnungen wegen nicht erfolgten Dienstantritts ohne rechtfertigenden Grund hat zur Folge, daß die betreffende Person in den entsprechenden Rangordnungen der Schule unter die Bewerber eingereiht wird, welche nicht in einer Landesrangordnung aufscheinen, und, was den Kindergarten und die Grundschule betrifft, in der Rangordnung des Sprengels hinter den letzten Bewerber verschoben wird (4).
Ausgenommen davon ist eine eventuelle vom Direktor verliehene Supplenz, die bereits verliehen ist oder eventuell verlängert wurde (gilt nicht für die deutschen und ladinischen Schulen).

26. Es ist nicht gestattet, die Supplenz aufzugeben, um eine andere zu übernehmen, auch nicht umgekehrt, es sei denn, letztere würde bis zum Unterrichtsende verliehen. (5). Diese Möglichkeit ist bis zum 30. April und für jedwelche Anzahl wöchentlicher Unterrichtsstunden gegeben.

27. Es ist aber der vom Direktor beauftragten Lehrperson gestattet, die Supplenz aufzugeben, um die Ernennung durch den Schulamtsleiter anzunehmen.

28. Die Lehrperson, welche nach der Annahme der Ernennung und nach erfolgtem Dienstantritt die Supplenz ohne triftigen Grund aus dem Dienst austretet, darf in keiner anderen Schule, auch nicht einer anderen Provinz, für das ganze Schuljahr aufgenommen werden.

29. Sollte der Inhaber einer Stelle, die als Supplenzstelle vergeben wurde, vorübergehend weiterhin der Schule fernbleiben, wird die bereits verliehene Supplenz bis zur Rückkehr des Inhabers an denselben Supplenten, der bereits im Dienst war, mit der Pflicht zur Annahme derselben, verliehen. Falls jedoch die Abwesenheit des Stelleninhabers in eine Unterbrechung der didaktischen Tätigkeit fällt, so wird die Supplenz ab dem ersten Tag der Wiederaufnahme des Unterrichtes für denselben Supplenten, der bereits im Dienst ist, bei vorangehender Annahme, bestätigt.

30. Der Supplent, der im Kindergarten und in der Sekundarschule anfangs für die Deckung der Stunden im Zusammenhang mit der Stundenplanverkürzung ernannt worden ist, muß für den vollen Unterrichtsstundenplan beauftragt werden, wenn die Lehrperson, die Anspruch auf die Reduzierung ihres täglichen Dienststundenplanes wegen Stillung hat, auch für die restlichen Stunden fernbleibt.

31. Für die in Landesrangordnungen nicht eingetragenen Supplenten ist die Gültigkeit der Ernennung abhängig von der Übereinstimmung der in Abschrift eingereichten Unterlagen mit den Originalunterlagen, welche vom Schuldirektor, an den sie gemäß Art. 19 gesandt worden waren, angefordert werden müssen.

32. Die Schuldirektoren sind verpflichtet, die Ernennungsmaßnahmen unmittelbar nach deren Annahme an der Amtstafel der Schule auszuhängen und dort für 15 Tage zu belassen (6).
33. Der Direktor, welcher im Gesuch um eine Supplenz unwahre Erklärungen oder in den beigelegten Unterlagen Fälschungen festgestellt hat, hat davon unmittelbar den Schulamtsleiter zu verständigen, damit der betroffene Bewerber gemäß dem vorangehenden Artikel 11 aus allen Rangordnungen ausgeschlossen werde.
34. Die im vorausgehenden Artikel 16 enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Fälle von Unvereinbarkeit sind auch in Bezug auf die Verleihung von zeitweiligen Supplenzen, die in die Zuständigkeit des Direktors fallen, anzuwenden.
35. Die Verleihung von Aufträgen für eine zeitweilige Supplenz zur Besetzung der Stellen für Stützunterricht erfolgt gemäß Gesetz vom 22.12.1984, Nr. 887, mit Bevorzugung der Bewerber im Besitze der vorgeschriebenen Fachausbildung.(7)
36. Für den Ersatz des Stelleninhabers für den Unterricht der Fremdsprache wird in der Grundschule jenen Bewerbern um Verleihung einer Supplenz der Vorrang gegeben, die in der Sprengelrangliste eingetragen sind und Recht auf Vorrang für den Unterricht der entsprechenden Fremdsprache gemäß vorhergehenden Art. 1, Absatz 13, haben.

(1) Die Annahme der Ernennung, wenn auch nur mündlich, bewirkt die Unmöglichkeit, weitere Ernennungen in anderen Schulsprengeln oder Schulanstalten anzunehmen.

(2) Die Ergänzung kann verfügt werden, wenn der Direktor die Vereinbarkeit des Stundenplans zwischen den von der Lehrperson bereits gehaltenen Unterrichtsstunden und den zur Stundenplanergänzung zu vergebenden Stunden feststellt.

(3) Stehen mehrere Supplenten im Dienst, so wirkt sich der Widerruf auf die Lehrperson mit der geringsten Punktezahl in der Rangordnung aus.

(4) An den Sekundarschulen hat der Verzicht auf die Verleihung einer Supplenz seitens des Schulamtsleiters für weniger Stunden, als im Lehrstuhl vorgesehen, keine Folge für die Reihung in der Rangordnung der Schule, und die Lehrperson, welche auf diese Verleihung verzichtet hat, behält ihre Position in der Rangordnung der in die Landesrangordnung eingetragenen Bewerber.

(5) Bezüglich des Kindergartens bis zum Schulschluß.

(6) Die Frist für etwaige Anfechtungen bei der Rekurskommission läuft vom Tage des Aushangs der Maßnahme an der Anschlagtafel der Schule an.

(7) Für die Verleihung der Ernennungen für eine zeitweilige Supplenz zur Besetzung von Stützstellen im Kindergarten und an der Grundschule werden die Bestimmungen gemäß Art. 7, Absatz 10, und für die Besetzung der Stützstellen an den Sekundarschulen, die Weisungen gemäß Art. 5., in Erinnerung gerufen.

- Artikel 22 -

Beauftragung für Supplenzdienste an Sekundarschulen nach Aufbrauchen der Institutsrangordnungen oder beim Fehlen von Bewerbern mit Studientitel

1. Nach der Erschöpfung der Schulrangordnungen und nach den etwaigen Ernennungen im Sinne des Gesetzes Nr. 1617/62 verleihen die Direktoren die Supplenzen an Lehrpersonen mit dem vorgeschriebenen Studientitel, welche ein mit Unterlagen versehenes Ansuchen auch nach dem Verfall des Termins für die Einreichung der Gesuche um die Aufnahme in die Schulrangordnungen eingereicht haben. Bei mehreren Bewerbern muß die Reihung nach den aufscheinenden Titeln aufgrund der entsprechenden Bewertungstabelle erfolgen.
2. Gibt es keine Bewerber mit dem vorgeschriebenen Studientitel, so bedient man sich der Rangordnungen anderer Schulen oder Lehranstalten im Umkreis des Bezirks oder notfalls für die Sekundarschulen der zweiten Stufe in der gleichen Gemeinde oder in benachbarten Gemeinden.
3. War es nicht möglich, die Ernennung in vorerwähnter Weise vorzunehmen und ist man folglich genötigt, Personen zu berufen, deren Studientitel niedriger ist als der für die Zulassung zum entsprechenden Lehrstellenwettbewerb vorgeschriebene, so können die Direktoren die Stellen jenen verleihen, die ein mit Unterlagen versehenes Ansuchen einreichen und dank ihrer Studientitel und Dienstzeugnisse oder besuchten Lehrgänge die meiste Gewähr für den zu vergebenden Unterricht bieten (1).
4. Die Supplenzverleihungen gemäß dem voranstehenden Absatz sind an der Amtstafel der Schule mit dem Vermerk auszuhängen, daß es sich um Supplenzen handelt, die Personen ohne den vorgeschriebenen Studientitel verliehen wurden.
5. (wird nicht angewandt)
6. (wird nicht angewandt)
7. Begibt sich nur in Bezug auf den Unterricht der Musikerziehung an der Mittelschule der Fall, daß es notwendig wird, Supplenzen an Personen ohne Studientitel oder Lehrbefähigung zu verleihen, so muß der Auftrag absolut vorrangig und in der angegebenen Reihenfolge Bewerbern im Besitze nachstehender Titel verliehen werden (2):
 - 1) Doktorat in Geisteswissenschaften oder Pädagogik mit Dissertation in Musikgeschichte oder in einem anderen Fach der Musik, wie im Studienplan zusammen mit dem Abschluß der Unterstufe eines zehnjährigen Hauptlehrganges eines staatlichen Konservatoriums vorgesehen (Komposition, Orchesterleitung, Orgel, Klavier, Geige, Bratsche, Cello)
 - 2) Zeugnis über den außerordentlichen Lehrgang für Musikdidaktik, ausgestellt von staatlichen Konservatorien
 - 3) Zeugnis über den außerordentlichen Lehrgang für Schlaginstrumente, ausgestellt von staatlichen Konservatorien
 - 4) Lehrerbildungsdiplom, verbunden mit dem mittleren Abschluß eines beliebigen Hauptlehrganges
 - 5) Mittlerer Abschluß eines zehnjährigen Lehrganges eines staatlichen Konservatoriums (Komposition, Orchesterleitung, Orgel, Klavier, Geige, Bratsche, Cello)

- 6) Unterer Abschluß eines der Lehrgänge laut dem vorangehenden Punkt 5).
8. Bei Fehlen von Bewerbern mit dem vorgeschriebenen Fachausbildungstitel in der entsprechenden Rangordnung des Sprengels oder der Schule kann eine zeitweilige Supplenz für Stellen des Stützunterrichtes auf die Rangordnungen von Nachbarschulen oder anderer Schulen im selben Bezirk zurückgegriffen werden.
9. Wenn es nicht möglich ist, die Ernennung im Sinne des vorangehenden Absatzes vorzunehmen, so verleiht man die zeitweilige Supplenz Bewerbern, die in einer gewöhnlichen Rangordnung für den Kindergarten und für die Grundschule oder auch in den gewöhnlichen Rangordnungen für die Sekundarschule aufscheinen, wobei der Vorzug gemäß Abs. 4 und 5 des vorhergehenden Art. 20 berücksichtigt wird und dem Recht auf Vorrang gemäß vorhergehenden Art. 1, Punkt D, Rechnung getragen wird (3).
10. Zur Anwendung des vorangehenden Absatzes verfährt der Schuldirektor bei der Verleihung der zeitweiligen Supplenzen so, daß er gleichzeitig alle Rangordnungen des Sprengels oder der Schule durchgeht, mit vorrangiger Beachtung der Sekundarschule 2. Grades und des Unterrichtsfaches für die Supplenz.
11. Der Bewerber um zeitweilige Supplenzen mit Spezialisierungsdiplom, das er im Sinne des Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94 erworben hat, hat mit einem mit Unterlagen versehenen Ansuchen an den Direktor das Recht, die Stelle anstatt des nicht spezialisierten zeitweiligen Supplenten für Stützunterricht zu erhalten (4). Diese Möglichkeit besteht zusätzlich zur Wahl der Anzahl der Sprengel oder Schulen im Sinne des Art. 3 für die Grundschule und den Kindergarten und des Art. 19 für die Sekundarschule, sofern von ihr innerhalb 31. Dezember Gebrauch gemacht wird.
12. Die Einreichung von Gesuchen um eine zeitweilige Supplenz, geregelt mit diesem Artikel, sowie die Möglichkeit gemäß Abs. 5, 6 und 11, darf nur im Rahmen des allgemeinen Verbots, vorgesehen vom Art. 3, Abs. 14, Supplenzgesuche in mehr als einer Provinz einzureichen, vorgenommen werden. Eine Ausnahme bilden die Fälle in den Anmerkungen (1) und (2) dieses Artikels. Zu diesem Zweck besorgen sich die Schuldirektoren, vor Verleihung der entsprechenden Ernennung, die Erklärung in der die betroffene Person unter eigener persönlicher Verantwortung angibt, daß sie in keiner anderen Provinz als Bewerber für eine Supplenz aufscheint.

- (1) Es ist dem Schuldirektor untersagt, Supplenzen dem Ehepartner, den Verschwägerten und Verwandten bis zum vierten Grad ohne den vorgeschriebenen Studientitel zu verleihen. Von dieser Regel kann nur dann abgewichen werden, wenn es nicht möglich war, den Auftrag einer anderen Person zu geben, auf die man sich aufgrund von Studientitel und Diensten verlassen könnte. In letzterem Fall muß der Direktor jedoch ausdrücklich um die formelle Erlaubnis beim Schulamtsleiter ansuchen.
- (2) Bezüglich des Unterrichts eines Musikinstruments an der Lehrerbildungsanstalt gelten die Bestimmungen laut dem Art. 7, letztem Absatz.
- (3) Die nicht erfolgte Annahme der zeitweiligen Supplenz bewirkt nicht die Aufnahme am Ende der betreffenden Rangordnung.
- (4) Im Kindergarten und an der Grundsschule besteht diese Möglichkeit nur unter der Voraussetzung des Einschlusses in der Landesrangordnung für den Unterricht an allgemeinen Schulen.

IV. A B S C H N I T T

ERNENNUNGEN AN LEHRANSTALTEN UND SCHULEN MIT DEUTSCHER UND SLOWENISCHER UNTERRICHTSSPRACHE ODER IN LADINISCHEN ORTSCHAFTEN DER PROVINZ BOZEN

- Artikel 23 -

Rechtsgültige Bewertungstitel zur Aufnahme in die Rangordnungen der Grundschule

1. Die Bewerber um Aufträge für Stellen gemäß Art. 13 des D.P.R. 89/1983 an den Grundschulen der Provinz Bozen müssen gemäß demselben D.P.R. außer den besonderen Voraussetzungen bezüglich der spezifischen Rangordnungen folgendes besitzen:
 - A) für die Zulassung zum Unterricht laut Stammrolle der Lehrpersonen der Grundschulen mit italienischer Unterrichtssprache:
Besitz der italienischen Muttersprache
 - B) für die Zulassung zum Unterricht laut Stammrolle der Lehrpersonen der Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache:
Besitz der deutschen Muttersprache
 - C) für die Zulassung zum Unterricht laut Stammrolle der italienischsprachigen Lehrpersonen an den Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache:
Besitz der italienischen Muttersprache
 - D) für die Zulassung zum Unterricht laut Stammrolle der deutschsprachigen Lehrpersonen an den Grundschulen mit italienischer Unterrichtssprache:
Besitz der deutschen Muttersprache
 - E) für die Zulassung zum Unterricht laut Stammrolle der Lehrpersonen der Grundschulen der ladinischen Ortschaften:
Besitz der ladinischen Muttersprache (mit den Voraussetzungen laut dem Art. 13 des E.T., genehmigt durch das D.P.R. 89/83).
2. Die Bewerber der ladinischen Volksgruppe sind auch zu den anderen vorerwähnten Fächern zugelassen, sofern sie die vom Artikel 12 des mit D.P.R. Nr. 89/1983 genehmigten Einheitstextes vorgesehenen Voraussetzungen besitzen.
3. Für die Zulassung zu den Unterrichtsfächern sub C) und D) ist außerdem die Beherrschung der italienischen und deutschen Sprache erforderlich, die gemäß dem 1. Abschnitt des D.P.R. Nr. 752/76 festgestellt wird.
4. Für das, was in diesem Artikel nicht vorgesehen ist, sind die Bestimmungen in dem mit D.P.R. Nr. 670 vom 31.08.1972 genehmigten Einheitstext und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen anzuwenden.
5. Der Bewerber, der in zwei verschiedene Rangordnungen aufgenommen worden ist, die für die Zulassung zu den Unterrichtsfächern sub A und sub C gelten, kann sich binnen zwanzig Tagen nach Schulbeginn entscheiden und folglich die ihm etwa verliehene Ernennung nach einer zweiten Rangordnungsliste annehmen.
6. Die Option laut dem vorangehenden Absatz ist bezüglich der Aufträge für zeitweilige Supplenzen, die in die Zuständigkeit des Direktors fallen, nicht zulässig.

- Artikel 24 -

Rechtsgültige Bewertungstitel zur Aufnahme in die Rangordnungen der Sekundarschule

1. In die Landesrangordnungen der Befähigten für die an den Lehranstalten und Schulen mit deutscher Unterrichtssprache unterrichteten Fächer werden die Bewerber deutscher oder ladinischer Muttersprache im Besitze des Lehrbefähigungsausweises eingeschrieben.
2. In die Rangordnungen der Befähigten für die an den Sekundarschulen der ladinischen Ortschaften der Provinz Bozen unterrichteten Fächer werden die Bewerber mit den vorgeschriebenen Befähigungsnachweisen ladinischer oder deutscher Muttersprache für die Fächer in deutscher Sprache und ladinischer oder italienischer Muttersprache für die Fächer in italienischer Sprache eingeschrieben.
3. Gemäß dem letzten Absatz des Art. 12 des D.P.R. Nr. 89/83 ist für die Zulassung zum Unterricht an den Schulen der ladinischen Ortschaften die Kenntnis der italienischen, deutschen und ladinischen Sprache erforderlich. Der Nachweis für die italienische und die deutsche Sprache ist gemäß dem 1. Abschnitt des D.P.R. Nr. 752/76 und für die ladinische in einem Kolloquium vor einer eigenen, vom Schulamtsleiter für die Schulen der ladinischen Ortschaften ernannten Kommission zu erbringen.
4. In die Rangordnungen der Nichtbefähigten für die an den Lehranstalten und Sekundarschulen mit deutscher Unterrichtssprache oder an den Schulen der ladinischen Ortschaften gelehrt Unterrichts fächer werden die Bewerber im Besitze eines gültigen Studententitels gemäß der Tabelle A, als Anhang zum Ministerialdekret Nr. 334 vom 24.11.1994 eingetragen.
5. Für den Italienischunterricht (zweite Sprache) an den Lehranstalten und Sekundarschulen mit deutscher Unterrichtssprache ist der Besitz der Voraussetzungen laut dem Art. 19 des D.P.R. 670/72 und der entsprechenden Durchführungsverordnungen laut dem durch das D.P.R. 89/83 genehmigten Einheitstext erforderlich.
6. Die Bewerber um Aufträge an den Sekundarschulen mit deutscher Unterrichtssprache müssen die Voraussetzung laut dem 1. Absatz des Art. 19 des D.P.R. 670/72 besitzen, welche durch einen Notoritätsakt über den Besitz der Muttersprache oder durch eine den Notoritätsakt ersetzende Erklärung nachzuweisen ist. Die Bewerber der ladinischen Sprachgruppe müssen die Voraussetzungen laut dem Art. 12 des D.P.R. 89/83 besitzen.
7. Die Bewerber um den Unterricht der zweiten Sprache müssen den Nachweis erbringen, die Prüfung über die Beherrschung der Unterrichtssprache der Schule bestanden zu haben, zu welcher sie zugelassen werden möchten, wie sie vom 1. Abschnitt des D.P.R. Nr. 752/76 vorgeschrieben ist, da sie dieser Prüfung gemäß dem Artikel 3 des D.P.R. Nr. 846/77 nicht enthoben sind.
8. In die provisorischen Rangordnungen können auch die Bewerber aufgenommen werden, welche innerhalb der von dieser Verordnung festgesetzten Termine nicht in der Lage sind, den Nachweis der Kenntnis der betreffenden Sprachen zu erbringen. Die Aufnahme in die endgültigen Rangordnungen ist jedoch abhängig von der Vorlage der entsprechenden Bescheinigung innerhalb des endgültigen Termins vom 30. Juni des Jahres, in welchem die Rangordnungen erstellt werden.

9. Zum Unterricht der in italienischer und der in deutscher Sprache unterrichteten Fächer an den Sekundarschulen der ladinischen Ortschaften sind ausschließlich die Staatsbürger der entsprechenden Muttersprache zugelassen. Die Bürger der ladinischen Sprachgruppe genannter Ortschaften können zu den Unterrichtsfächern in italienischer und in deutscher Sprache zugelassen werden und haben bei der Stellenvergabe das absolute Vorrecht.
10. Bei der Aufnahme in die Rangordnungen der Schulen mit slovenischer Unterrichtssprache müssen die Bewerber gemäß dem Gesetze Nr. 1012 vom 19. Juli 1961 slovenischer Muttersprache sein; sie werden in die Rangordnungen mit Vorbehalt aufgenommen und müssen bei der Verleihung des Lehrauftrages ein Kolloquium zur Feststellung der Beherrschung der slowenischen Sprache bestehen. Der Schulamtsleiter wird zu diesem Zwecke eine eigene Kommission, bestehend aus einem Sekundarschuldirektor und zwei Lehrpersonen, einsetzen.

- Artikel 25 -

Einreichen der Gesuche

1. Die Bewerber um Lehraufträge mit Lehrbefähigungsnachweis oder Studientitel müssen ihr Ansuchen innerhalb des Termins und in der Art und Weise, wie vom vorangehenden Artikel 3 bestimmt, an den Schulamtsleiter von Triest oder Görz oder an den Schulamtsleiter für die Schule mit deutscher Unterrichtssprache oder auch an den Schulamtsleiter für die Schule der ladinischen Ortschaften richten, je nachdem sie die Aufnahme in die Rangordnungen für die Schulen mit slovenischer oder deutscher Unterrichtssprache oder der ladinischen Ortschaften beantragen.
2. Die Bewerber um Lehraufträge an den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache oder an den Schulen der ladinischen Ortschaften müssen ihrem Gesuch, bei sonstiger Nichtigkeit, die Erklärung über den Besitz der verlangten Muttersprache beilegen.
3. Die Bewerber um den Unterricht an den Sekundarschulen mit slovenischer Unterrichtssprache müssen dem Ansuchen unter persönlicher Verantwortung eine Erklärung beilegen, daß sie slovenischer Muttersprache sind. Ausnahmen sind im letzten Absatz des vorangehenden Artikels 24 angegeben.

- Artikel 26 -

Beauftragung an Grundschulen und Kindergärten mit slovenischer Unterrichtssprache

1. Die Bewerber um einen Lehrauftrag an den Grundschulen und in den Kindergärten mit slovenischer Unterrichtssprache in den Provinzen Görz und Triest müssen ihr Ansuchen an die entsprechenden Schulamtsleiter zwecks Aufnahme in die entsprechenden Rangordnungen innerhalb des Termins und in der von dieser Verordnung bestimmten Art und Weise einzureichen.
2. Nachdem die Schulamtsleiter den Besitz der Voraussetzungen, die die Eintragung in die Rangordnungen berechtigen, festgestellt haben, nehmen sie die Erstellung der Rangordnungen gemäß den im Artikel 6 dieser Verordnung enthaltenen Kriterien vor.
3. Bei der Verleihung der Aufträge an den Grundschulen der Grenzgebiete von Görz und Triest hat unter gleichen Bedingungen gemäß dem Artikel 242 des königl. Dekrets Nr. 577/1928 Anspruch auf Vorrang, wer in jenen Gebieten als Lehrer Dienst geleistet und dort für wenigstens 5 Jahre seinen Wohnsitz gehabt hat, was durch eine geeignete Bestätigung der zuständigen Behörden nachzuweisen ist.

- Artikel 27 -

Zeitweilige Supplenzen an Sekundarschulen an Personal ohne vorgeschriebenen Titel

1. Die Verleihung zeitweiliger Supplenzen, welche in die Zuständigkeit des Direktors fällt, an Personal ohne den vorgeschriebenen Studententitel erfolgt gemäß den Bestimmungen des vorangehenden Art. 22.

- Artikel 28 -

Kommissionen für die Prüfung der Rekurse

1. Die Kommission für die Entscheidung über die Rekurse der Lehrpersonen der Lehranstalten und Schulen mit deutscher Unterrichtssprache wird gemäß Art. 525 des Legislativdekretes Nr. 297/94 zusammengesetzt.
2. Die Kommission für die Entscheidung über die Rekurse der Lehrpersonen der Lehranstalten und Schulen der ladinischen Ortschaften besteht aus dem Schulamtsleiter, der ihr vorsteht, aus einem Beamten des ladinischen Schulamtes sowie aus einer in der Stammrolle eingetragenen oder beauftragten Lehrperson, die vom Schulamtsleiter unter jenen ernannt wurde, welche hierfür von den Landesvertretern jener Gewerkschaften vorgeschlagen wurden, die die Lehrpersonen der Schulen der ladinischen Ortschaften organisieren.
3. Die Kommission für die Entscheidung über die Rekurse der Lehrpersonen der Lehranstalten und Schulen mit slovenischer Unterrichtssprache setzt sich zusammen aus dem Schulamtsleiter, der ihr vorsteht, aus einem Beamten des Schulamtes für die Schulen mit slovenischer Unterrichtssprache und aus einer in der Stammrolle eingetragenen oder beauftragten Lehrperson, die vom Schulamtsleiter unter jenen ernannt wurde, welche hierfür von den Provinzialvertretern der Gewerkschaften vorgeschlagen wurden, die die Lehrpersonen slovenischer Sprache organisieren.
4. Im Sinne des Art. 525 des Legislativdekretes Nr. 297/94 stehen den Kommissionen gemäß vorhergehenden Absätzen die Leiter der Schulämter oder ein von ihnen beauftragter leitender Beamter vor.

- Artikel 29 -

Ernennungen in den Schulen der ladinischen Ortschaften der Provinz Trient

Für die Ernennungen in den Schulen der ladinischen Ortschaften der Provinz Trient gilt der Art. 2, Absatz 6, des Legislativdekretes vom 16.12.1993, Nr. 592, mit dem alle Ernennungen den Bewerbern vorbehalten sind, die im Besitz der vorgeschriebenen Erfordernisse sind und die Kenntnis der ladinischen Sprache und Kultur gemäß den Weisungen des 2. Absatzes des Artikels 2 des Legislativdekretes Nr. 592/1993 belegt haben (1).

(1) Siehe dazu den vorhergehenden Absatz 25 des Art. 4.

- Artikel 30 -

Rechtsverweise

1. Für alles, was in diesem Abschnitt nicht vorgesehen ist, sind die Bestimmungen dieser Verordnung anzuwenden.

V. A B S C H N I T T**ERNENNUNGEN VON FACHLEUTEN ZU LEHRPERSONEN AN SEKUNDARSCHULEN ZWEITEN GRADES**

- Artikel 31 -

Neuernennungen

1. Mit Inkrafttreten des Ministerialdekretes vom 28.05.1992 sind den neuen Wettbewerbsklassen die zugeordneten Tätigkeiten von Fachleuten in den Sekundarschulen 2. Grades eingeführt worden. Daher können die Direktoren, - mit Ausnahme jener der Berufsausbildung -, für diese gelten die Weisungen des folgenden Absatzes dieses Artikels - aufgrund der Beschlüsse des Vollzugausschusses gemäß Art. 29 des Legislativdekretes Nr. 297/94 nur an Fachpersonal, dessen Tätigkeit nicht zu den Wettbewerbsklassen gehören, eine zeitweilige Supplenz bis zum Ende der didaktischen Tätigkeit verleihen.
2. Mit demselben Ministerialdekret vom 28.05.1992 wurden für die Tätigkeiten, wie sie von den Stundentafeln der Fachkurse und Nachfolgefachkurse der Fachlehranstalten vorgesehen, als Wettbewerbsklassen wieder eingeführt und Fachlehrern anvertraut. Ausgenommen sind jene Kurse, wie "Kühltechniker an Bord" am IPSIAM von Camogli und "Führung der Portierloge" an den Lehranstalten für Hotel- und Restaurationsbetriebe. Mit Ministerialdekret vom 24.04.1992 wurden ebenfalls die neuen Programme und Stundenpläne der Fachkurse der staatlichen Lehranstalten eingeführt, welche in den jeweiligen Stundentafeln keine didaktische Tätigkeiten für Fachexperten vorsehen. Daher wird, bis zur vollständigen Anwendung der neuen Studienordnung, das Fachpersonal für die genannten Kurse vom Direktor, aufgrund der Beschlüsse des Vollzugausschusses gemäß Art. 29 des Legislativdekretes Nr. 297/94, mittels einer zeitweiligen Supplenz bis zum Ende der didaktischen Tätigkeit verliehen.

- Artikel 32 -

Einreichen der Gesuche und deren Belege - Erfordernisse

1. Die Bewerber um die Verleihung der Beauftragungen müssen ihr Gesuch unmittelbar an die Direktoren der Lehranstalten, an denen die entsprechenden Fächer unterrichtet werden, richten (1).
2. Das Gesuch muß innerhalb 30. Mai eingereicht werden (2).
3. Im Gesuch muß der Bewerber den Vor- und Zunamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum, den Wohnsitz sowie die etwaige telefonische Erreichbarkeit angeben.
4. Die Unterschrift unter dem Gesuch muß von einem Notar, einem Gerichtsschreiber, dem Gemeindesekretär oder vom zuständigen Direktor beglaubigt werden, der für den Empfang des Gesuches zuständig ist. Für die Staatsangestellten in oder außerhalb der Stammrolle genügt

der Sichtvermerk des Direktors des Amtes oder der Schule, an der der Bewerber Dienst leistet.

5. Dem Gesuche müssen die etwaigen Studien- und Dienstzeugnisse sowie jeder andere Nachweis der besonderen Vorbereitung und Erfahrung bezüglich des beantragten Unterrichts beigelegt werden.
6. Es brauchen nur einem Gesuche die Originalunterlagen beigelegt zu werden; den übrigen brauchen nur die Abschriften der dem ersten Gesuche beiliegenden Unterlagen beigelegt zu werden; es muß aber am Rande einer jeden Abschrift ausdrücklich sowie unter persönlicher Verantwortung und mit eigener Unterschrift erklärt werden, daß die Abschrift dem Original entspricht (3).
7. Die Bewerber müssen am Termin für die Einreichung der Gesuche die vom Art. 2 dieser Verordnung vorgesehenen Voraussetzungen besitzen, ausgenommen die Voraussetzungen laut dem Buchstaben E.

(1) Die Ansuchen können ohne irgendwelche Beschränkung der Anzahl von Schulen auch in verschiedenen Provinzen eingereicht werden.

(2) Die Gesuche gelten auch als rechtzeitig eingereicht, wenn sie eingeschrieben mit Rückantwort innerhalb des festgesetzten Termins abgesandt wurden. Als Beweis hierfür gilt der Datumsstempel des entgegennehmenden Amtes.

(3) In jedem Gesuche müssen alle anderen Schulen angeführt werden, an die ein Gesuch gerichtet wurde; und ausdrücklich muß die Schule angegeben werden, bei der die Originalunterlagen eingereicht wurden.

- Artikel 33 -

Verleihung der Ernennungen

1. Nach Entgegennahme der Gesuche der Bewerber um die Beauftragung leitet sie der Direktor zusammen mit den entsprechenden Unterlagen binnen 30. Juni an den Vollzugsausschuß weiter.
2. Der Vollzugsausschuß erstellt eine Rangordnung der einzelnen Bewerber durch das Vergleichen der eingereichten Zeugnisse, welche die beste Gewähr für den zu vergebenden Unterricht bieten.
3. Im entsprechenden Beschluß müssen die Kriterien angeführt werden, die es erlauben, die besonderen Gaben der Vorbereitung und der Erfahrung zu ermitteln, und zwar unter Berücksichtigung des zu vergebenden Unterrichts und der eingelangten Gesuche.
4. Der Direktor verleiht aufgrund der Beschlüsse des Vollzugsausschusses die zeitweiligen Supplenzen bis zum Ende der didaktischen Tätigkeit (1).
5. Die beauftragten Lehrpersonen müssen die dem Gesuch gemäß dem vorangehenden Artikel 31 auf stempelfreiem Papier beigelegten Unterlagen stempelrechtlich in Ordnung bringen.

6. Die Verleihung von Ernennungen hängt von der gänzlichen Durchführung der Verwendung und der Beibehaltung im Dienst ab, welche in die Zuständigkeiten des Schulamtsleiters fällt.
7. Der Direktor verleiht die Ernennungen vorrangig dem Lehrpersonal, das bereits im vorhergehenden Schuljahr im Dienst war, es sei denn, daß sich eine Nichteignung für den Unterricht herausgestellt hat. Im letzteren Falle muß eine Maßnahme erlassen werden, in der die Gründe für den Ausschluß von der Ernennung angegeben sind.
8. Gegen die Beauftragungen gemäß diesem Abschnitt kann im Sinne der vom vorangehenden Art. 18 Rekurs eingelegt werden.

(1) Bei der Beauftragung besorgt sich der Direktor die Originalunterlagen - sollte er sie noch nicht in Händen haben - bei der Schule, an der der Interessierte sie gemäß der Anmerkung 3 des vorhergehenden Artikels 32 eingereicht zu haben erklärt.

VI. A B S C H N I T T

- Artikel 34 -

Übergangsbestimmungen

1. Nach Inkrafttreten des M.D. Nr. 334 vom 24.11.1994, betreffend die Neuordnung der Lehrbefähigungsklassen für den Unterricht und Wettbewerb für Lehrstühle und Lehrerstellen der technisch-praktischen Lernfächer und Lehrfächer der angewandten Kunst, gelten für alle jene Lehrpersonen, welche bereits in den permanenten Landesrangordnungen für Sekundar- und Kunstschulen in obgenannten Wettbewerbsklassen eingetragen sind, folgende Weisungen:
2. Die außerplanmäßigen Lehrpersonen, welche im Besitze der Lehrbefähigung gemäß M.D. vom 03.09.1982 sind, gelten für jene Lehrbefähigungsklasse lehrbefähigt, die vom M.D. Nr. 334 vom 24.11.1994 vorgesehen ist und der bereits erworbenen als gleichgestellt erklärt ist. So haben gemäß Art. 4, Absatz 4 der genannten Ministerialverordnung Nr. 334/94 alle jene Bewerber mit Lehrbefähigung, welche bereits in den permanenten Landesrangordnungen für das laufende Schuljahr 1994/95 eingetragen sind und laut Neuordnung der Lehrbefähigungsklassen für das Schuljahr 1994/95 nicht mehr im Besitze des gültigen Studentitels sind, das Recht, in letzteren eingetragen zu bleiben oder sich in den Landesrangordnungen einer anderen Provinz eintragen zu lassen - vorausgesetzt, daß sie von den Landesrangordnungen, in welchen sie eingetragen waren, gestrichen worden sind -.
3. Nach Einsichtnahme in den Art. 4, Absatz 10, der Ministerialverordnung Nr. 334/94 und in Erwägung, daß die Landesrangordnungen für Supplenzen bleibenden Charakter haben, wie vom Art. 522, Abs. 3, des Legislativdekretes vom 16.04.1994, Nr. 297, vorgesehen ist, dürfen jene Lehrpersonen, welche ohne Lehrbefähigung in den permanenten Landesrangordnungen für Supplenzen - gültig für das Schuljahr 1994/95 (1) - und gemäß geltender Neuordnung nicht mehr im Besitz des gültigen Studentitels für die Eintragung in die entsprechenden Rangordnungen sind, nicht von Amts wegen gestrichen werden und bleiben als Nichtlehrbefähigte in den entsprechenden Landesrangordnungen derselben Provinz eingetragen.

- (1) oder, wenn sie gestrichen worden sind, um Wiedereintragung innerhalb der vorgesehenen Frist für das folgende Schuljahr ansuchen.
4. Nach Einsichtnahme in den Art. 4, Absatz 9, des M.D. Nr. 334/94 haben alle jene Bewerber, welche ausschließlich in der gültigen Landesrangordnung "C520 - Übungskontor" - in Bezug auf die Abschaffung der Wettbewerbsklasse "LII/C" - eingetragen sind, Anrecht - vorausgesetzt, daß sie im Besitze des Spezialisierungsdiploms gemäß Art. 325 des Legislativdekretes Nr. 297/94 und in den permanenten Landesrangordnungen für Stützunterricht für das Schuljahr 1994/95 aufscheinen (1) - in den permanenten Landesrangordnungen für Stützunterricht gemäß Art. 5 der geltenden Verordnung mit Bezug auf den Berufsbereich N. 3 (Technisch-berufsbildend-kunstabbildend) zu verbleiben oder um Eintragung in die diesbezüglichen Landesrangordnungen einer anderen Provinz anzusuchen (vorausgesetzt, daß sie von den Landesrangordnungen, in welchen sie eingetragen waren, gestrichen werden). Jene Lehrpersonen, welche auf keiner Landesrangordnung für Sekundarschulen einer anderen Provinz aufscheinen und bei welchen die Bewertung im üblichen System der Punktezahlgabe für die Landesrangordnungen auf Stützunterricht laut obgenannten Absatz 3 des Art. 5 nicht möglich ist, wird die bereits erreichte Punktezahlgabe laut Bewertungstitel, beibehalten.
 5. Bei allen Lehrpersonen, welche in den permanenten Landesrangordnungen - gültig für das Schuljahr 1994/95 (1) - aufscheinen, wird von Amts wegen aufgrund der möglichen Änderung der Punktezahlgabe laut Tabelle C (welche der M.V. in geltender Fassung beiliegt) und in Bezug auf die Neuordnung der Wettbewerbsklassen, Lehrbefähigungen und Zulassungstitel, welche vom Ministerialdekret Nr. 334/94 vorgesehen sind, eine Neuberechnung der Punkte für die Bewertungstitel und Dienstjahre vorgenommen.
Diesbezüglich werden alle Verfügungen, welche in den einzelnen Artikeln vorgesehen sind, angewandt.
 6. Für die Lehrpersonen mit oder ohne Lehrbefähigung laut vorhergehenden Absatzes, welche nach der Neuordnung gemäß M.D. Nr. 334/94 nicht mehr im Besitze eines gültigen Studententitels sind, bleibt die Punktebewertung ihres Studententitels aufrecht.
 7. An den deutschen und ladinischen Grundschulen haben Anrecht auf den absoluten Vorrang jene Bewerber, welche in Ranglisten von Wettbewerben nach Prüfungen und Titeln eingetragen sind, die für das Schuljahr 2000/2001 gültig sind.
 8. Die Bestimmungen des eigenen Beschlusses vom 15. Juni 1998, Nr. 2619 betreffend den Landesschulversuch mit musikalischer Ausrichtung an den Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache „Verlängerung der Gültigkeit der Prioritätsrangordnungen und Zusatzrangordnungen für das Schuljahr 1999/2000“ werden auch auf das Schuljahr 2000/2001 ausgedehnt.
 9. Es werden die folgenden Termine für die Einreichung der Gesuche, betreffend die Eintragung in die Landesrangordnungen für die Grund-, Sekundar- und Kunstschulen und für die Veröffentlichung der entsprechenden Landesrangordnungen bestimmt.
 - Einreichung der Gesuche für die Eintragung in die aufgebrauchten Landesrangordnungen: 30. März 2000 bis 28. April 2000.
 - Veröffentlichung der provisorischen Landesrangordnungen: 22. Juni 2000.

- Veröffentlichung der definitiven Landesrangordnungen: 10. Juli 2000.

10. Der vorliegende Beschluß gilt auch für den Abschluß berfristeter Arbeitsverträge für den Unterricht der katholischen Religion.

Für die Eintragung in die entsprechende Landesrangordnung sind die Zulassungstitel laut Dekret des Landeshauptmannes vom 3. März 1999, Nr. 1/16.1 in geltender Fassung verlangt.

Diese Verordnung unterliegt der vorgeschriebenen Gesetzeskontrolle.

Rom, am 25. Dezember 1994

DER MINISTER

INHALTSVERZEICHNIS

I. ABSCHNITT

NEUE ERNENNUNGEN

- | | |
|--------|---|
| ART. 1 | - VERLEIHBARE ERNENNUNGEN |
| ART. 2 | - ERFORDERNISSE |
| ART. 3 | - EINREICHEN DES GESUCHES |
| ART. 4 | - AKTENBELEGE ZUM GESUCH |
| ART. 5 | - ERNENNUNGEN AUF LEHRERSTELLEN FÜR DEN STÜTZUNTERRICHT AN
SEKUNDARSCHULEN I. UND II. GRADES |
| ART. 6 | - VERSETZUNGEN AUFGRUND VON ANSUCHEN |

II. ABSCHNITT

AMTSHANDLUNGEN IM KOMPETENZBEREICH DES SCHULAMTSLEITERS

- | | |
|--------|--|
| ART. 7 | - ERSTELLUNG DER RANGORDNUNGEN UND RECHTSGÜLTIGE BEWERTUNGSTITEL ZUR AUFNAHME IN DIE RANGORDNUNGSLISTE |
| ART. 8 | - BEWERTUNG DER BILDUNGSTITEL |
| ART. 9 | - BEWERTUNG DER DIENSTITEL |
| ART.10 | - VORRANG |
| ART.11 | - AUSSCHLUSS AUS DEN RANGORDNUNGEN |
| ART.12 | - VERÖFFENTLICHUNG DER RANGORDNUNGEN |
| ART.13 | - AUFGEBRAUCHTE RANGORDNUNGEN |
| ART.14 | - RESERVIERUNG VON LEHRERSTELLEN |
| ART.15 | - ZUWEISUNG DER LEHRSTELLE - VORRANG BEI STELLENZUWEISUNG DER
LEHRPERSONEN MIT BEHINDERUNG GEMÄSS ART. 21,
GESETZ 104/1992 |
| ART.16 | - FÄLLE VON UNVEREINBARKEIT |
| ART.17 | - VORLAGE DER BELEGSDOKUMENTE - BEFREIUNG |
| ART.18 | - REKURSE |

III. ABSCHNITT

KURZFRISTIGE SUPPLENZEN FÜR WELCHE DER DIREKTOR ZUSTÄNDIG IST

- ART.19 - VORLAGE DER GESUCHE
- ART.20 - RANGORDNUNGEN DER BEWERBER UM KURZFRISTIGE SUPPLENZEN ERSTELLT IM DIREKTIONSSPRENGEL
- ART.21 - BEAUFTRAGUNG FÜR ZEITWEILIGE SUPPLENZEN
- ART.22 - BEAUFTRAGUNG FÜR SUPPLENZDIENSTE NACH AUFBRAUCHUNG DER INSTITUTSRANGORDNUNGEN ODER BEIM FEHLEN VON BEWERBERN MIT STUDIENTITEL

IV. ABSCHNITT

ERNENNUNGEN AN LEHRANSTALTEN ODER SCHULEN MIT DEUTSCHER ODER SLOWENISCHER UNTERRICHTSSPRACHE ODER AN SCHULEN IN LADINISCHEN ORTSCHAFTEN DER PROVINZ BOZEN - ERNENNUNGEN AN SCHULEN IN LADINISCHEN ORTSCHAFTEN IN DER PROVINZ TRIENT

- ART.23 - RECHTSGÜLTIGE BEWERTUNGSTITEL ZUR AUFNAHME IN DIE RANGORDNUNGEN DER GRUNDSCHULE
- ART.24 - RECHTSGÜLTIGE BEWERTUNGSTITEL ZUR AUFNAHME IN DIE RANGORDNUNGEN DER SEKUNDARSCHULE
- ART.25 - EINREICHEN DER GESUCHE
- ART.26 - BEAUFTRAGUNG AN GRUNDSCHULEN UND KINDERGÄRTEN MIT SLOWENISCHER UNTERRICHTSSPRACHE
- ART.27 - ZEITWEILIGE SUPPLENZDIENSTE AN SEKUNDARSCHULEN DURCH PERSONAL OHNE RECHTSGÜLTIGEN STUDIENTITEL
- ART.28 - KOMMISSIONEN ZUR PRÜFUNG DER REKURSE
- ART.29 - ERNENNUNGEN AN SCHULEN IN DEN LADINISCHEN ORTSCHAFTEN DER PROVINZ TRIENT
- ART.30 - RECHTSVERWEISE

V. ABSCHNITT

ERNENNUNG VON FACHLEUTEN ZU LEHRPERSONEN AN SEKUNDARSCHULEN 2.GRADES

- ART.31 - NEUERNENNUNGEN
- ART.32 - EINREICHEN DER GESUCHE UND DEREN BELEGE - ERFORDERNISSE
- ART.33 - BEAUFTRAGUNGEN

VI. ABSCHNITT

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN